



Landtag von Baden-Württemberg

6. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 29. Juni 2011 • Haus des Landtags

Beginn: 10:01 Uhr

Mittagspause: 14:00 bis 15:02 Uhr

Schluss: 17:40 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	119	3. Regierungsbefragung	
Umbesetzung im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft	119	3.1 Bilanz der Ausbildungssituation in Baden-Württemberg – Bericht zum Spitzengespräch am 10. Juni 2011	164
1. Regierungserklärung – Kassensturz: Finanzielle Erblasten und Versäumnisse der CDU-geführten Landesregierungen in Baden-Württemberg und Aussprache	119	Minister Dr. Nils Schmid	164, 166, 167
Minister Dr. Nils Schmid	119, 138	Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU	165
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	126, 141	Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE	166
Abg. Peter Hauk CDU	129	3.2 Alternative Trassenplanung für die Rheintalbahn	167
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	134	Abg. Nicole Razavi CDU	167
Abg. Claus Schmiedel SPD	136	Minister Winfried Hermann	167, 168, 169, 170, 171, 172
Abg. Klaus Herrmann CDU	142	Abg. Volker Schebesta CDU	168, 171
Abg. Gerhard Stratthaus CDU	143	Abg. Marcel Schwehr CDU	169
2. Aktuelle Debatte – Stuttgart 21; Projektförderungspflicht einhalten – Rechtsstaat schützen – beantragt von der Fraktion der CDU	144	Abg. Dr. Patrick Rapp CDU	170
Abg. Nicole Razavi CDU	145	Abg. Ulrich Lusche CDU	171
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	146, 158	3.3 Elektromobilität in Baden-Württemberg	172
Abg. Claus Schmiedel SPD	147, 159	Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE	172
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	149	Ministerin Theresia Bauer	172, 173
Minister Winfried Hermann	150	Abg. Dr. Dietrich Birk CDU	173
Abg. Peter Hauk CDU	157	4. Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Pläne der Landesregierung zum Atomausstieg und zur Energiewende – Drucksache 15/77	174
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	161	Abg. Daniel Renkonen GRÜNE	174, 185
Minister Reinhold Gall	162	Abg. Johannes Stober SPD	175

Abg. Ulrich Lusche CDU	176	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	186, 191
Abg. Andreas Glück FDP/DVP	178	Abg. Nicole Razavi CDU	187
Minister Franz Untersteller	179	Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	188
Abg. Paul Nemeth CDU	185	Abg. Hans-Martin Haller SPD	189
Beschluss	186	Minister Winfried Hermann	189
		Beschluss	191
5. Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – Kosten des Baustopps beim Bahnprojekt Stuttgart 21 beziffern – In Zukunftsprojekte statt in Stillstand investieren – Drucksache 15/24	186	Nächste Sitzung	191
		Anlage	
		Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzung im	
		Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft	192

Protokoll

über die 6. Sitzung vom 29. Juni 2011

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident Willi Stächele: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie alle herzlich begrüßen und willkommen heißen. Ich eröffne die 6. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Frau Abg. Dr. Stolz erteilt.

Aus ganz persönlichen Gründen und sehr kurzfristig habe ich Herrn Staatssekretär Rust Urlaub erteilt. Ich darf nicht sagen, worum es geht; es ist aber ein sehr freudiges Ereignis.

(Heiterkeit – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Baby!)

Aus dienstlichen Gründen hat sich Frau Ministerin Altpeter bis 11:00 Uhr und ab 14:30 Uhr entschuldigt.

Dienstlich verhindert sind Frau Staatsrätin Erler, Herr Minister Friedrich ab 14:00 Uhr und Frau Ministerin Warminski-Leitheußer ab 15:30 Uhr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf Ihren Tischen finden Sie eine Vorschlagsliste der Fraktion der CDU für eine Umbesetzung im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (*Anlage*). Ich stelle fest, dass Sie der vorgeschlagenen Umbesetzung zustimmen. – Es ist so beschlossen.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen ebenfalls vor. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Es ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Finanzministeriums vom 25. Mai 2011 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, Drucksache 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, Drucksache 6/3910 Ziffer II Nr. 6); Haushaltsjahr 2011 (Januar bis März) – Drucksache 15/30

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Mai 2011, Az.: 2 BvR 633/11 – Verfassungsbeschwerde gegen § 8 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit § 12 Abs. 1 Satz 1, § 15 Abs. 1 Unterbringungsgesetz wegen der Zulässigkeit einer Zwangsmedikation im Maßregelvollzug

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Antrag der Landesregierung vom 21. Juni 2011 – Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien – Drucksache 15/147

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

4. Antrag der Landesregierung vom 22. Juni 2011 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksache 15/151

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

5. Mitteilung der Landesregierung vom 28. Juni 2011 – Bericht der Landesregierung zum Kassensturz – Drucksache 15/155

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

*

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung – Kassensturz: Finanzielle Erblasten und Versäumnisse der CDU-geführten Landesregierungen in Baden-Württemberg

und Aussprache

(Heiterkeit – Abg. Claus Schmiedel SPD: Können wir das noch einmal hören? Ich habe es nicht verstanden!)

Ich erteile Herrn Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Schmid das Wort. – Bitte schön.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich vor, in einem Verein oder in einem Unternehmen bei Ihnen im Wahlkreis oder auch bei Ihnen zu Hause übernimmt ein neuer Geschäftsführer die Leitung. Ob die Organisation klein oder groß ist – völlig egal –, was würde er als Erstes tun? Wenn er seinen Job richtig macht, dann vergräbt er sich erst einmal für eine ganze Weile in den Büchern.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schaffen, nicht schwätzen!)

Denn nur wenn er ganz genau weiß, wie die wirtschaftliche Lage aussieht, kann er die richtigen Entscheidungen für die Zukunft treffen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Richtig!)

Warum sollte es in der Politik anders sein?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau!)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Es ist also schlicht und ergreifend eine Selbstverständlichkeit, dass wir nach 57 Jahren CDU-Herrschaft in Baden-Württemberg einen Kassensturz durchführen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Demokratisch gewählt!)

Deshalb legt die neue Landesregierung in einer schonungslosen Bestandsaufnahme die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes offen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf: Sehr gut! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wir freuen uns auf die lobenden Worte, die jetzt kommen!)

Das ist eine Frage der praktischen Vernunft: Nur wenn wir wissen, woher wir kommen, wissen wir auch, welchen Weg Baden-Württemberg in Zukunft gehen soll.

Es ist gleichzeitig jedoch auch eine Frage der demokratischen Kultur. Denn es ist eine Grundvoraussetzung für funktionierende Demokratien, dass Bürgerinnen und Bürger Verantwortlichkeiten für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft klar zuordnen können.

Um es ganz klar zu sagen: Die Fakten gehören auf den Tisch. Die Menschen haben ein Recht darauf, zu erfahren, wie es nach 57 Jahren CDU-geführter Landesregierungen um den Haushalt bestellt ist. Sie müssen wissen, wie hoch der in knapp sechs Jahrzehnten angehäufte Schuldenberg tatsächlich ist und welche Erblasten die neue Landesregierung übernimmt.

Um es gleich vorweg zu sagen: Das Ergebnis unseres Kassensturzes zeigt, dass all die hehren Worte vom „bestellten Haus“ mit der finanzpolitischen Realität äußerst wenig zu tun haben, es sei denn, „bestellt“ meint: Es regnet von oben herein, und von unten fängt es an zu schimmeln.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Bevor wieder die alte Leier ausgepackt wird, wir würden das Land schlechtreden, sage ich ganz deutlich: Baden-Württemberg steht gut da,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Aha!)

ist ein starkes Land dank seiner fleißigen Bürgerinnen und Bürger, der leistungsstarken und innovativen Wirtschaft, der kompetenten Verwaltung und der vielfältigen Vereine und gesellschaftlichen Organisationen, die die aktive Bürgergesellschaft ausprägen. Sie alle verdienen eine ehrliche Bilanz. Denn es schadet dem Land nicht, einen Schuldenberg auch einen Schuldenberg zu nennen. Es schadet dem Land aber sehr wohl, dass jahrzehntelang ein Schuldenberg angehäuft wurde.

Baden-Württemberg hat am 27. März den Wechsel gewählt. Die Menschen wollen eine neue Politik, und sie wollen einen neuen politischen Stil. Dazu gehören Ehrlichkeit und Transparenz.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oh ja!)

Dieser Kassensturz ist ein wichtiger Schritt, um dieses Versprechen des Wechsels einzulösen. Deshalb zeigen wir heute auf, welche finanziellen Spielräume sich uns in den kommenden fünf Jahren und darüber hinaus zur politischen Gestaltung bieten.

Zur Wahrheit gehört aber immer eine bittere Erkenntnis: Nicht alles, was wünschenswert ist, wird sich sofort realisieren lassen. Doch wer Prioritäten setzen will, wer eine verlässliche und vernünftige Politik für Baden-Württemberg planen will, kommt an einem solchen Kassensturz nicht vorbei. Er ist zugleich auch ein erster Schritt, um die im Koalitionsvertrag vorgesehene Einführung eines „Finanzplans 2020“ voranzutreiben und so die Einhaltung der Schuldenbremse bis spätestens 2020 zu gewährleisten.

Um die Lage vernünftig einschätzen zu können, bleibt unser Blick nicht auf den Kernhaushalt beschränkt. Im Gegenteil: Es ist an der Zeit, die tatsächliche finanzielle Situation des Landes über die explizite Verschuldung, also etwa die Schulden am Kreditmarkt, hinaus offenzulegen. Auch die sogenannte implizite Verschuldung und bestehende sogenannte Eventualverbindlichkeiten sowie den vorhandenen Sanierungsstau gilt es in aller Deutlichkeit zu benennen. Nur so kann die notwendige Transparenz geschaffen werden.

Wir wären bereits einen Schritt weiter, wenn schon die abgewählte Regierung den Mut aufgebracht hätte, eine umfassende Bestandsaufnahme vorzunehmen. Dass sie davor zurückgeschreckt ist, mag einer der Gründe dafür sein, dass wir nun über diese Erblasten sprechen müssen.

Die Bedingungen für diesen Kassensturz sind nicht ideal. Nach wie vor plant das Land seinen Haushalt im kameralistischen System. Eine Bilanz oder zumindest eine Vermögensrechnung existiert derzeit nicht. Dabei hatte der verehrte Alex Möller bereits vor beinahe 60 Jahren im Zuge der Beratungen zur neuen Landesverfassung deutlich gemacht, wie wichtig Transparenz in dieser Frage ist. Er äußerte: Die ganze Situation in der öffentlichen Finanzwirtschaft wäre eine andere, wenn wir im Bund sowie in den Ländern echte Vermögensbilanzen hätten. Dass wir zu diesen Vermögensbilanzen kommen müssen, ist selbstverständlich.

Leider wurde er in Baden-Württemberg, aber auch in den anderen Ländern und im Bund über Jahrzehnte nicht gehört.

Die Folge ist: Wichtige Informationen zum Vermögensstatus und dessen Entwicklung aufgrund des Werteverzehrs, beispielsweise durch Abschreibung, sind nicht ausreichend verfügbar. Deshalb kann auch dieser längst überfällige Kassensturz die finanzielle Lage des Landes nicht vollständig bis ins letzte Detail und auf den Cent genau darstellen. Doch eine weitere Verzögerung bis zur Einführung transparenterer Rechnungslegungssysteme in der Zukunft wäre keine verantwortliche Alternative gewesen. Dennoch konnten wir die wesentlichen und bedeutenden Positionen abdecken, um nun einen schnellen, schlanken und trotzdem aussagekräftigen Überblick zu geben.

Schauen wir uns gemeinsam die Ergebnisse an: Die mittelfristige Finanzplanung der alten Landesregierung für den Zeitraum von 2010 bis 2014 weist – vor der Nettokreditaufnahme in den Jahren 2012 bis 2014 – Deckungslücken von rund

(Minister Dr. Nils Schmid)

3 Milliarden € jährlich auf; teilweise liegen sie erheblich darüber.

In den Blickpunkt rücken also zunächst die zu erwartenden Mehrbelastungen und all jene finanziellen Risiken, die in der Finanzplanung noch nicht enthalten sind. Hier finden sich leider viele ungedeckte Schecks.

Ohne jeden Zweifel ist es ein erhebliches Versäumnis der alten Landesregierung, wenn z. B. die Qualitätsoffensive Bildung in der Finanzplanung nur bis zum Jahr 2012 finanziert ist. Ab 2013 fehlen hier über 225 Millionen € jährlich – Tendenz steigend. Da die alte Landesregierung noch vor der Landtagswahl von Einsparungen im Lehrerbereich Abstand genommen hat, gehe ich nicht davon aus, dass die Streichung von rund 3 500 Lehrerstellen zur Gegenfinanzierung vorgeesehen war.

Vor dem Hintergrund der bestehenden Deckungslücken ist es aber ein Gebot einer ehrlichen und verantwortungsbewussten Finanzpolitik, nicht nur deutlich auf diese zusätzlichen Risiken hinzuweisen; denn die 3 500 Lehrer sind schließlich vorhanden. Wir müssen vielmehr deutlich sagen, dass sowohl die Fortführung der Qualitätsoffensive Bildung als auch weitere, in unserem Koalitionsvertrag angekündigte bildungspolitische Maßnahmen in den nächsten Jahren durch Haushaltsmittel gedeckt werden müssen, die aufgrund sinkender Schülerzahlen frei werden. Denn eines ist klar: Solide Finanzen sind die Grundlage einer verantwortlichen Politik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zum vollständigen Bild gehört auch die erfreuliche Nachricht, dass nach der Steuerschätzung vom Mai 2011 diesen Mehrbelastungen und Risiken auch Steuermehreinnahmen gegenüberstehen, die in der Finanzplanung der alten Regierung noch nicht bekannt waren.

(Ein Handy klingelt. – Abg. Helmut Walter Rüeck
CDU: Kann einmal jemand das Handy ausschalten?)

Konkret bedeutet das trotz der ausgesprochen hohen zu erwartenden Steuermehreinnahmen dennoch, dass uns die alte Landesregierung für die Jahre von 2012 bis 2014 Deckungslücken in Höhe von über 1,3 Milliarden € bis zu knapp 2,4 Milliarden € hinterlassen hat. Das ist das Ergebnis politischer Mutlosigkeit.

Auch die Höhe der vorhandenen globalen Minderausgaben zeigt, dass der alten Landesregierung der Mut gefehlt hat, die notwendigen Entscheidungen zur Haushaltskonsolidierung herbeizuführen, indem die entsprechenden Maßnahmen konkretisiert, benannt und durchgeführt worden wären.

Getrübt wird die Freude über die zusätzlichen Einnahmen zudem durch einen Blick auf den Bestand der allgemeinen Rücklagen des Landes. Er betrug zum Zeitpunkt des Regierungswechsels etwa 1,4 Milliarden €. Nach den Planungen der alten Landesregierung – Stand Dritter Nachtragshaushalt 2011 – sind allerdings allein für 2011 Entnahmen von über 1,1 Milliarden € vorgesehen. Durch solche Einmaleffekte werden die strukturellen Probleme übertüncht.

Vor diesem Hintergrund relativiert sich auch die Aussage in der mittelfristigen Finanzplanung, wonach im Dritten Nach-

tragshaushalt 2011 die für 2011 erwarteten Steuermehreinnahmen in Höhe von 772 Millionen € in erster Linie zur Verringerung der Kreditaufnahmen verwendet würden. Tatsächlich wird der Rücklagenbestand mit 80,5 Millionen € bereits Ende 2013 nahezu vollständig aufgebraucht sein.

Auch die Sondervermögen werden angesichts der zu erwartenden Entwicklung künftiger Pensionsverpflichtungen nicht annähernd ausreichen. Sie weisen zum ersten Quartal 2011 einen Bestand von über 2,5 Milliarden € aus und sollen Ende 2014 einen Bestand von 4,2 Milliarden € erreicht haben. Diese entfallen im Wesentlichen auf die Sondervermögen des Versorgungsfonds und der Versorgungsrücklage. Hier besteht wieder dasselbe Problem: Statt ausreichender Vorsorge in der Vergangenheit hinterlässt die alte Landesregierung ungedeckte Wechsel auf die Zukunft.

Der Kassensturz macht deutlich, dass nicht nur bei den Rücklagen von der Substanz gelebt wurde. So verlangte Schwarz-Gelb bereits seit dem Haushalt 2005/2006 Sonderausschüttungen von der L-Bank, um den Haushalt zu decken. Diese Sonderausschüttungen erfolgten in unterschiedlicher Höhe; durchschnittlich betrugen sie 90 Millionen € pro Jahr. Für das Jahr 2011 wurde die Ausschüttung auf 130 Millionen € erhöht. Seit 2005 hatte die L-Bank damit Sonderausschüttungen von mehr als 600 Millionen € zu erbringen. Das bedeutet, dass die Finanzkraft unserer Landesbank in dieser Höhe geschwächt wurde.

(Zurufe von der CDU: „Unserer“ Bank?)

– Ja, unserer Landesförderbank, der L-Bank. Diese Landesbank ist auch unsere Landesbank.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

– Sie gehört uns sogar zu 100 %. Frau Gönner, stellen Sie sich das einmal vor!

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Zur Finanzierung des allgemeinen Haushalts wurden aber nicht nur die allgemeinen Rücklagen aufgelöst und Sonderausschüttungen der L-Bank veranlasst, sondern wurde auch das zweckgebundene Anlagevermögen des Landes für Immobilien im sogenannten Grundstock sowie im Forstgrundstock angegriffen. Entgegen dem ehernen Grundsatz, das Vermögen des allgemeinen Grundstocks und des Forstgrundstocks zu erhalten und bei Veräußerungen wieder in gleichwertige Immobilien- und Anlagevermögen zu reinvestieren, wurden Entnahmen beschlossen und durchgeführt. Die Mittel wurden also entgegen dem Werterhaltungsgedanken, der dem Grundstock zugrunde liegt, für konsumtive Zwecke verwendet. Auf gut Deutsch heißt das: Sie haben das Vermögen einfach verfrühstückt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dennoch rühmte sich die alte Landesregierung in der noch von ihr zu verantwortenden mittelfristigen Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2010 bis 2014, dass Baden-Württemberg bei der Pro-Kopf-Verschuldung der westdeutschen Flächenländer am Kreditmarkt nach Bayern den zweitbesten Platz halten konnte. Und in der Tat: Vordergründig betrachtet ist das

(Minister Dr. Nils Schmid)

ein beachtliches Ergebnis. Will man jedoch den Schuldenstand transparent und vollständig darstellen, so kann man nicht allein auf die Verschuldung am Kreditmarkt abstellen. Denn dies stellt nur eine von mehreren Verschuldungspositionen des Landes dar und beschränkt sich auf den sogenannten Kernhaushalt.

Jenseits dieses Kernhaushalts existieren jedoch sogenannte Extrahaushalte. Dazu zählen etwa öffentliche Fonds, Einrichtungen und unter bestimmten Voraussetzungen auch Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligungen der Kernhaushalte. Auch wenn diesen Schulden der Extrahaushalte aktuell teilweise Vermögenspositionen gegenüberstehen, so sind sie dennoch real und stellen ein erhebliches und nicht zu unterschätzendes Risiko dar. Denn niemand kann sicher sagen, wie sich die den Schulden gegenüberstehenden Vermögenspositionen in Zukunft entwickeln werden. Es ist also unsicher, ob sie unter Umständen für die Rückzahlung der bestehenden Schulden eingesetzt werden müssen oder ob dies am Ende aus den Extrahaushalten heraus geschehen wird. Sehr anschaulich zeigt sich dies am Beispiel der Neckarpri GmbH, über die die alte Landesregierung die EnBW-Anteile von der EdF gekauft hat.

Das Beispiel macht auch deutlich, dass es zwar die Bilanz aufhübschen mag, diese Posten einfach unter den Tisch fallen zu lassen. Doch das Problem löst ein solcher Taschenspielertrick natürlich nicht, denn letztlich hat das Land auch für diese Schulden geradezustehen.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Wir reden hier nicht von Peanuts. In dem Bereich der Extrahaushalte sind mit Stand zum ersten Quartal 2011 über 20 Milliarden € zu verbuchen. Hinzu kommen noch die sogenannten verlagerten Verpflichtungen aus den Schulden für die Vorfinanzierung von BAföG-Darlehen durch die LBBW, die Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften – dabei geht es im Wesentlichen um PPP-Projekte – und die Schulden bei der Baufinanz, der Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes. Allein diese Position schlägt mit rund 1,6 Milliarden € zu Buche.

Unter dem Strich bedeutet das: Statt der von der alten Landesregierung stets genannten 43 Milliarden € beläuft sich die Verschuldung des Landes zum Zeitpunkt der Übernahme der Amtsgeschäfte damit auf über 65 Milliarden €.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Milchmädchenrechnung! – Unruhe bei der CDU)

Eine kleine Rechnung verdeutlicht die Dimension. Würden wir 65 Milliarden € in Hunderteuroscheinen aufeinanderstapeln, hätten wir einen Berg, der den Feldberg um das Viereinhalbfache übertrifft

(Zuruf von der CDU: Mit oder ohne Parkhaus?)

und dem Gipfel des Himalaya nahekommt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir übernehmen damit ein schweres Erbe. Diese finanzielle Erblast macht einen entschlossenen Konsolidierungskurs unumgänglich. Die Bürgerinnen und Bürger des Landes wissen, dass sich ein solcher Berg nicht über Nacht abtragen lässt. Aber sie erwarten zu Recht, dass

wir nicht nur reden – wie in der Vergangenheit –, sondern anfangen zu handeln.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Gleich mal die Steuer Mehreinnahmen nehmen! – Zuruf von der CDU: Glauben Sie, was Sie sagen? – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Daran führt kein Weg vorbei.

(Zuruf von der CDU: Dazu haben Sie aber noch nichts gesagt!)

Denn neben dieser Kreditpyramide kommen weitere Herausforderungen auf uns zu, denen bisher ausgewichen worden ist. Der Kassensturz zeigt, dass es bisher vor allem ein Leitbild gab, nämlich das Prinzip Hoffnung. Man dachte wohl, das Problem werde sich auf der Strecke irgendwie von selbst lösen. Das Ergebnis sehen wir jetzt.

Ein wichtiger Punkt sind die zukünftigen Pensionsverpflichtungen. In Baden-Württemberg steht bereits in den nächsten Jahren eine ständig zunehmende Zahl von Pensionierungen von Landesbeamten an. Diese sich beschleunigende Entwicklung wird zu einem zahlenmäßig starken Ausscheiden aus dem aktiven Dienst der Verwaltung führen, das bis in das Jahr 2030 anhalten wird. So ist für das Jahr 2030 insgesamt mit knapp 156 000 Versorgungsempfängern im Land zu rechnen. Im Jahr 2009 waren es noch knapp 100 000. Dies entspricht einer Zunahme um über 50 %. Erst danach wird sich die Zahl der Versorgungsempfänger auf hohem Niveau stabilisieren.

Die entsprechenden Pensionen sind ebenso aus den künftigen Haushalten zu bezahlen wie die Bezüge der Mitarbeiter, die neu eingestellt werden müssen, um diese Entwicklung zu kompensieren.

Ganz klar: Hier kann die Politik wenig tun, um diese künftigen Belastungen des Landeshaushalts jetzt noch in ihrer Höhe zu beeinflussen. Doch sie könnte sehr wohl etwas tun, um diese Belastungen des Haushalts nicht zu einer schweren Bürde für unsere Kinder und Kindeskiner werden zu lassen: Sie kann ausreichend Rücklagen bilden.

Leider wurde dies in der Vergangenheit sträflich versäumt. Beispielsweise hat die SPD-Landtagsfraktion schon im Jahr 1997 die Einrichtung eines Pensionsfonds gefordert. Es ist ja nicht so, dass diese Entwicklung über Nacht gekommen wäre; ganz im Gegenteil.

Hinzu kommt, dass eine Darstellung der daraus resultierenden Belastungen im kameralistischen Rechnungswesen nicht vorgesehen und deshalb aktuell auch nicht möglich ist. Erst mit der Einführung einer Vermögensrechnung werden wir die Belastungen in Form von Pensionsrückstellungen künftig jährlich berechnen können.

Doch es gibt Anhaltspunkte. So leitet der Rechnungshof Baden-Württemberg in der Denkschrift 2010 aus der hessischen Eröffnungsbilanz, die 38 Milliarden € Pensionsrückstellungen ausweist, für Baden-Württemberg einen Rückstellungsbedarf von mittlerweile 70 Milliarden € ab. Aus der Sicht der Landesregierung erscheint diese Schätzung durchaus plausibel.

(Minister Dr. Nils Schmid)

Die Gegenüberstellung ist ernüchternd: Tatsächlich sind zum Stichtag 31. Dezember 2010 knapp 1,9 Milliarden € zurückgelegt. Berücksichtigt man die geplanten Zuführungen und die voraussichtlichen Renditen aus der Anlage, wird sich das Volumen der Versorgungsrücklage im Jahr 2018, zum Beginn der schrittweisen Entnahme, auf ca. 4 Milliarden € belaufen, das Volumen des Versorgungsfonds im Jahr 2020 auf ca. 3,3 Milliarden €. Das steht in keinem Verhältnis zu den in den kommenden Jahren tatsächlich auf das Land zukommenden Belastungen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie können das ja ändern!)

Konkret bedeutet das, dass wir einen weiteren ungedeckten Scheck auf die Zukunft haben, und zwar einen gewaltigen: Mehr als 68 Milliarden € an zukünftigen Pensionsverpflichtungen sind derzeit nicht gedeckt.

Wer noch immer von einem „bestellten Haus“ reden will, sollte jetzt ganz genau zuhören. Denn jeder Häuslebauer würde sich schämen, wenn er seinen Kindern ein Haus mit solchen Hypotheken hinterlassen würde.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich rede von dem über Jahre hinweg ignorierten Sanierungsstau bei den Liegenschaften des Landes. Insgesamt besitzt das Land rund 8 000 Gebäude. Etwa 1 800 Objekte sind zusätzlich angemietet. Zusammen ergibt das eine Gebäudefläche von rund 11,5 Millionen m². Das entspricht etwa 60 000 modernen Einfamilienhäusern.

Auch für diese Objekte gilt natürlich, was jeder Häuslebauer weiß: Ein Gebäude ist, auch bei regelmäßiger Instandhaltung zum Erhalt seiner Funktionsfähigkeit, nach 50 bis 60 Jahren abgewirtschaftet. Als Faustregel gilt, dass bei einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von 50 bis 60 Jahren ein jährlicher Werteverzehr, also eine Abschreibung, in Höhe von rund 1,5 bis 2 % des Wiederherstellungswerts erfolgt. Anfang 2011 betrug dieser Wiederherstellungswert für die landeseigenen Gebäude rund 22 Milliarden €.

Will man nun den Sanierungsstau ermitteln, muss man ihn zunächst vom Sanierungsbedarf unterscheiden. Im Jahr 2004 wurde der Gebäudezustand für den Hochschulbereich erhoben und ein Sanierungsbedarf von 4 Milliarden € ermittelt. Im sogenannten Bezirksbau, der für die Landesverwaltung und für Kulturbauten wie Schlösser und Gärten zuständig ist, wurde der Sanierungsbedarf auf weitere 2 Milliarden € geschätzt. Dieser Sanierungsbedarf von rund 6 Milliarden € ist aber eine Momentaufnahme.

Dieser Wert würde sich ergeben, wenn man die Gebäude des Landes aus der Nachkriegszeit, aus den Fünfziger- bis Siebzigerjahren, auf einen Schlag in den Neubauzustand versetzen wollte. Das wäre weder logistisch noch wirtschaftlich sinnvoll. Man arbeitet solche Aufgaben Stück für Stück ab, je nach Zustand, Bedarf und Dringlichkeit.

Bleibt man allerdings hinter dem zurück, was an Aufgaben ansteht, um den Substanzverlust zu vermeiden, produziert man einen Sanierungsstau, und genau dies ist der alten Landesregierung leider „gelingen“. Um ihn zu beziffern, lauten die beiden entscheidenden Fragen ganz einfach: „Welche Mittel hätten in den vergangenen Jahren für laufenden Unterhalt und

zusätzlich für Sanierung und Modernisierung zur Verfügung stehen müssen?“ und zweitens: „Wie viel wurde tatsächlich zur Verfügung gestellt?“

Für den Bauunterhalt, der sozusagen die finanzielle Grundlast eines Gebäudes darstellt, können nach allseits anerkannten Erfahrungswerten jährlich 1 bis 1,5 % des Wiederherstellungswerts angesetzt werden. Bei 1 % entspricht dies im Land etwa 220 Millionen € jährlich.

Tatsächlich wurden in den vergangenen Jahren hierfür allerdings nur rund 0,8 % des Wiederherstellungswerts, umgerechnet 180 Millionen €, eingesetzt. Die Folgen kann jeder sehen: Der bauliche Zustand der landeseigenen Immobilien hat sich verschlechtert.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist aber jetzt ein großer Unterschied!)

Wie bereits erwähnt, ist ein Gebäude bei regelmäßiger Instandhaltung nach 50 bis 60 Jahren abgewirtschaftet. Zusätzlich zur Grundlast Bauunterhalt muss nach einer bestimmten Nutzungsdauer in die Gebäude investiert werden, um den Vermögenswert zu erhalten. Dafür sind jährlich wiederum Investitionen im Umfang von 1,5 bis 2 % des Wiederherstellungswerts erforderlich. 1,5 % – also wieder die untere Grenze – entsprächen im Land 330 Millionen € jährlich. Tatsächlich wurden in den vergangenen Jahren hierfür aber nur rund 0,9 % des Wiederherstellungswerts bzw. 195 Millionen € eingesetzt. Auch hier hat sich also der bauliche Zustand der landeseigenen Immobilien verschlechtert.

Rechnen wir das Ganze einmal zusammen. Allein für den Werterhalt der landeseigenen Gebäude wären jährlich Mittel in Höhe von 550 Millionen € erforderlich. In den letzten drei Legislaturperioden hat Schwarz-Gelb hierfür jedoch im Durchschnitt nur 375 Millionen € jährlich zur Verfügung gestellt. Es haben also 175 Millionen € pro Jahr gefehlt. In der Summe ergibt sich daraus ein gewaltiger Sanierungsstau von insgesamt 2,6 Milliarden €. Darin sind noch nicht einmal die Mittel für die Ausstattung der Gebäude enthalten.

Das ist eine schwere Erblast, die wir nicht über Nacht abtragen können.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es würde reichen, wenn man morgens beginnt!)

Diese Hinterlassenschaft vieler Jahre zu beseitigen wird viel Zeit brauchen. Umso wichtiger ist es, jetzt anzupacken und den von Schwarz-Gelb verursachten Sanierungsstau Stein für Stein abzutragen. Das wird alles andere als einfach. Deshalb müssen die komplexen Aufgaben sorgfältig geplant werden.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Mehrausgaben! – Unruhe bei der CDU)

Ein Blick auf die Landesstraßen genügt, um zu sehen, dass die Situation hier nicht besser ist; im Gegenteil. Holterdiepolder, wohin man auch schaut.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Kein Wunder, man hat ja auch jahrelang von der Substanz gelebt, anstatt anzupacken.

(Minister Dr. Nils Schmid)

Es ist also nicht verwunderlich, dass der Rechnungshof im Jahr 2009 festgestellt hat, dass der Zeitwert der Landesstraßen von knapp 4 Milliarden € im Jahr 1993 auf 3,4 Milliarden € im Jahr 2008 zurückgegangen ist. Das ist ein Werteverzehr von einer halben Milliarde Euro innerhalb von 15 Jahren. In der ganzen Zeit haben die zur Verfügung gestellten Mittel auch nicht annähernd ausgereicht, um die Landesstraßen in ihrem Wert zu erhalten. In den Jahren 1994 bis 2001 wurden durchschnittlich nur 22,5 Millionen € jährlich, von 2002 bis 2008 dann aber auch nur 47,5 Millionen € in den Erhalt unserer Straßen gesteckt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Am wenigsten in der Großen Koalition!)

Nötig wären nach der Berechnung des Rechnungshofs allerdings rund 100 Millionen € jährlich. Die Sondermittel des Landesinfrastrukturprogramms konnten 2009 und 2010 die Lücke verringern; geschlossen wurde sie aber mit 105 Millionen € erst wenige Wochen vor der Landtagswahl. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt –

(Abg. Peter Hauk CDU: Gegen die Stimmen der Grünen!)

vor allem wenn man bedenkt, dass in der mittelfristigen Finanzplanung für 2012 wiederum nur 50 Millionen € für den Erhalt vorgesehen sind.

Für die neue Landesregierung wird der Erhalt des bestehenden Straßennetzes hohe Priorität haben. Auch dabei gilt es angesichts der schweren Hypothek aus der Vergangenheit, nicht alles von heute auf morgen zu erledigen. Bei uns wird es keine aufgeblähten Maßnahmenlisten geben, die mit der Realität nichts zu tun haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Über die konkreten Zahlen werden wir bei der Planaufstellung 2012 entscheiden. Aber eines steht fest: Ab dem Jahr 2012 werden wir die Haushaltsmittel für den Erhalt gegenüber der Planung der alten Regierung anheben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Der Blick auf die Landesstraßen und auf die Landesgebäude hat gezeigt, dass die alte Regierung von der Substanz gelebt hat. Dass insgesamt ein hoher Nachholbedarf besteht, bestätigt sich auch, wenn wir die Investitionsquote im bundesdeutschen Vergleich betrachten. Über die letzten 15 Jahre, nämlich von 1996 bis 2010, weist Baden-Württemberg eine Investitionsquote von durchschnittlich nur 9,54 % auf und liegt damit weit unter dem Durchschnitt.

Egal, welchen Vergleich man zieht – den mit allen Bundesländern, den mit den Flächenländern, den mit den westdeutschen Bundesländern –: Baden-Württemberg liegt immer deutlich dahinter. Eine solide, vorausschauende Finanzpolitik sieht anders aus, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Doch damit nicht genug. Unser Kassensturz fördert weitere Haushaltsrisiken und Versäumnisse mit potenziell erheblichen Auswirkungen zutage.

Ausgewählte Beispiele: Beim Hochwasserschutz werden wir Versäumtes nachholen müssen. Denn der Rechnungshof hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass wir beim Integrierten Rheinprogramm weit hinter dem ursprünglichen Zeitplan liegen. Bis zum Abschluss dieses Programms müssen wir danach bis zu 450 Millionen € Haushaltsmittel bereitstellen. Wir werden in den nächsten Jahren prüfen müssen, wie wir diesen Bereich finanziell besser ausstatten können, immer unter der Maßgabe, die Haushaltskonsolidierung und die Einhaltung der Schuldenbremse nicht zu gefährden.

(Abg. Peter Hauk CDU: LHO!)

Auch bei der inneren Sicherheit hinterlässt uns die Vorgängerregierung offene Finanzierungslasten. Die Einführung des Digitalfunks für die Polizei und die Rettungsdienste war für den Projektzeitraum bis 2021 mit einer Gesamtsumme von 400 Millionen € veranschlagt. Das ist der Betrag, der den Entscheidungen des Landtags zugrunde lag. Heute wissen wir, dass diese Summe bei Weitem nicht ausreichen wird. Wir gehen inzwischen von einem Gesamtvolumen aus, das bis zu 570 Millionen € erreichen könnte. Den Mehrbedarf werden wir in den folgenden Haushaltsjahren schultern müssen.

Letztes Beispiel: Die Kunstkonzeption „Kultur 2020“, von allen in diesem Haus getragen, wurde von der Regierung Mappus im letzten Nachtragshaushalt, im Dritten Nachtragshaushalt 2011, mit einer Einsparauflage von 160 Stellen konterkariert.

Schließlich: Im Zusammenhang mit dem Kauf der EnBW-Aktien schlummern beträchtliche Risiken im Haushalt. Ein nicht gerade unerhebliches Risiko besteht darin, dass der Kaufpreis – 4,6 Milliarden € – nahezu vollständig fremdfinanziert ist und die Darlehen teilweise nur kurze Laufzeiten haben. Der Hintergrund ist klar: Die Anteile sollten schnell wieder versichert werden.

Wir sind da anderer Auffassung. Das wird ohne heftigen Abschlag auch nicht möglich sein. Deshalb werden wir die Darlehen zu gegebener Zeit verlängern müssen. Die Zinsen haben in letzter Zeit angezogen, sodass die zu zahlenden Kreditzinsen voraussichtlich ungünstiger sein werden. Angesichts veränderter Rahmenbedingungen am Kapitalmarkt bedeutet dies, dass unsere Zinslast voraussichtlich steigen wird.

Zu dieser steigenden Zinslast kommen durch die Abschaltung zweier Atomkraftwerke und die Investitionskosten für die Energiewende möglicherweise künftig geringere Dividenden. Im Klartext: Es besteht das Risiko, dass Zinszahlungen der Neckarpri GmbH teilweise aus dem Landeshaushalt selbst finanziert werden müssen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hört, hört!)

Fassen wir das Ganze noch einmal zusammen: Unterm Strich stehen Schulden, verlagerte Verpflichtungen und Eventualverbindlichkeiten von insgesamt über 70 Milliarden €. Dazu kommen ungedeckte Pensionsverpflichtungen von über 68 Milliarden €. Wir haben einen Sanierungsstau bei Landesliegenschaften und Landesstraßen von zusammengerechnet über 3 Milliarden €. Beim Digitalfunk kommen weit über 100 Millionen € Mehrkosten auf uns zu, und beim Hochwasserschutz geht es um 450 Millionen €. Die Risiken aus dem EnBW-Deal lassen sich heute nicht seriös beziffern.

(Minister Dr. Nils Schmid)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn dies ein „bestelltes Haus“ ist, dann sind Kässpätzle ein Diätgericht.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD
– Lachen des Abg. Volker Schebesta CDU – Zuruf
des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Die Hinterlassenschaften der Vorgängerregierungen liegen nun offen vor uns, und der Kassensturz hat gezeigt, dass die neue Landesregierung vor gewaltigen Herausforderungen steht, vor denen unsere Vorgänger kapituliert haben.

Unsere Aufgabe besteht nun darin, diesen Berg Schritt für Schritt abzubauen. Dabei führt angesichts dieser vererbten Schuldenlast kein Weg daran vorbei, den Haushalt nachhaltig zu konsolidieren. Daher werden wir mit der verbindlichen Finanzplanung einen gangbaren Weg aufzeigen, wie wir diese Herkulesaufgabe bewältigen können. Dazu gehört auch, dass der aufgelaufene Sanierungsstau nicht weiter anwachsen darf.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das war jetzt aber konkret, bei 1 Milliarde € Steuermehreinnahmen!)

Allein das wäre bereits ein großer Erfolg im Verhältnis zum Status quo, den uns Schwarz-Gelb hinterlassen hat.

Soweit angesichts erheblicher Erblasten überhaupt möglich, sollte dann der Abbau des Sanierungsstaus beginnen. Das wird alles andere als einfach, und allen muss klar sein, dass ein über viele Jahre hinweg verschobenes Problem nicht von einem Tag auf den nächsten abgetragen werden kann.

Konsolidierung und Investition gehen Hand in Hand. Beides zusammen ist die Grundvoraussetzung für eine solide Basis und für erfolgreiche Regierungspolitik. Unterlassene Investitionen in den Wertbestand des Landesvermögens sind verdeckte Schulden, und deshalb sind Investitionen in diesen Bestand ein Teil der Konsolidierungspolitik.

Um das eine zu tun, ohne das andere zu lassen, werden wir deshalb im Vierten Nachtrag 2011 mit den Steuermehreinnahmen aus der Mai-Steuerschätzung den Nettokreditrahmen absenken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Auf null! – Abg. Peter Hauk CDU: Null ist angesagt!)

Auf der anderen Seite wollen wir den Sanierungsstau sukzessive abbauen,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dann bleibt ja noch was übrig, wenn dort null steht!)

um diesen Teil der Verschuldung ebenfalls abzubauen. Denn der Kassensturz hat für die Zukunft erhebliche wirtschaftliche Belastungen aus der Vergangenheit ans Licht gebracht, die nicht ohne Weiteres im Rahmen einzelner Haushaltsjahre abzufinanzieren sind.

An diesem Punkt können und wollen wir aber nicht stehen bleiben.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Der Ehrgeiz des Finanzministers, auf die Null zu kommen, ist kaum zu überbieten!)

Doch daran wird deutlich, dass sich die Landesregierung aus der finanzpolitischen Schieflage, die sie geerbt hat, mit vollem Engagement befreien wird. Noch vor der Sommerpause werden wir im Vierten Nachtrag in diesem Geist Akzente und Schwerpunkte setzen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Bravo! – Zuruf von der CDU: Mit neuen Ausgaben!)

Der Wechsel beginnt also. Die Erblasten der Vergangenheit werden ihn verlangsamen, aber nicht aufhalten können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Von A 13 nach B 3!)

Der Kassensturz ist unter erschwerten Bedingungen erfolgt. Allen wäre geholfen gewesen, wenn Schwarz-Gelb schon vor Jahren eine Vermögensrechnung eingeführt hätte. Auch eine bessere Datengrundlage wäre wünschenswert gewesen. So musste man sich mit dem behelfen, was an Instrumentarien hinterlassen worden ist.

Hier werden wir für Verbesserungen sorgen und, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, künftig mit einer Vermögensrechnung als Teil der Landeshaushalte die finanziellen Vorbelastungen und vor allem auch den Vermögensverzehr offenlegen. Dadurch wird das Land erstmals einen umfassenden und noch transparenteren Überblick über seine Vermögenspositionen erhalten, als dies beim Kassensturz möglich war.

Wir werden aber nicht stehen bleiben und deshalb ein ressortübergreifendes und vorausschauendes Haushaltscontrolling einführen. Hierzu werden derzeit in meinem Haus

(Abg. Volker Schebesta CDU: In welchem Haus? In diesem oder in jenem?)

die Vorschläge für die konzeptionelle Ausgestaltung erarbeitet.

Das Ziel ist klar: Durch die Offenlegung der vorhandenen Konsolidierungspotenziale soll das Erreichen des verfassungsrechtlich gebotenen Ziels einer strukturellen Nullverschuldung des Landeshaushalts im Jahr 2020 ermöglicht werden. Zudem schaffen wir so einen Beitrag zur effizienten Aufgabenerledigung durch die Verwaltung.

Daher sollen in Zukunft auch die Förderprogramme des Landes im Rahmen dieses Haushaltscontrollings verstärkt überprüft werden, ganz besonders im Hinblick auf ihre Effizienz und Wirksamkeit. Denn wir wollen nicht nur fördern, sondern auch fordern.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Grunderwerbsteuer!)

Deshalb werden wir uns in Zukunft nicht nur daran orientieren, wie viele Mittel zur Verfügung stehen, sondern auch daran, welche Ergebnisse mit den eingesetzten Mitteln erzielt wurden. Diese Outputorientierung wird zukünftig der Prüfstein gerade auch für Förderprogramme sein. Wir haben ja Gelegenheit, wie wir es Koalitionsvertrag auch schon angesprochen haben, das an Beispielen wie dem Generalverkehrsplan und der Krankenhausfinanzierung durchzuführen. Auch hier wird sich der neue politische Stil deutlich zeigen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Lasst Taten sehen!)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Wir werden mehr Transparenz schaffen und damit mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wir werden dem Landtag und den Bürgerinnen und Bürgern des Landes offen gegenüber treten und ihnen zeigen, wo das Land finanziell steht.

Schließlich werden wir mit einem Personalentwicklungsplan dafür Sorge tragen, dass die personalwirtschaftlichen Voraussetzungen für einen guten und aufgabengerechten öffentlichen Landesdienst über alle Bereiche hinweg nachhaltig gesichert werden. Dazu gehört auch, dass die demografische Rendite im Bildungsbereich für Verbesserungen eingesetzt wird. Wir werden aber auf eine ausgeglichene und bedarfsgerechte Verteilung der dadurch frei werdenden Ressourcen achten.

Die bisherigen Landesregierungen hätten all dies längst umsetzen können. Aber sie haben es jahrzehntlang versäumt. Die Rechnung erhalten wir jetzt. Zu lange wurde nicht nur über den Durst getrunken. Zu lange wurde nicht nur auf dem Deckel angeschrieben, sondern die Deckel wurden am Tresen auch noch bis in den Himmel gestapelt.

An dieser Erblast werden wir noch lange tragen müssen. Doch auch diese Herausforderung werden wir in Baden-Württemberg meistern. Fragt man die Menschen in ganz Deutschland nach den Eigenschaften, für die der Südwesten steht, dürften drei Adjektive fallen: fleißig, einfallsreich und sparsam.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie haben am 27. März eine neue Regierung gewählt, die zu diesem Land und diesen Eigenschaften passt:

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Wir sind fleißig, einfallsreich und sparsam.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das war ein guter Witz! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wir werden unser Land allen Erblasten zum Trotz mit harter Arbeit, mit guten Ideen und finanzieller Verlässlichkeit in eine erfolgreiche Zukunft führen. Der erste Schritt ist getan: Wir haben uns für eine ganze Weile in den Büchern vergraben und die Fakten auf den Tisch gelegt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ach so! So war das!)

Das Ergebnis ist eine ungeschminkte Bestandsaufnahme. Sie ist nicht schön, aber sie ist notwendig und ehrlich. Denn nur derjenige, der aus den Fehlern der Vergangenheit lernt, wird diese Fehler in Zukunft vermeiden.

Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Willi Stächele: Meine Damen und Herren, für die Aussprache über die Regierungserklärung hat das Präsidium freie Redezeit festgelegt.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

In der Aussprache erteile ich nach § 83 a Abs. 3 der Geschäftsordnung in der bekannten Reihenfolge zunächst der Opposi-

tion das Wort. In diesem Fall spricht zuerst der Vertreter der FDP/DVP-Fraktion. – Herr Abg. Dr. Rülke, bitte schön.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir durften heute erfahren, dass sich der Finanzminister und die neue Koalition in Büchern vergraben haben. Wir durften schon im Vorfeld hören, es sei ein Kassensturz geplant. Der dramaturgische Spannungsbogen war fast nicht auszuhalten,

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das glaube ich wohl! Schlechtes Gewissen!)

und dann diese Rede, meine Damen und Herren, dieses Ergebnis. All das, was Sie uns heute hier verkündet haben, war längst bekannt.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ihnen vielleicht im geheimen Kämmerlein!)

Sie haben die Mitteilung des Rechnungshofs, Drucksache 14/6604, als neueste Ergebnisse, als fundamentale Neuigkeiten verkauft.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Meine Damen und Herren, Sie machen auf uns den Eindruck von jemandem, der in den Spiegel schaut, um zu erfahren, wie er aussieht.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das war das, was Sie am heutigen Tag geboten haben.

Wie ernst es Ihnen mit diesem Kassensturz war,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das hat schon wehgetan!)

konnte die interessierte Öffentlichkeit schon im Vorfeld erfahren: So durfte man nämlich bereits vor dem Kassensturz Eckpunkte eines Nachtragshaushalts aus den Medien erfahren. Dies zeigt doch: Es geht Ihnen nur um ein Alibi für neue Ausgaben. Das ist alles, was Sie im Sinn haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Im Übrigen, gerade an die Fraktion der SPD gerichtet: Sie reden von einem Schuldenberg. Haben Sie einmal ansatzweise ausgerechnet, wie hoch der Schuldenberg geworden wäre, wenn wir in diesem Haus in der letzten Legislaturperiode Ihre Anträge beschlossen hätten?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, haben wir!)

Nein, meine Damen und Herren, dem Landesvorsitzenden des Bundes der Steuerzahler ist beizupflichten: Der Sanierungstau wird aufgebaut, um die Haushaltskonsolidierung nach hinten verschieben zu können.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Er hat keine Ahnung! Bei dem Investitionstau!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Darum geht es Ihnen wirklich.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie suchen Alibis, um nicht sparen zu müssen. Sie suchen Ausreden, um die Ausgaben künftig noch weiter steigern zu können.

Wenn Sie ein Beispiel für die Unsolidität Ihrer Kommunikation suchen – Ich gratuliere Herrn Kollegen Rust, wenn ich die Worte des Präsidenten richtig interpretiere, ganz herzlich zum Nachwuchs und wünsche ihm natürlich alles Gute. Aber ich kann Ihnen nicht ersparen, anzusprechen, dass auf seiner Homepage von einer impliziten Staatsverschuldung von 30 000 € pro Kopf die Rede ist. Wenn man das hochrechnet, kommen wir auf 330 Milliarden €. Das sind typische Mondzahlen, die in diesem Zusammenhang verbreitet werden. Der Rechnungshof sieht einen Rückstellungsbedarf von gerade einmal 70 Milliarden €.

(Widerspruch bei der SPD)

Der Finanzminister hat es immerhin erwähnt. Es geht aus der Denkschrift des Rechnungshofs hervor.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, Sie beklagen,

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

dass Alex Möller vor fast 60 Jahren mit seiner Forderung nach einer echten Vermögensbilanz nicht gehört wurde. Diese habe Alex Möller schon vor 60 Jahren gefordert, und man habe sie nie umgesetzt. Meine Damen und Herren von der SPD, Sie haben doch von 1966 bis 1972 und dann von 1992 bis 1996 auch schon mitregiert. Alex Möller war da immer bekannt. Umgesetzt haben Sie nichts. Sie werden wahrscheinlich einwenden: Wir waren damals Juniorpartner. Aber das sind Sie heute wieder.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wenn Sie nun Ihre Kritik an der mittelfristigen Finanzplanung vortragen, dann kann ich Ihnen sagen: Die mittelfristige Finanzplanung heißt mittelfristige Finanzplanung, weil sie mittelfristig ist. Wir haben es bei den Haushalten immer geschafft, diese mittelfristige Finanzplanung so abzusinken, dass die Haushalte in Ordnung kamen, zweimal in der letzten Legislaturperiode sogar mit einem ausgeglichenen Haushalt. Diesen Ehrgeiz entwickeln Sie nicht. Sie verschieben die Nullneuerschuldung bereits jetzt auf das Jahr 2020.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So steht es in der Verfassung!)

Wenn Sie die Qualitätsoffensive Bildung ansprechen – sie ist in der Tat bis zum Jahr 2012 finanziert –: Meine Damen und Herren, wir haben den Haushalt und die Vorausschau auf künftige Haushalte an diesem Punkt eben auf das Jahr 2012 begrenzt.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Die Frage der mittelfristig notwendigen Lehrerversorgung ist komplex genug, sodass es notwendig ist, im Haushalt und im Stellenplan eine gewisse Flexibilität zu wahren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: 3 Milliarden € Fehlbetrag!)

Da rechtfertigen sich durchaus auch k.w.-Vermerke. Beim Vorgriffsstundenmodell setzen wir zunächst auf eine freiwillige Lösung – deshalb auch keine Rechtsgrundlage für eine zwingende Lösung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Es gibt überhaupt keine Rechtsgrundlage! Nicht einmal für freiwillige Lösungen!)

Das Einzige, was wir von Ihnen bisher hören, ist, dass Sie das alles wieder einsammeln. Was setzen Sie dem denn entgegen? Sie haben dem allem nichts entgegenzusetzen außer der Rücknahme unserer Sparbeschlüsse. Auch hier wird wieder deutlich: Sie haben keinerlei Sparwillen.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Sie haben keinerlei Sparwillen, an keiner Stelle. Auch die Regierungserklärung des Finanzministers hat keinen einzigen Sparvorschlag zutage gefördert,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nichts! Gar nichts!)

sondern nur wieder neue Ausgaben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Im Übrigen: Was tun Sie denn, um die stets beklagte Pensionslawine zu stoppen? Auch hier hört man nichts. Wo bleibt denn Ihr Vorsorgebeitrag für die Pensionäre? Sie werfen uns vor, wir hätten Pensionslasten verschleiert. Ich kann Ihnen nur raten, die 85 Seiten des Versorgungsberichts aus dem Jahr 2010 zu lesen. Auch darin steht alles, was Sie uns heute als Neuigkeiten verkaufen, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Das Gejammer über die Erblast der Pensionslasten richtet sich selbst. Denn was ist Ihre Konsequenz aus diesen Pensionslasten? Mehr Minister, mehr Stellen, Höhergruppierungen. Wollen Sie damit im Ernst gegen diese Pensionslasten zu Felde ziehen?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Der Höhepunkt des Ganzen ist die Aktion „Abendsonne“ gegenüber dem ehemaligen Kollegen Zeller.

(Heiterkeit bei der CDU – Zurufe von der SPD: Fausser!)

Meine Damen und Herren, wir gönnen der Belegschaft im Kultusministerium diese Blutauffrischung durchaus. Wir haben nichts dagegen, wenn der ehemalige Kollege Zeller mit

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

seiner überschäumenden Lebensfreude dort zum Betriebsklima beiträgt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Aber ist diese Höhergruppierung von A 13 nach B 3 wirklich notwendig, meine Damen und Herren? Wir können an dieser Stelle nur feststellen: Die grün-rote Landesregierung hält Wort. Der Wechsel beginnt – aber nur von A 13 nach B 3.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Rülke steht für Niveauunterschreitung!)

Wir haben einen Pensionsfonds eingerichtet und diesen mit 500 Millionen € bestückt.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Oje!)

Er wird pro Beamten und Monat um 500 € ergänzt. Ich räume ein: 1 200 € wären notwendig.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Also!)

Aber was machen Sie? Konkrete Vorschläge fehlen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Fehlanzeige! – Gegenrufe von der SPD: Zuhören!)

Das Phänomen Zeller ist mit Sicherheit kein Beitrag dazu, und die anderen Entschlüsse, die Sie bisher gefasst haben, sind es genauso wenig.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Kennen Sie schon den Haushalt?)

Die Grünen haben in der Vergangenheit immer nur von Kürzungen bei den Beamten selbst gesprochen, und sie tun es noch immer. Auch Aufgabenkritik war bislang Fehlanzeige. Die Regierungserklärung des Finanzministers hat zur Aufgabenkritik ebenfalls keinen einzigen Satz enthalten.

Ursächlich waren auch die damals durchaus richtigen Einstellungsentscheidungen in den Siebzigerjahren. Ich sage es so deutlich; wir waren damals nicht in der Regierungsverantwortung. Im Schulwesen und bei der Polizei war es damals notwendig, deutlich mehr Personal einzustellen. Falsch war es allerdings, zur damaligen Zeit keine Vorsorge zu treffen. Insofern war es Jahrzehnte später in der Regierungsverantwortung eine schwierige Aufgabe, diese Versäumnisse durch eine nachgeholt Vorsorge wiedergutzumachen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Sie haben die Leute als Beamte eingestellt und nicht als Angestellte! Das war der Punkt!)

Sie werden das auch noch merken, meine Damen und Herren. Aber Sie müssen dieses Problem irgendwann einmal angehen.

(Lachen und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sechs Wochen! 15 Jahre haben Sie nichts gemacht! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sechs Wochen! Unglaublich! – Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD)

– Sie waren jahrzehntlang in der Opposition. Da hätten Sie sich etwas überlegen können. Es werden immer wieder Re-

gierungserklärungen angekündigt, es werden Regierungserklärungen gehalten, und die konkreten Maßnahmen werden in die Zukunft verschoben.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Sie sind in der Regierung, um zu regieren, und nicht, um über die Vergangenheit zu jammern und zu erzählen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das würde Ihnen so passen! Der Geist, den Sie uns hinterlassen haben! Nein, nein! – Abg. Alfred Winkler SPD: Es ist klar, dass Sie Ihre Vergangenheit gern ausblenden!)

Im Übrigen, meine Damen und Herren: So rechnen, wie es Finanzminister Schmid tut, das kann man nun wirklich nicht. Wenn Sie auf der einen Seite den Kameralhaushalt nehmen und einen Schuldenstand von 43 Milliarden € ausrechnen, dann ist das durchaus richtig.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Aha! – Abg. Peter Hofelich SPD: Der Mann ohne Vergangenheit!)

Dann müssen Sie zusätzliche Ausgaben eben zusätzlich ausweisen und dem die Werte gegenüberstellen. Aber eines, meine Damen und Herren, geht nicht: Sie können nicht die kameralen Schulden nehmen und weitere Ausgaben hinzurechnen, aber die Werte, die dem gegenüberstehen, unter den Tisch fallen lassen. Das geht nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist völlig klar! – Zuruf von der SPD: Das haben wir nicht gemacht!)

Denn das, was Herr Kollege Schmid macht,

(Abg. Johannes Stober SPD: Das hat er bei den Gebäuden doch gemacht!)

der Vorwurf des Taschenspielertricks, fällt auf ihn selbst zurück. Er rechnet den Kaufpreis, das, was bei Neckarpri eingestellt ist, zur Verschuldung hinzu, aber den Wert der Aktien lässt er unter den Tisch fallen.

(Unruhe)

Entweder kommen wir zu einer wirklichen Vermögensaufstellung – dann müssen aber auch die Werte einfließen –, oder wir bleiben beim Kameralhaushalt. Eine Mischform, meine Damen und Herren, geht nicht. Das sind die eigentlichen Taschenspielertricks.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wie viel sind die Aktien denn wert?)

Dasselbe gilt für die Behauptung, die Sie beständig wiederholen: Wenn man die Pensionslasten einrechnet, dann sei das Land Baden-Württemberg das Bundesland mit der höchsten Verschuldung aller Flächenländer. Das ist derselbe Taschenspielertrick.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Oh, Herr Stratthaus! Da sitzt er! Unglaublich! – Weitere Zurufe von der SPD)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Sie nehmen die kamerale Schulden, rechnen zu diesen die Pensionsverpflichtungen hinzu und nehmen dann als Bezugsgröße die kamerale Verschuldung der anderen Bundesländer, lassen bei den anderen Bundesländern jedoch die Pensionsverpflichtungen unter den Tisch fallen. Das ist die Art und Weise des trickreichen Taschenspielers, wie Sie rechnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Unsinn! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das stimmt doch gar nicht! Das ist doch falsch! – Abg. Walter Heiler SPD: Ich würde einen Crashkurs Verwaltung empfehlen!)

Dasselbe gilt für den angeblichen Sanierungsrückstand. Auch dem muss man die Schwerpunktprogramme, die Konjunkturprogramme der letzten Jahre, die wir im Übrigen in die Haushalte eingestellt haben, entgegensetzen. Hierzu sowie auch zu den Sonderprogrammen für die Landesstraßen gab es in Ihrer sogenannten Regierungserklärung kein Wort.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Stratthaus, sagen Sie einmal etwas dazu!)

Das geht so weit, dass Sie bei Ihren Vorwürfen an uns wegen künftiger Lasten sogar von der Abschaltung zweier Atomkraftwerke und den Investitionskosten für die Energiewende reden. Wahrscheinlich hätten wir im Haushalt auch dafür noch langfristig vorsorgen sollen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Natürlich! – Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Das war bis vor Kurzem Gesetzesstand! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Überall dort, wo Sie konkret werden können, verträsten Sie auf später. Diese Regierungserklärung bringt das Land nicht weiter. Die einzige Botschaft dieser Regierungserklärung heißt: Haltet den Dieb!

Meine Damen und Herren, aus 4,7 Milliarden € prognostizierter Verschuldung für 2010/2011 sind zunächst 2,4 Milliarden € geworden. Statt 2,1 Milliarden € Neuverschuldung für das Jahr 2011 sind im Dritten Nachtragshaushalt nur noch 800 Millionen € übrig geblieben. Bei rund 1 Milliarde € Mehreinnahmen wäre es für Sie ein Leichtes, wieder dahin zu kommen, wohin wir 2008/2009 schon gekommen sind,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

nämlich zur Nullnettoneuverschuldung. Aber diesen Ehrgeiz haben Sie nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Sie wollen sich eine Rücklage schaffen für Wohltaten, statt die Verschuldung zu vermeiden, und bemänteln dies mit Sanierungsmaßnahmen. Na ja, wir werden einmal sehen, ob es dann tatsächlich in die Sanierungsmaßnahmen geht oder ob Sie dann mit irgendwelchen Begründungen andere Möglichkeiten finden, dieses Geld zu konsumieren.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Das einzig Kreative, was Ihnen einfällt, sind Steuererhöhungen. Forderungen nach einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer – damit werden wir uns wahrscheinlich schon in den nächsten Wochen konfrontiert sehen –

(Zuruf von der SPD: Zum Glück!)

und – das Mantra des Finanzministers; das verlangt er in jedem Interview – nach einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes sind das einzig Kreative, zu dem Sie fähig sind.

Meine Damen und Herren, Minister Schmid hat am Ende seiner Rede festgestellt, die Menschen in Baden-Württemberg seien fleißig,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

einfallsreich

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

und sparsam. Da hat er recht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und sie sind fortschrittlich!)

Und er hat festgestellt, die Regierung sei fleißig, einfallsreich und sparsam. Meine Damen und Herren, da hat er auch recht: fleißig im Vorbereiten neuer Schulden, einfallsreich im Erfinden von Ausreden und Steuererhöhungen und sparsam, sehr sparsam mit Sparvorschlägen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Willi Stächele: In der weiteren Aussprache erteile ich nun dem Vertreter der CDU-Fraktion, Herrn Abg. Hauk, das Wort.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt in der Tat einen Finanzminister erlebt, der einem Buchhalter eines mittelständischen Unternehmens in manchem in nichts nachsteht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was haben Sie denn gegen Buchhalter? Buchhalter sind die wichtigsten Menschen! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was haben Sie gegen Buchhalter?)

Er war zehn Jahre im Finanzausschuss, und nach diesen zehn Jahren Tätigkeit im Finanzausschuss muss er offensichtlich erleben, dass er von dem, was er im Ausschuss selbst mitbeschlossen hat bzw. gegen das er vielleicht auch gestimmt hat, trotz der vorhandenen Transparenz tatsächlich gar nichts mitbekommen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Landesregierung gibt es „keine Ausreden mehr, strukturelle Sparmaßnahmen zu benennen und zu beschließen“. Das hat der heutige Ministerpräsident am 19. Juli des vergangenen Jahres erklärt. Was macht die Landesregierung jetzt? Sie von der Landesregierung machen einen sogenannten Kassensturz und haben schon vorab in einer Pressekonferenz zum Vierten Nachtragshaushalt Mehrausgaben in erheblicher Höhe verkündet,

(Peter Hauk)

ohne sich zu einer Verwendung der extrem hohen Steuermehreinnahmen verbindlich zu erklären. Mit einem Konsolidierungskurs hat dies überhaupt nichts zu tun.

Nun ist es nichts Ungewöhnliches, dass eine neue Regierung einen neuen, für sie unbeschwerten Anfang wagen will. Das haben wir bei Regierungswechseln in anderen Ländern auch schon erlebt. Das ist auch Usus bei einem Führungswechsel in einem großen Wirtschaftsunternehmen. Ziel ist, den Status quo möglichst schlechztureden, um dann eigene künftige Erfolge möglichst umfassend preisen zu können. Einen Kassensturz in einer Regierungserklärung als Prolog zu einem geordneten parlamentarischen Verfahren, nämlich zu einem Prolog des Vierten Nachtragshaushalts, zu gestalten, das hat aber eine neue Qualität.

Die Erklärung liegt wohl darin, dass es eher darum ging, einmal richtig mit der seitherigen unionsgeführten Regierung abzurechnen, als eine ehrliche Basis für den Anfang einer neuen Legislaturperiode zu schaffen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Eine weitere mögliche Erklärung ist, dass sich der kommende Vierte Nachtragshaushalt – ob er kommt, wissen wir noch nicht, aber es ist zu vermuten – nicht aus sich selbst heraus erklärt und nicht in sich stimmig sein wird. Vielmehr sollen damit Tatsachen geschaffen werden, die den bisher eingeschlagenen Konsolidierungskurs der unionsgeführten Regierung konterkarieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die neue Regierung propagiert bekanntermaßen eine „Politik des Gehörtwerdens“.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Dass eine solche Politik des Gehörtwerdens nötig sei, hört man aus dem Mund des baden-württembergischen Ministerpräsidenten fast täglich. Bislang beschränkt sich die Regierung mit ihrer Politik des Gehörtwerdens darauf, dass wohlverdiente Parteigenossinnen und Parteigenossen gehört und im Rahmen einer Aktion „Morgenrot“ auf gut dotierte Posten gesetzt werden.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: „Abendsonne“! –
Abg. Claus Schmiedel SPD: Was? – Zurufe der Abg.
Wolfgang Drexler SPD und Helmut Walter Rüeck
CDU)

Gehört werden jedenfalls nicht die jungen Familien, Familien, die in der Familiengründungsphase mehr Wohnraum brauchen, die Wohneigentum erwerben wollen und die sich einer erheblichen Verteuerung von Immobilien aufgrund der trotz sprudelnder Steuermehreinnahmen geplanten massiven Erhöhung der Grunderwerbsteuer gegenübersehen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Filius GRÜNE)

Gehört werden auch nicht diejenigen, die höhere Mieten zahlen müssen, weil der Eigentümer in seiner Kalkulation bei der Höhe der Mieten eine höhere Grunderwerbsteuer zugrunde legt und die Mieten entsprechend höher ansetzt. Gehört wer-

den auch nicht diejenigen, deren Immobilie durch einen Federstrich der grün-roten Regierung plötzlich 1,5 % weniger Wert hat, da ein Kaufinteressent die höhere Grunderwerbsteuer in die entsprechende Gesamtsumme einkalkuliert. Gehört wird auch nicht der Bauhandwerker, der vielleicht entsprechend weniger Aufträge bekommt.

Sie hören auch nicht den Bund der Steuerzahler an, der sich enttäuscht und ernüchert über den grün-roten Koalitionsvertrag zeigt, weil dieser für die Bürger und Betriebe im Land massive Mehrbelastungen mit sich bringt und zugleich die Konsolidierung des Landeshaushalts zulasten zukünftiger Generationen verschiebt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ich habe die IHK nicht
so verstanden!)

Sie hören nicht den Beamtenbund, der für über 200 000 Beamte verbindliche Regelungen für ein Lebensarbeitszeitkonto noch für dieses Jahr – wir hatten es zum 1. September geplant – einfordert. Damit würde auch ein Beitrag dazu geleistet, dass sich die derzeit steigenden Pensionsverpflichtungen aufgrund einer geringeren Notwendigkeit, Neueinstellungen vorzunehmen, verringern.

Sie hören nicht auf die Universitätsrektoren, die durch den Wegfall der Studiengebühren nicht schlechtergestellt werden wollen. Verantwortungslos ist auch Ihr geplantes Wunschkonzert im Bildungsbereich, von dem wir außer Ankündigungen bisher ebenfalls noch nichts kennen.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Warten Sie erst
einmal ab! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie kann
man etwas als verantwortungslos bezeichnen, was
man nicht kennt? Er sagt „verantwortungslos“ und
kennt es nicht! – Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr
GRÜNE)

Im Überschwang ob der vorgefundenen vollen Kassen gehen Sie langfristige Verbindlichkeiten in Milliardenhöhe ein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Regierung hört nicht auf die Bürgerinnen und Bürger, sondern zunächst einmal auf ihr politisches Umfeld; und sie verteilt Positionen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie hören nicht auf hervorragend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien, sondern setzen dort als Entscheidungsträger politische Weggefährten, aus Berlin und anderswo her, ein.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das war bei Ihrer
Regierung so! Sie werden jetzt zum ersten Mal
gehört, Herr Hauk!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines wird in Ihrem bisherigen Handeln deutlich: Viel ist noch nicht zu spüren. Sie sind jetzt immerhin eineinhalb Monate an der Regierung.

(Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Außer Ankündigungen und versuchten – erfolglos versuchten – Verhinderungen ist nichts gewesen. Bisher gab es zwei Regierungserklärungen, aber noch kein Regierungshandeln.

(Peter Hauk)

Es ist bezeichnend, dass während dieser beiden Plenartage der erste Gesetzentwurf, der in den Landtag eingebracht wird, ausgerechnet von der Opposition, nämlich von der CDU, kommen muss. Denn Sie sind zur Handlung offensichtlich nicht befähigt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei der SPD und des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Meine Damen und Herren, Sie nutzen diese Regierungserklärung schlichtweg als Ausrede. Wenn in der Zukunft einmal etwas nicht klappen soll, dann könnte und sollte es am vermeintlich großen Schuldenberg der alten Regierung, der alten Regierungsmehrheiten liegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Haushaltsberatung wurden in der Vergangenheit – wir gehen davon aus, dass dies auch in Zukunft der Fall sein wird – alle Zahlen transparent gemacht und offengelegt. Es ist der ganz entscheidende Unterschied zu einem Wirtschaftsunternehmen, dass über den Haushalt transparent diskutiert wird. Dazu wird kein Kassensturz benötigt. Deshalb war der Neuigkeitswert – Herr Kollege Rülke hat es dargestellt –

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

der Ausführungen des Finanzministers gleich null. Die Zahlen sind bekannt. Es gab überhaupt nichts Neues. Ich will jetzt nicht wiederholen, was Kollege Rülke zu Recht festgestellt hat, nämlich, dass der Finanzminister eher zu einem Täuschungsmanöver – da scheint die Landesregierung mittlerweile Übung zu haben – angesetzt hat,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD)

indem er einfach explizite kamerale Schulden, implizite Schulden, Vermögenswerte etc. munter und bunt miteinander verrechnet hat und es sich so hingerechnet hat, wie Sie es letztendlich brauchen.

Es mutet schon seltsam an, dass Sie für Ihre Darlegungen nach zehnjähriger Mitgliedschaft im Finanzausschuss – dort haben Sie ja nicht nur die Beratungen mitbekommen, sondern auch den Vollzug des Haushalts – jetzt Neuigkeitswert in Anspruch nehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle – Kollege Rülke hat darauf hingewiesen – können uns noch an den Urhaushalt für 2010 und 2011 erinnern. Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise hatten wir damals eine Nettoneuverschuldung für 2010 von 2,6 Milliarden € und für 2011 von knapp 2 Milliarden € beschlossen. Aufgrund der erfreulichen Ergebnisse der November-Steuerschätzung sowie der Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres wäre es jetzt möglich,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

die verbliebene Restneuverschuldung für das Jahr 2011 in Höhe von 800 Millionen € auf null zurückzuführen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Falsch! 3 Milliarden €!)

Diese Regierungserklärung ist nichts anderes als das Verschleiern Ihres Unvermögens oder Ihres Unwillens, die Kon-

solidierung in diesem Land weiter aufrechtzuerhalten und Ihren Part dabei zu übernehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Große Defizite!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich zitiere:

Durch eine sofortige Senkung der Schulden könnten Zinsausgaben eingespart werden, die für die dringend notwendige Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den Schulen des Landes verwendet werden sollten.

Dies erklärte Herr Dr. Nils Schmid zum Nachtragshaushalt 2007 und 2008 am 17. Juli 2007. Das ist heute so richtig wie damals. Nur haben Sie jetzt Regierungsverantwortung und können Ihren wohlfeilen Worten aus der Opposition auch Taten folgen lassen. Wir hindern Sie ausdrücklich nicht daran, Herr Minister, sondern wir würden Sie dabei unterstützen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sind jetzt in der Regierungsverantwortung. Das Wenige, bei dem Sie bisher gehandelt haben, ist, dass Sie faktisch zwei neue Ministerien geschaffen haben, darunter das Integrationsministerium. Das Wirtschafts- und das Finanzministerium bestehen ja nach wie vor weiter; es gibt dort lediglich die Personalunion bei der politischen Spitze, nicht einmal bei den politischen Beamten. Das war das Einzige, bei dem Sie durch Handeln aufgefallen sind.

Sie haben am 12. Mai bei der Regierungübernahme ein wohl bestelltes Feld erhalten.

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nicht zugehört!)

Meine Damen und Herren, wir hätten vor wenigen Monaten, Anfang des Jahres, wohl kaum erneut ein AAA erhalten – es waren externe Berechnungen, wohlgemerkt, keine internen Berechnungen – und damit, was die Frage der Zinsbelastung durch die vorhandenen Schulden angeht, auch Sie in der Zukunft vor höheren Zinsen bewahrt. Baden-Württemberg hat neben Bayern das beste Kreditrating aller Länder; das ist ein externes Rating, kein internes. Moody's hat dies aktuell wieder bestätigt, und das können Sie auch durch einen schlecht gerechneten Kassensturz nicht schlechtreden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das wollen wir auch gar nicht!)

Unstreitig dürfte sein, dass Baden-Württemberg bei der expliziten Verschuldung im Ländervergleich einen Spitzenplatz im positiven Sinn einnimmt. Insoweit sind wir uns einig; darauf haben Sie auch hingewiesen. Hier zeigt sich aber gleichzeitig, dass Sie auf die Einholung eines Expertenrats bei Ihrem Kassensturz verzichtet haben, indem Sie explizite und implizite Verschuldung zusammengerechnet haben und auf dieser Basis dann neue Ländervergleiche anstellen.

Ich will zwei Beispiele nennen:

Die Risikoabschirmung bei der LBBW ist als verzinsliches Bardepot bei der LBBW hinterlegt. Ein weiterer Betrag ist die Kapitalerhöhung bei der LBBW, die damit an Werthaltigkeit

(Peter Hauk)

gewinnt. Es ist schlichtweg unseriös, dies einfach den Schulden zuzurechnen, weil das etwas mit der Vermögensrechnung zu tun hat und nicht mit der Frage der Verschuldung.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Zweifelsohne sind das Risiken. Das will ich gar nicht –

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Aber Risiken sind etwas anderes als Verschuldung. Bei den Unternehmensbeteiligungen, in welcher Form auch immer, stehen den Risiken auch Chancen gegenüber. Das dürften Sie zumindest noch wissen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die EnBW-Beteiligung ist gleichermaßen mindestens in Höhe der Bürgschaft werthaltig, sodass die Nettosition des Haushalts in diesen Fällen nicht tangiert ist. Wir erwirtschaften daraus derzeit faktisch sogar Überschüsse.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Derzeit! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wie viel ist denn die EnBW wert?)

Herr Minister Dr. Schmid, Sie sprechen in Ihrem Kassensturz u. a. die künftig steigenden Pensionsausgaben an und verweisen dabei auf die Beratende Äußerung des Rechnungshofs zu diesem Thema. Es ist wahr: Die Pensionsverpflichtungen sind höher als in anderen Ländern, weil wir aus den Siebzigerjahren einen höheren Personalbestand hatten. Das stimmt. Wahr ist allerdings auch, dass es in allen Bereichen – in der gesetzlichen Rentenversicherung, bei den Pensionsverpflichtungen anderer Länder und des Bundes – außer in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz nirgendwo sonst überhaupt Rücklagenfonds gibt –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was sagt uns das?)

nirgendwo! –, sondern auf der Basis des Generationenvertrags die heutigen Lasten – Renten, Pensionen – von den heutigen Einnahmen finanziert werden müssen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Finden Sie das richtig?)

Das war schon immer so.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha!)

Das ist auch nichts Neues. Nur die Darstellung dessen hat Neuigkeitscharakter und Neuigkeitswert.

Neben Rheinland-Pfalz, das seinen Pensionsfonds aber ausschließlich aus Schulden finanziert,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

sind wir das einzige Land, das überhaupt angefangen hat, einen solchen Pensionsfonds aufzubauen. Natürlich könnte noch mehr Geld drin sein; das ist überhaupt keine Frage. Ich rufe Ihnen nur zu: Machen Sie es! Wir werden Sie dabei unterstützen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hinzu kommt, dass Sie überall dort, wo in der Vergangenheit die damaligen Landesregierungen Stelleneinsparprogramme beschlossen haben, diese bekämpft haben. Ich erinnere an die Verwaltungsreform. Ich erinnere an weitere Stelleneinsparprogramme. Immerhin haben wir heute in den Fachverwaltungen des Landes netto über 10 000 Stellen weniger als noch vor 15 Jahren. Diese haben wir allerdings im Bereich der Bildung komplett kompensiert, und zwar zu Recht. Ich meine, mich noch gut daran erinnern zu können, dass die heutigen Regierungsfaktionen, auch die heutige Regierungsfaktion SPD, in der Vergangenheit immer mehr Personal statt weniger Personal gefordert haben. Das ist doch ein Teil der Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wenn wir Ihren Anträgen gefolgt wären und kein Personal eingespart hätten und wenn wir auf Sie gehört hätten, als Sie jeweils Mehrbedarf angemeldet haben, wären die Pensionsverpflichtungen aus der Rechnung heute noch viel höher. Sie konterkarieren sich damit letztendlich selbst.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Falsch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unionsgeführte Landesregierung hat mit der Versorgungsrücklage und dem Pensionsfonds Vorsorge getroffen. Diese könnten höher sein. Aber wir sind damit bislang Spitzenreiter und Vorbild in ganz Deutschland gewesen.

Wir haben in den vergangenen Jahren Stellen eingespart und im Gegenzug in den Bildungsbereich investiert. Es steht außer Frage, dass wir in den nächsten Jahren entlang der demografischen Entwicklung und der Entwicklung bei den Schülerzahlen reagiert hätten. Das erwarten wir auch von Ihnen. Dies sollte maßvoll, aber auch unter Beachtung der Konsolidierung des Landeshaushalts geschehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Finanzminister hat vorhin auf die vermeintlichen Versäumnisse beim Hochbau hingewiesen. Jeder Euro lässt sich nur einmal ausgeben. Wenn das Land mehr Geld für die Bildung in die Hand nimmt, kann es nicht gleichzeitig mehr Geld für die Landesgebäude und mehr Geld für die innere Sicherheit ausgeben. Die unionsgeführte Regierung hat in der Vergangenheit mit den zur Verfügung stehenden Mitteln Baden-Württemberg in jedem Bereich auf einen Spitzenplatz gebracht und dort auch gehalten. Das war nur möglich, indem die insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel bedarfsgerecht auf die wichtigen Politikfelder verteilt wurden.

Das Land ist Eigentümer von 8 000 Gebäuden mit rund 11 Millionen m² Nutzfläche; das ist bereits vom Finanzminister akribisch beschrieben worden. Wir haben für die Sanierung und Modernisierung dieser Gebäude in den Jahren 2005 bis 2008 340 Millionen € aufgewendet. Herr Finanzminister, das sind genau 1,5 % eines Betrags, den Sie vorhin selbst errechnet haben, nämlich von 22 Milliarden €. Das, was an Investitionen erforderlich gewesen ist, haben wir investiert. Wir haben sogar mehr investiert. Wir haben die Konjunkturprogramme des Bundes und die, die wir selbst zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise aufgelegt haben, dazu ge-

(Peter Hauk)

nutzt, dass wir in der Bauverwaltung allein im letzten Jahr einen Umsatz von 1 Milliarde € getätigt haben, um damit Sanierungsrückstände, die es gibt und deren Abbau dringend notwendig ist, früher abzubauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das heißt, von einem Sanierungsstau kann nicht die Rede sein.

(Lachen der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Wir sind fast in vorauseilendem Gehorsam dem neuen Verkehrsminister zuvorgekommen, indem wir zehn, 15 Jahre lang aufgrund von Investitionen in die Bildungspolitik im Bereich des Landesstraßenbaus weniger investiert haben. Das ist wahr. Wir haben im Jahr 2011 allerdings klar gesagt, für die nächsten Jahre müssen Investitionen in den Straßenbau Priorität haben, und haben im Dritten Nachtragshaushalt die Straßbaumittel noch einmal auf 105 Millionen € erhöht. Es war unsere klare Absicht – nicht nur Absicht, sondern auch klares Programm –, diese Zahlen fortzuschreiben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na, na, na! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: 50 Millionen € stehen in der mittelfristigen Finanzplanung!)

Damit hätten wir die berechneten Unterhaltungsmaßnahmen und Investitionsmaßnahmen von etwa 100 Millionen € jährlich auch auf Dauer erfüllen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, all dies zeigt, dass die alte Regierung und die Regierungsfractionen von CDU und FDP/DVP „up to date“ waren. Deshalb ist jetzt die konsequente Ausrichtung der Haushaltspolitik auf Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit notwendig und gefordert. Die Schlüsselfrage, die sich für Sie, Herr Dr. Schmid, als Finanzminister und für die ganze Regierung stellt: Wollen Sie den von Ihnen immer postulierten Anspruch auf Nachhaltigkeit auch für die Haushaltspolitik gelten lassen oder nicht? Wenn Sie ihn für die Haushaltspolitik gelten lassen wollen, dann müssen Sie jetzt, hier und nun, zur Nullneuerschuldung im Jahr 2011 zurückkehren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist der wichtigste Punkt. Diese Debatte um einen vermeintlichen Kassensturz ist doch nur ein billiges Ausweichmanöver, damit Sie nicht klar bekennen müssen, dass Sie die Nullneuerschuldung nicht erreichen wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So ist es!)

Es geht nicht um das Können. Das ist doch das Entscheidende.

Sie leisten doch noch einen Beitrag dazu, dass die Lasten in der Zukunft erneut steigen werden. Sie können die Lasten der Zukunft deutlich verringern oder sogar gar nicht erst entstehen lassen, wenn Sie die 800 Millionen €, die im Haushalt stehen, schlichtweg tilgen, herunterfahren, auf null fahren. Dadurch hätten Sie keine Zinslasten für die Zukunft und auch keine Rückführungsverpflichtungen.

Herr Finanzminister, erst war 2019 im Gespräch, jetzt ist 2020 im Gespräch. Das steht ja im Grundgesetz. Ich erinnere Sie daran: Wir haben noch eine Landeshaushaltsordnung.

(Abg. Volker Schebesta CDU: So ist es!)

Sie haben damals gefordert, dass die Schuldenbremse, die in der Landeshaushaltsordnung steht, in die Verfassung aufgenommen werden müsse – ich kann mich noch gut erinnern; davon ist schon gar keine Rede mehr – und dass damit die Schulden, die wir 2010 und 2011 aufgenommen haben – Finanz- und Wirtschaftskrise; das war antizyklisch –, innerhalb von sieben Jahren wieder abgebaut werden müssen. Machen Sie jetzt den Anfang, und tragen Sie schon einmal die Rückbaulast, die bis zum Jahr 2017 entstehen würde, ab, indem Sie sie erst gar nicht aufbauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben vorgesorgt. Das strukturelle Defizit der mittelfristigen Finanzplanung kommt doch nicht von ungefähr. Das kommt doch deshalb, weil wir in der Rückzahlung der Verpflichtungen eine Nullneuerschuldung im Jahr 2014 und nicht erst im Jahr 2020 angestrebt haben.

(Abg. Volker Schebesta CDU: So ist es!)

Daher kommt das strukturelle Defizit der mittelfristigen Finanzplanung zu ganz wesentlichen Teilen. Das ist doch der ganz entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Sie prolongieren den Weg in die nächste Legislaturperiode und hoffen inständig, dass es die Union ist, die dann wieder den Karren herausziehen muss.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

– Das ist doch wahr.

(Zuruf)

Ich bin gespannt auf den Vierten Nachtrag. Sie haben jetzt noch etwas Zeit, ihn zu verabschieden, aber es gelingt ja immer weniger. Von wegen Einbeziehung des Parlaments und stärkere Einbindung und dergleichen mehr!

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der Ministerpräsident freut sich schon darauf!)

Wir werden dann überfallen. Wahrscheinlich gibt es den Nachtragshaushalt in gebundener Form erst zwei Tage vor der Einbringung in den Landtag. So wird es wahrscheinlich kommen, nachdem er vom Kabinett bisher noch gar nicht verabschiedet ist. Da gibt es also noch einigen Nachholbedarf.

Sie prolongieren den Weg der Nullneuerschuldung bis 2020. Das ist der ganz entscheidende Punkt. Wir hätten sie im Jahr 2014 wieder erreicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Grobe Bilanztäuschung!)

(Peter Hauk)

Das ist der Hauptgrund dafür, dass wir in der mittelfristigen Finanzplanung Deckungslücken zwischen 2 und 3 Milliarden € haben.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Jetzt die Steuermehreinnahmen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu kommen auch strukturelle Mehreinnahmen im Bereich der Steuern, und zwar schon nach der Mai-Steuerschätzung. Vermutlich wird dieses Ergebnis durch die November-Steuerschätzung noch einmal übertroffen werden, auch durch die Steuereingänge. Das zeichnet sich ein Stück weit ab.

Das heißt, meine sehr verehrten Damen und Herren der Regierungsfractionen: Strengen Sie sich einfach an! Strengen Sie sich an, dass Sie den Kurs der Konsolidierung dieses Haushalts und dieses Landes

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na, na, na!)

im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes und vor allem im Interesse der nächsten Generation fortsetzen. Leben Sie nicht auf Kosten der nächsten Generation, sondern kommen Sie auf einen Pfad der Konsolidierung zurück,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und verschleiern und täuschen Sie nicht weiter.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Willi Stächele: Meine Damen und Herren, in der weiteren Aussprache erteile ich der Vertreterin der Fraktion GRÜNE, Frau Kollegin Sitzmann, das Wort.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute mit dem Kassensturz, den der Finanzminister vorgelegt und vorgestellt hat, endlich eine komplette Bestandsaufnahme über die Finanzsituation hier in Baden-Württemberg. Herr Kollege Hauk, Herr Kollege Rülke, es hilft alles nichts: Sie können die Augen nicht länger vor den Tatsachen verschließen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn sie denn kämen, die Tatsachen!)

Die Daten und Dokumente, die in diesem Kassensturz zusammengetragen sind, sind Unterlagen und Vorlagen aus Ihrer Regierungszeit. Es sind valide, solide Daten,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ei, ei, ei! Sag mal! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

und es wurde allerhöchste Zeit, sie einmal zusammenfassend darzustellen und Transparenz herzustellen, auch für die Bürgerinnen und Bürger, die wissen sollen, wie es um die Finanzen in Baden-Württemberg steht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Welche Unterlagen waren denn bisher nicht transparent?)

– Man kann von der Bürgerschaft schwerlich erwarten, dass sie Nachtragshaushalte, Haushalte, Rechnungshofberichte usw. liest.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aber von Ihnen kann man es verlangen!)

Jetzt ist es zum ersten Mal klar und transparent dargestellt,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Habt ihr als Opposition versagt, oder wie?)

und wir stellen fest, dass das Ergebnis nach 58 Jahren CDU-Regierung in Baden-Württemberg erschreckend ist, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Bestandsaufnahme zeigt, dass Schulden, verlagerte Verpflichtungen und bewusst verursachte finanzielle Risiken – ich betone: Risiken – über 70 Milliarden € betragen. Zu diesen 70 Milliarden € kommen noch weitere Verpflichtungen für die Pensionen hinzu. Herr Kollege Hauk, Sie haben gesagt, es gebe einen Pensionsfonds. Das ist richtig. Allerdings bleibt trotz dieses Fonds eben noch eine ungedeckte Verpflichtung in Höhe von 68 Milliarden € übrig. Das haben Sie leider nicht gesagt.

Zusammengerechnet ergeben diese Posten eine Summe von unglaublichen 138 Milliarden €. Das ist mehr als das Dreifache der Verschuldung, die bislang im Haushalt ausgewiesen wurde. Das ist das Geld, für das die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler schließlich aufkommen müssen. 138 Milliarden € sind das Vierfache des gesamten Landeshaushalts, und 138 Milliarden € entsprechen dem Steueraufkommen von fünf Jahren, einer ganzen Legislaturperiode.

(Abg. Peter Hauk CDU: Tarnen und täuschen, das ist Ihre Maßgabe!)

Wenn das keine erschreckende Bilanz ist, werte Kolleginnen und Kollegen! Sie haben heute trotzdem wieder behauptet, und zwar wider besseres Wissen, dass die Vorgängerregierung ein wohl bestelltes Feld hinterlassen habe. Das kann ja wohl nicht sein, wenn Ihnen, wie Sie sagen, diese Tatsachen schon längst bekannt sind. Öffentlich gesagt haben Sie immer nur das, was Ihnen gut in den Kram gepasst hat. Viele der erschreckenden Tatsachen, die heute auf dem Tisch liegen, wurden öffentlich wenig diskutiert. Deshalb kommen wir zu dem Ergebnis, dass es endlich an der Zeit ist, diese Tatsachen offenzulegen und zu zeigen, wie die Realität in Baden-Württemberg nach Ihrer jahrzehntelangen Regierungszeit aussieht. Da ist klar: Optik und Realität klaffen weit auseinander.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie von der CDU haben das Landesvermögen heruntergewirtschaftet, Herr Hauk.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt hört's aber auf!)

Landesstraßen werden für Autofahrerinnen und Autofahrer zum Sicherheitsrisiko. Ihnen allen sind Berichte bekannt über

(Edith Sitzmann)

Hörsäle, in die es hineinregnet. Wir haben Landesgebäude mit energetischen Standards von anno dazumal.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Da sind Sie zuständig!)

Ich kann nur sagen: Ein gut bestelltes Haus sieht wahrlich anders aus.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie haben diese Sanierungen immer wieder nach hinten verschoben. Wir hatten im Zuge des Beschlusses zum Erneuerbare-Wärme-Gesetz in der letzten Legislaturperiode gesagt: Energetische Sanierung muss auch für landeseigene Gebäude gelten. 25 Millionen € waren dafür eingeplant. Dazu ist es nie gekommen. Wir konnten gar nicht so schnell schauen, wie diese 25 Millionen € wieder aus dem Haushalt gestrichen waren. Das war Ihre Sanierungspolitik, Herr Hauk.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie viele Millionen wenden Sie denn auf?)

Das alles führt dazu, dass wir einen milliardenschweren Sanierungsrückstau haben, Herr Kollege. Das ist das Erbe der Landesregierung, das wir übernehmen müssen. Wir werden dafür sorgen, dass wir diesen Sanierungsrückstand Schritt für Schritt auflösen. Wir werden versuchen, die Hinterlassenschaft, die Sie leider den kommenden Generationen aufgebürdet haben, abzuarbeiten. Deshalb werden wir insbesondere in diesen Sanierungsbereich investieren und entsprechende Rücklagen bilden.

Wir begrüßen es natürlich, dass zugleich die Nettokreditaufnahme abgesenkt wird, wie es vom Herrn Finanzminister angekündigt wurde. Entscheidend ist aber, dass all diese Bausteine in einem vernünftigen und ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Dabei ist für uns der mittel- und langfristige Horizont 2020 maßgebend. Es geht nicht darum, morgen eine schnelle, schöne Bilanz vorzulegen, sondern es geht darum, Schritt für Schritt diesen Konsolidierungskurs einzuleiten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So spät wie möglich!)

Wir werden das tun, obwohl das Erbe, das heute mit dem Kasensturz auf dem Tisch liegt, wahrlich nicht einfach ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir werden nicht das wiederholen, was die bisherige Landesregierung betrieben hat, nämlich nur an die kurzfristige Bilanz und nicht an die Zukunft zu denken. Wir werden an die Zukunft denken. Wir werden uns darum bemühen, die Deckungslücken zu schließen. Die Rechnung, die Sie aufgemacht haben, lautete: Nullverschuldung jetzt. Sie haben heute wieder – wie schon bei der Antwort auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten in der letzten Plenardebatte – ganz offen zugegeben: Die Deckungslücken gibt es deshalb, weil wir Verpflichtungen haben. Aufgaben, die wir heute haben, verschieben wir dann lieber in die Zukunft. Dabei kommt heraus, dass in den nächsten Jahren Deckungslücken in Höhe von 9 Milliarden € vorhanden sind. Diese gilt es doch zu

schließen und nicht auf den schnellen Erfolg zu schießen, wie Sie es bisher immer getan haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: 800 Millionen € bei 1 Milliarde € Steuermehreinnahmen!)

Kollege Rülke hat uns wegen Steuererhöhungen kritisiert. Es ist gerade ein paar Wochen her, da hat sich die FDP auf die Fahnen geschrieben, sie wolle sich programmatisch erneuern. Was ist nach der programmatischen Erneuerung passiert? Sie haben genau die Forderung, die Sie schon seit Jahr und Tag stellen – egal, ob es passt oder nicht, ob es realistisch ist oder nicht –, wieder erhoben,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir wollen die Grunderwerbsteuer nicht senken!)

die Steuern zu senken.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Sitzmann, wir haben nicht gefordert, die Grunderwerbsteuer zu senken!)

Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Kollege Rülke: Programmatische Neuaufstellungen sehen bei uns anders aus.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Heute so und morgen so! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: 2022, 2017 und dann wieder 2022!)

Ich sage Ihnen, dass diese Forderungen in Anbetracht der Verschuldung der öffentlichen Haushalte und der notwendigen Zukunftsinvestitionen, die wir tätigen müssen, nicht verantwortbar sind. Es sind die Schulden von morgen. Deshalb ist dieser Weg eindeutig der falsche.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das sehen nicht nur wir so. In der gestrigen Ausgabe des „Handelsblatts“ war ein Brief deutscher Familienunternehmen abgedruckt. Diese haben in dem Brief öffentlich erklärt:

Die Familienunternehmen, die sich dieser Erklärung angeschlossen haben, fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, der verantwortungslosen Schuldenpolitik Deutschlands ein Ende zu setzen.

So viel, Herr Rülke, zur Meinung des Mittelstands.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Das ist der FDP doch egal!)

Wir werden so nicht weitermachen. Wir werden das Verschieben von Lasten in die Zukunft beenden. Aber es ist auch klar: Es wird kein Spaziergang werden. Die Sanierungsrückstände – das ist deutlich geworden – sind immens. Wir haben auf der einen Seite Pensionsverpflichtungen und auf der anderen Seite nur sehr geringe Rückstellungen. Dazwischen klafft eine sehr große Lücke. Wir haben Deckungslücken in der mittelfristigen Finanzplanung in Höhe von 9 Milliarden €. Das sind große Herausforderungen, meine Damen und Herren. Diese werden wir annehmen.

Nun haben Sie, Herr Hauk, behauptet, nach Ihrem Plan wäre schon 2014 die Nettonullverschuldung eingetreten. Auch da-

(Edith Sitzmann)

zu müssen wir sagen: Sie wäre nur deshalb eingetreten, weil Sie die Krisenschulden wieder auf die Zeit nach 2014 verschoben hatten. Diese Taktik kennen wir seit Jahren. Damit werden wir Schluss machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir werden den Ball dort spielen, wo er liegt, wie Sepp Herberger einmal gesagt hat. Wir werden den Ball nach vorn spielen, wir werden ihn Richtung 2020 spielen, und wir werden ihn im Interesse und in der Verantwortung für die kommenden Generationen spielen. Das kann ich Ihnen versichern.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Auf die Eigentümer sind wir gespannt!)

Klar ist, dass wir in den nächsten Jahren erhebliche Einsparungen brauchen werden. Darum kommen wir nicht herum. Auch die derzeitigen Steuermehreinnahmen können nicht darüber hinwegtäuschen.

Wir werden aber, um das Ganze konzertiert, strukturiert und konzeptionell anzugehen, neue Instrumente einführen, wie sie der Finanzminister hier schon vorgestellt hat: auf der einen Seite die Finanzplanung 2020, die fortlaufend fortgeschrieben werden soll, und auf der anderen Seite eine strategische Haushaltssteuerung. Dabei geht es um strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen, um mittel- und langfristige Maßnahmen und um ressortübergreifende Maßnahmen, doch nicht um Feuerwehrationen kurz bevor der Haushalt erstellt werden muss.

Diese beiden Instrumente – „Finanzplan 2020“ und strategische Haushaltssteuerung – werden dazu führen, dass wir Synergie- und Einspareffekte erzielen können. Ich darf noch einmal den Rechnungshof zitieren. Er hat z. B. einmal ausgerechnet, dass allein eine Neuorganisation der Datenverarbeitung ein Einsparpotenzial von 50 Millionen € beinhaltet. Solche Einsparpotenziale gilt es zu heben.

Gerade die Erfahrungen aus der Vergangenheit mit den Haushaltsstrukturkommissionen der ehemaligen Regierung haben gezeigt, dass wir neue Instrumente brauchen. Diese Kommissionen haben getagt, getagt und getagt. Ergebnisse haben sie keine erzielt. Das werden wir anders und vor allem besser machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Selbstverständlich gilt für uns auch bei der Haushaltskonsolidierung, bei den Finanzen die politische Leitlinie des Dialogs. Wir werden unsere Vorschläge im Dialog erörtern. Wir werden uns den Gesprächen stellen, auch wenn es nicht immer einfach wird. Wir werden diese Gespräche, diese Verhandlungen mit allen Beteiligten auf Augenhöhe führen.

Zum Schluss: Unser Land steht vor großen Herausforderungen. Eine, nämlich die Bildung, haben Sie genannt. Das gilt für die frühkindliche Bildung, für die Schulbildung, für die Hochschulen und für die berufliche Bildung. Wir stehen vor Herausforderungen aufgrund des demografischen Wandels. Das gilt insbesondere bei der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Wir brauchen neue Mobilitätskonzepte. Sie werden ein Schlüssel für eine erfolgreiche Exportwirtschaft in Ba-

den-Württemberg sein. Wir stehen auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz und beim Energiesparen vor großen Herausforderungen.

Alle diese Herausforderungen werden wir angehen. In diesen Zukunftsfeldern werden wir uns vorrangig engagieren. Das hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht. Wir nehmen die Herausforderungen an. Wir werden sie meistern, und wir sind gespannt, ob Sie dann auch zu der Unterstützung, die Sie heute versprochen haben, stehen.

Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Willi Stächele: Meine Damen und Herren, in der weiteren Aussprache erhält Herr Kollege Schmiedel für die Fraktion der SPD das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hauk, Sie haben dem Finanzminister vorgeworfen, er habe hier die Rolle des Buchhalters eines mittelständischen Unternehmens gespielt.

(Minister Reinhold Gall: Ja! Da habe ich mich auch gewundert!)

Ich sage einmal: Dieser Vorwurf spricht Bände. Er zeigt nicht nur Ihre Missachtung gegenüber dem Mittelstand,

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oje! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

sondern auch die Missachtung der Rolle derjenigen, die dafür verantwortlich sind, dass die Kassenbücher so geführt werden, dass Einnahmen und Ausgaben dieselbe Höhe haben. Denn das ist kennzeichnend für den Mittelstand in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Sie scheinen Ihren Finanzminister aber schlecht zu bewerten!)

Dasselbe gilt natürlich auch für Sie, Herr Rülke. Sie haben den Vorwurf gemacht, wir hätten in die Bücher geschaut.

(Zuruf: Ja, ja!)

Der frühere Finanzminister Stächele hat einmal gesagt: Schau in die Bücher, dann schreien dich die Zahlen an.

(Zuruf: Genau! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn man sie versteht!)

Genau das ist passiert.

Herr Hauk, jetzt fangen wir einmal dort an, wo wir uns einig sind. Wir sind uns darin einig, dass für die nächsten Jahre in der Finanzplanung der alten Landesregierung eine Deckungslücke zwischen 1,3 und 2,4 Milliarden € besteht. Schon allein das ist Wahnsinn. Man sollte sich aber überlegen, dass in diese Deckungslücke schon jetzt Steuermehreinnahmen in der Größenordnung von aktuell 1 Milliarde € eingepreist sind. Wahnsinn! Wenn man sich dann noch überlegt, dass Sie die

(Claus Schmiedel)

Haushaltsrücklage plündern, das, was die schwäbische Hausfrau für schlechte Zeiten im Nachttisch aufbewahrt,

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

dann ist noch einmal 1 Milliarde € weg, ausgegeben, und trotzdem besteht diese Deckungslücke. Wahnsinn! Dann haben Sie auch noch dort, wo man Finanzmasse hat, um Grundstücke, die man braucht, kaufen zu können, indem man andere verkauft, den Grundstock geplündert. Geld raus, verbraucht. Wahnsinn!

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Er muss doch jetzt selbst über die Scheinheiligkeit lachen! Herr Schmiedel!)

– Herr Kollege, das ist nicht scheinheilig. Herr Hauk hat doch wieder dieselbe Nummer wie beim letzten Mal probiert. Ich habe es jetzt nicht mitgebracht. Ich habe gedacht, er hätte es verstanden. Beim letzten Mal habe ich das betreffende Blatt aus der mittelfristigen Finanzplanung mitgebracht. Da hat er sich wieder einmal gelobt und gesagt, man habe ja schon für 2014 die Nettonull angesteuert.

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Oben steht dann aber: „Nettokreditaufnahme: null“, und unten steht: „Deckungslücke: 3 Milliarden €“.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Ja, natürlich! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das muss man doch decken!)

– Aber so kann man doch nicht arbeiten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie haben doch nicht hineingeschrieben: „Um diese Deckungslücke zu schließen, verzichten wir auf erstens, zweitens, drittens, viertens ...“.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch Sache des Haushalts!)

Vielmehr haben Sie gesagt: „Weil wir mehr für Bildung ausgeben, lassen wir die Hochschulen liegen.“ Wenn dazu gesagt wird: „Wir haben das ausgegeben, was notwendig ist“, dann frage ich: Warum regnet es denn in Tübingen durchs Dach?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Genau! Warum regnet es hinein? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das liegt am OB! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ins Technische Rathaus regnet es hinein!)

– Frau Kollegin Gurr-Hirsch, wir gehen einmal in technische Institute.

(Zuruf von den Grünen: In Tübingen?)

Universitäten müssen aus ihren knappen Mitteln in ihr Gebäude – das dem Land gehört – noch einmal ein Häuschen hineinbauen, damit die Sintflut von oben abgeleitet wird und nicht im Computer landet. So sieht es aus.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist Baden-Württemberg! – Abg. Peter Hauk CDU: Dafür kauft man in Tübingen Weinberge! Das ist die Alternative!)

Wenn man jetzt noch einmal die Deckungslücken anschaut – über die wir uns ja einig sind – und gleichzeitig weiß, dass Aufgaben auf uns zukommen, die in der mittelfristigen Finanzplanung gar nicht aufgeführt sind – Ich nenne z. B. Aufwendungen für den Hochwasserschutz, die man nicht länger aufschieben kann. Oder sollen wir Mannheim beim nächsten Jahrhunderthochwasser etwa absaufen lassen? Das geht doch nicht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Für die CDU schon, bei dem Wahlergebnis!)

Sollen wir die Polizei ohne Kommunikation arbeiten lassen? Wir müssen den Digitalfunk also einführen. Überhaupt fehlt es bei der Polizei an der technischen Ausstattung hinten und vorn.

(Beifall bei der SPD)

Das alles kommt also noch hinzu. Wahnsinn!

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Und nun: Es war eine ganz besonders inakzeptable Nummer,

(Abg. Walter Heiler SPD: Wie so oft!)

Herr Kollege Rülke: Sie werfen dem damaligen Finanzminister Stratthaus Taschenspielertricks vor.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Wahnsinn“! – Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU)

– Das ist nicht Wahnsinn, das ist unverschämt. Denn er war es, der hier von diesem Pult aus die Rechnung aufgemacht hat und verglichen hat, wie es im Ranking bei den monetären Haushaltsschulden aussieht. Baden-Württemberg sei da spitze. Er fragte aber weiter, wie es denn aussehe, wenn man die Pensionsverpflichtungen mit berücksichtige, und zwar sowohl bei den anderen als auch bei uns. Dann liege Baden-Württemberg am Ende. Was soll denn da der Taschenspielertrick sein?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist so!)

Aber die Art und Weise, wie Sie auf seine Haushaltsaussagen und seine Reden von Wahrheit und Klarheit reagiert haben, sprechen auch Bände. Sie haben gesagt: Einer, der eine solche Rechnung aufmacht, muss entlassen werden.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das war Ihre Antwort – anstatt den Hinweis ernst zu nehmen und die notwendigen Rücklagen zu schaffen, damit nicht noch weitere Verpflichtungen in Höhe von 68 Milliarden € da sind.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Natürlich steht den Mitteln, die außerhalb des Haushalts geführt werden – Extrahaushalte –, auch Vermögen gegenüber.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das hat er aber weggelassen! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Es geht um die Bewertung!)

(Claus Schmiedel)

Jetzt wollen wir einmal schauen, wie Sie das behandeln. Es gibt ein Vermögen, das in einer stillen Einlage des Landes bei der Landesbank Baden-Württemberg besteht. Damit das Land diese stille Einlage finanzieren kann – es musste das Geld aufnehmen; es hat es ja nicht gehabt –, bekommt es diese stille Einlage als Darlehen mit einem Zinssatz von 5 % von der Landesbank Baden-Württemberg. Die Landesbank Baden-Württemberg verzinst dem Land diese stille Einlage mit 6 %. Das ist an und für sich ein gutes Geschäft; 1 % bleibt übrig; damit kann man etwas anfangen. Was Sie aber gemacht haben, ist, dass Sie die Einnahmen, die von der stillen Einlage bei der Landesbank in den Haushalt kommen, für die nächsten Jahre bereits verkauft haben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist doch der Punkt! Da ist gar kein Gegenwert mehr da!)

Das haben Sie gemacht, damit Sie Kasse machen können. Das ist noch einmal so eine Sondernummer. Sie verkaufen zukünftige Einnahmen, damit Sie jetzt Kasse machen können und so tun können, als hätten Sie anständig gewirtschaftet. Blöd ist es nur, wenn die Landesbank keinen Gewinn macht. Dann gibt es überhaupt keine Verzinsung der stillen Einlage. Das ist besonders blöd. Dann haben Sie diese nicht nur verkauft, sondern müssen auch noch nachzahlen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber Steuergeld!)

Das kommt dann alles auf uns zu. Das ist eine Erblast, wie wir sie in vielen Bereichen haben: unseriös gewirtschaftet, auf den Moment geachtet, Lasten in die Zukunft geschoben, aber keine Konsolidierung. Das ist eine Scheinkonsolidierung, Herr Kollege Hauk, aber keine echte Konsolidierung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Was ist denn daran neu? Wo ist der Neuigkeitswert, und wo ist das Problem?)

Wir hätten das alles auch sein lassen können. – Sie haben natürlich recht: Nicht alles ist neu.

(Abg. Peter Hauk CDU: Überhaupt nichts!)

Aber in der Zusammenstellung, in der Wucht der Verpflichtungen, die uns jetzt auferlegt werden – das muss einmal deutlich werden –, ist es Wahnsinn.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Jetzt sage ich Ihnen: Wir hätten das auch sein lassen können. Dann täten wir uns nämlich leichter. Wir hätten Ihre Politik der verschwiegenen Schuldenverschiebung in die Zukunft fortsetzen können. Dann fiel es uns doch viel leichter, zu sagen: Nehmen wir die Steuereinnahmen, und dann können wir richtig loslegen. Das können wir ja gerade nicht, weil wir eben die Dächer reparieren müssen, die Straßen in Ordnung bringen müssen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das müssen wir doch gar nicht!)

weil wir Hochwasserschutz betreiben müssen und all die anderen Dinge, die Sie in die Zukunft verschoben haben, weil wir die Landesbank, die Förderbank des Landes wieder anständig ausstatten müssen – alles Dinge, wo Sie geplündert

haben, auch die Rücklage geplündert haben, alles geplündert, um eine Scheinkonsolidierung darzustellen. Aber wir machen Schluss damit.

Ich bin dem Finanzminister und der Landesregierung außerordentlich dankbar, dass sie in schonungsloser Offenheit die Wahrheit der Finanzen des Landes dargelegt haben, nachlesbar, für jeden nachvollziehbar, obwohl wir uns das politische Leben in den nächsten Jahren dadurch nicht erleichtern, sondern erschweren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wahnsinn!)

Der Finanzminister hat gesagt, die Regierung sei fleißig, einfallsreich und sparsam. Richtig. Das Gegenteil davon

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ist der Fall!)

ist faul, inhaltslos und verschwenderisch. Wer damit gemeint ist, mag jeder selbst entscheiden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Haben Sie vorher einen Juristen konsultiert?)

Präsident Willi Stächele: Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der weiteren Aussprache hat nun Finanzminister Dr. Schmid das Wort. – Bitte schön.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Vorteil dieser Debatte ist: Zahlen kann man nicht mit Polemik beiseitewischen. Deshalb gab es von der Oppositionsseite außer wenigen Details, die in dem Bericht, der dem Landtag zugeleitet worden ist, dann auch zutreffend dargestellt worden sind, keinerlei Kritik an den Zahlen, die wir vorgelegt haben. Das stimmt mich insofern optimistisch, als mich das hoffen lässt, dass wir eine gemeinsame Erkenntnisgrundlage für das weitere Verfahren der Haushaltsplanung in dieser Legislaturperiode haben.

Das, was dazu gesagt wurde, wie denn eine solche Vermögensbilanz auszusehen hat, war alles richtig. Deshalb haben wir auch gesagt: Es ist ein Kassensturz und natürlich keine umfassende Vermögensbilanz. Diese werden wir erarbeiten; das haben wir uns selbst auferlegt. Das werden wir sehr gern tun. Dass in der Tat bei zusätzlichen Verbindlichkeiten in Extrahaushalten – jedenfalls für den Fall von Unternehmensbeteiligungen – auch Vermögenspositionen bestehen, etwa bei der EnBW und auch bei der LBBW, ist jedem klar, der sich mit solchen Rechnungslegungen auskennt. Dies ist auch in dem Bericht ausdrücklich vermerkt worden. Das Problem ist nur: Wir wissen nicht, wie hoch diese Vermögenspositionen sind.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann wissen Sie aber auch nicht, wie hoch die Schulden sind, die Sie da berechnen!)

Jedenfalls bei der EnBW lässt der Bericht zumindest einmal den Schluss zu – deshalb habe ich das auch in der Regierungserklärung ausgeführt –, dass darin erhebliche Risiken stecken.

(Abg. Peter Hauk CDU: Risiken und Chancen!)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Deshalb gehört es sich, dass man das in einem Gesamtkontext aufzeigt. Genau dies haben wir getan.

Das Zweite ist – Herr Schmiedel hat schon darauf hingewiesen –, dass wir die impliziten Verschuldungen, soweit sie Pensionsverpflichtungen berücksichtigen, dann in einer Gesamttabelle zusammenfassen. Das war nicht unsere Idee, sondern das ist bei Wirtschaftsforschungsinstituten Usus. Herr Raffelhüschen, der die Grundlagenarbeit geleistet hat, auf die schon Herr Stratthaus in seiner Amtszeit zurückgegriffen hat, hat genau dies getan. Das ist für die Darstellung nicht weiter kritikwürdig.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Es geht um etwas ganz anderes – da sind Sie ausgewichen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP/DVP –: Der Kassensturz dient der klaren Zuordnung politischer Verantwortung. Demokratie lebt davon, dass nicht nur wir hier drinnen, sondern vor allem auch die Bürgerinnen und Bürger draußen wissen, wem sie die Verantwortung für politisches Handeln zuweisen dürfen. Deshalb ist es ein Gebot der Transparenz, aber auch ein Gebot einer demokratischen Gesellschaft, dass wir am Anfang dieser Legislaturperiode genau diesen Kassensturz durchgeführt haben. Denn wir wollen die Bürger in die Lage versetzen, unbefangen, auf der Grundlage von Tatsachen politische Verantwortung zuzuweisen. Das, was Sie in Ihren Redebeiträgen getan haben, war, politische Verantwortung für Ihr Handeln zu verweigern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Stattdessen wurde von einem Konsolidierungspfad schwadroniert, den die unionsgeführten Landesregierungen eingeschlagen hätten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Ich sage Ihnen: Der Kassensturz weist nach, dass dieser vermeintliche Konsolidierungspfad mitten in den Verschuldungsumpf geführt hat, Herr Hauk.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das sind ganz neue Erkenntnisse!)

Sie haben das Vorgriffsstundenmodell als sparpolitische Errungenschaft angepriesen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Lebensarbeitszeitmodell!)

Das freiwillig durchzuführende Vorgriffsstundenmodell haben Sie als große Errungenschaft des ausgeprägten Sparwillens der alten Regierung angepriesen. Als wir die Regierung übernommen haben, gab es noch nicht einmal eine Rechtsgrundlage für dieses Vorgriffsstundenmodell.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist ja völlig neu! – Zuruf der Abg. Helen Heberer SPD)

Sie weisen darauf hin, dass Sie in den vergangenen Jahren außerordentlich konsolidiert hätten. Wir haben durch den Kassensturz am Beispiel Grundstock, am Beispiel L-Bank, am Beispiel des Jahres 2011 herausgearbeitet, dass Sie mit vielen

Einmaleffekten zulasten der Vermögenssubstanz des Landes gearbeitet haben. Das ist alles andere als Konsolidierung. Das ist versteckte Verschuldung, Herr Hauk, nichts anderes.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Wo konsolidieren Sie? Neben der Analyse, so falsch sie sein mag, erwarte ich Handlung!)

Sie weisen darauf hin, dass die Versorgungsrücklage 2005 endlich eingeführt worden ist, nachdem andere längst gehandelt haben. Aber ausgerechnet bei der großartigen Versorgungsrücklage haben wir feststellen dürfen, dass in dieser Rücklage keine Vorsorge für die im Rahmen der Bildungs offensive geschaffenen Stellen getroffen worden ist. Das werden wir selbstverständlich korrigieren.

Jetzt geht es darum, ausgehend von diesem Kassensturz solide Finanzpolitik zu betreiben. Was dabei überhaupt nicht zielführend ist, ist eine punktuelle Betrachtung allein der expliziten Verschuldung. Der gesamte pädagogische Effekt des Kassensturzes wäre verfehlt, wenn wir uns nur darauf konzentrierten, wie sich die explizite Verschuldung zu einem bestimmten Zeitpunkt gestaltet. Dann wäre die ganze Mühe umsonst gewesen. Dies würde ich sehr bedauern.

Wir im Haus haben uns große Mühe gegeben, die Landesregierung hat sich große Mühe gegeben. Aber der Sinn und Zweck des Kassensturzes ist gerade – Sie selbst haben das aufgegriffen, als Sie die Vermögensbilanz thematisierten –, den Blick zu weiten: weg von der expliziten Verschuldung, die implizite Verschuldung des Landeshaushalts aufdecken. Deshalb wird die Leitlinie dieser Landesregierung sein, die Schuldenlast, das, was wir künftigen Generationen hinterlassen, insgesamt zu minimieren und abzubauen. Dies betrifft sowohl die explizite wie die implizite Verschuldung. Deswegen wird selbstverständlich auch im Nachtragshaushalt bei der Verwendung der Steuermehreinnahmen beides eine Rolle spielen.

Sie haben recht: Wir haben es noch nicht formuliert. Der Grund ist, dass wir dies in der Tat gemeinsam mit dem Parlament besprechen wollen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Im Hauruckverfahren!)

So verstehen wir politische Arbeit, Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Parlament. Wir werden im Parlament besprechen, wie wir die Steuermehreinnahmen verwenden. Lediglich zu meinen, man sei der Held der Konsolidierung, wenn man mit Steuermehreinnahmen nur die explizite Verschuldung auf null bringt, aber Landesgebäude und Landesstraßen weiter verrotten lässt, das ist wirklich zu kurz gedacht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Eines gehört auch zur Ehrlichkeit der haushaltspolitischen Debatte: die Frage, wie mit Steuern umgegangen wird. Wir wissen aus den Kommunen, aus dem Land, aus dem Bund, dass die öffentlichen Haushalte stark angespannt sind – Sanierungsstau auf allen Ebenen, Verschuldungslast. Doch wir haben herausragende Zukunftsaufgaben, müssen in Bildung und Betreuung investieren, wollen die Quellen unseres Reichtums pflegen und müssen dort natürlich auch investieren. Das ist der Spannungsbogen der Finanzpolitik, der sich auf jeder Ebene der öffentlichen Haushalte darstellt. In einer solchen Situ-

(Minister Dr. Nils Schmid)

ation Steuersenkungen auf breiter Front das Wort zu reden ist völlig unverantwortlich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt haben wir über Jahre erlebt, dass immer die gleiche Platte aufgelegt worden ist. In guten Zeiten sagt man: Jetzt geht es uns so gut, jetzt muss der Staat etwas an die Bürger zurückgeben. Und auch in schlechten Zeiten hat man immer gesagt: Man muss die Steuern weiter senken, denn man muss die Wirtschaft ankurbeln. Das Ergebnis dieser Politik ist, dass die öffentlichen Haushalte unterfinanziert sind.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Deshalb sage ich ganz deutlich: Jetzt, wo es gut geht, müssen wir die Verschuldung – explizit wie implizit – vorrangig abbauen. Das ist die Hauptaufgabe von Steuerpolitik in dieser Zeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Zulasten der Bürgerinnen und Bürger! Sagen Sie es doch: zulasten der Menschen!)

Die Bürgerinnen und Bürger wollen auch eine funktionierende öffentliche Infrastruktur – Polizei, Justiz, Straßen, Schienen –, sie wollen Bildung, Betreuung, Hochschule, Forschung. Deshalb bin ich sehr zuversichtlich: Wenn wir im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber reden, werden sie großes Verständnis dafür haben, dass diese Steuereinnahmen für den Staat notwendig sind, und sie werden nicht den Marktschreibern der FDP auf den Leim gehen, die mal wieder eine neue Steuersenkungssillusion fabrizieren will.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie wollen doch höhere Steuern!)

Deshalb sage ich Ihnen eines: Wir brauchen einen funktionierenden staatlichen Haushalt, und das geht nur mit ausreichender Steuerausstattung. Die Landesregierung hat deshalb – das ist nun wirklich eine Premiere; das hat sich eine unionsgeführte Landesregierung auf ihrem vermeintlichen Konsolidierungspfad noch nicht getraut – am Anfang dieser Legislaturperiode gesagt, wie sie einen wichtigen Schwerpunkt der Regierungsarbeit, nämlich Betreuung und Bildung im vorschulischen Bereich, finanzieren will, und hat gleich die Gegenfinanzierung über die Grunderwerbsteuererhöhung offengelegt. Ich sage Ihnen einmal eines: Wenn der Steuererhöher Schmid in den Spiegel schaut, dann sieht er Herrn Hauk.

(Zuruf: Nein, dann wird er erschrecken!)

Denn das ist genau der Vorschlag, den Sie, Herr Hauk, vor einiger Zeit gemacht haben,

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von den Grünen und der SPD: Ah! – Da schau her! – Abg. Volker Schebesta CDU: Spieglein, Spieglein an der Wand!)

Herr Hauk, ich freue mich auf die Zustimmung der CDU-Fraktion zu diesem großartigen Vorschlag. Ich gehe davon aus, dass Sie sich an das erinnern, was Sie gesagt haben. So lange ist das ja noch nicht her.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hauk?

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Bitte.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Kollege Schmid, vielleicht können Sie sich erinnern, dass ich Folgendes gesagt habe: Ja, wir könnten uns Grunderwerbsteuererhöhungen vorstellen – unter zwei Prämissen: dass nämlich erstens diejenigen, die erstmalig Wohneigentum erwerben, davon nicht betroffen sind, und dass zweitens das Aufkommen aus einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer nicht in den Konsum fließen darf, sondern einer strukturellen Verbesserung des Gesamthaushalts dienen muss und nicht neuen Mehrausgaben dienen darf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Hauk, im Koalitionsvertrag haben wir genau das vereinbart. Insofern freue ich mich auf Ihre Mitwirkung.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben doch gerade eben gesagt: Mehrausgaben! – Unruhe)

– Aber natürlich. Sie haben diesen Vorschlag ja auch in einer Situation gemacht, in der es darum ging, Mehrausgaben für Bildung und Betreuung zu finanzieren. Das war der Gesamtkontext.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es ging um 500 Millionen € Einsparung im Landeshaushalt, strukturell natürlich! Das war die Situation!)

– Ja, weil Sie gleichzeitig für Bildung und Betreuung viel ausgeben wollen. – Deshalb sage ich einfach: Erinnern Sie sich an Ihre Vorschläge, denn so schlecht war Ihr Vorschlag nicht. Ich wäre darauf eher stolz. Sie müssten eigentlich sagen: Großartig, dass wir die Größe haben, den Vorschlag von Ihnen zu übernehmen. Also wäre ich einfach zufrieden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie sind erhört worden! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Politik des Gehörtwerdens! – Heiterkeit – Abg. Peter Hauk CDU: Auch da nur eine selektive Wahrnehmung!)

Es wird also darum gehen, in den nächsten Jahren diesen Dreiklang von Konsolidierung, Sanierung und „Investieren in die Zukunft des Landes“ durchzuhalten. Das wird nicht einfach sein. Die vorangegangenen Regierungen sind daran gescheitert, dass sie immer die Konsolidierung und die Sanierung nach hinten kippen ließen. Deshalb wird es da schwierige Abwägungsprozesse geben. Dabei darf sich niemand vor der Verantwortung drücken, diese vorzunehmen und auch bei sich in der Fraktion auszuhalten.

Wenn wir über Sanierung reden, dann will ich noch einmal darauf hinweisen, dass die Zahlen, die Herr Hauk hierzu vortragen hat, falsch oder unzutreffend sind. Denn er hat bei den Mitteln, die er als ausreichend bezeichnet hat, um einen Sanierungsstau zu vermeiden, die Neubaumittel mit hineingerechnet. Diese werden aber nur zu einem geringen Teil für Ersatzbauten genutzt, die wirklich sanierungsbedürftige Gebäude ablösen. Deshalb war das ein Taschenspielertrick, der so nicht durchgehen kann.

(Minister Dr. Nils Schmid)

Wir haben sauber aufgedröselnt, in welcher Höhe Mittel für Sanierung ausgegeben worden sind, wie hoch der Bedarf war und wie sich der Stau aufgebaut hat. Sie können das in der Mitteilung nachlesen. Dann werden Sie sehen, dass wir da in der Vergangenheit strukturell unterfinanziert waren.

Wir sehen also in ein tiefes Loch von Belastungen. Aus diesem Loch lächeln mir Filbinger, Späth, Teufel, Oettinger und Mappus entgegen. Es gehört zur demokratischen Kultur, dass man diese politische Verantwortung annimmt und nicht ausschlägt wie ein unliebsames Erbe.

Unter dem Strich haben wir in dieser und in der vorangegangenen Debatte gesehen, dass sich die ehemalige Regierungspartei CDU noch nicht so richtig mit der neuen Rolle abgefunden hat. Heute kann man in der „Schwäbischen Zeitung“ lesen: „Vor dem Gären steht das Rumoren“. Das ist ein Diskussionsbeitrag zur Volkspartei CDU. Da heißt es, die CDU habe sich nicht erkennbar mit den real existierenden Themen beschäftigt; der Machterhalt sei von Menschen als Haupttriebfeder der CDU wahrgenommen worden. Sogar die Arroganz der Macht wird da selbstkritisch angemerkt.

In der Tat ist das doch eher der Kontext, in den man Ihre Redebeiträge einordnen muss. Es ist nicht die Auseinandersetzung mit den Zahlen; denn diese können Sie nicht infrage stellen. Vielmehr ist dies das Zeichen einer verhärteten Opposition, die sich mit ihrer neuen Rolle noch nicht abgefunden hat. Wir werden uns alle an unsere Rollen gewöhnen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Willi Stächele: Zu Wort gemeldet hat sich jetzt der Vertreter der FDP/DVP-Fraktion, Herr Abg. Dr. Rülke. – Bitte.

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf von der SPD: Was? Schon wieder Herr Rülke?)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin dem Kollegen Schmid für diesen zweiten Redebeitrag dankbar, denn da hat er noch einmal die Katze aus dem Sack gelassen und verdeutlicht, worum es eigentlich geht, nämlich um die – ich zitiere – „Zuordnung von politischer Verantwortung“. Das ist das, was ich vorhin mit dem Ruf „Haltet den Dieb!“ bezeichnet habe.

Es geht also darum, festzustellen, wo das Land Baden-Württemberg kameral verschuldet ist, wo es Pensionslasten gibt, wo es Sanierungsstaus gibt, und dies dann zusammenzurechnen, zu gewaltigen Summen zu kommen und für diese gewaltigen Summen dann einen Schuldigen zu finden und zu benennen.

Es versteht sich natürlich am Rande, Herr Kollege Schmid, dass diese Schuldigen nur in der Zeit zwischen 1996 und 2011 zu suchen und zu finden sind. Alles, was vorher war, als vielleicht auch die SPD einmal regiert hat, das ist verjährt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: 15 Jahre FDP/DVP und davor vier Jahre SPD, das ist die Realität!)

Da gibt es keinerlei politische Verantwortung. Ansonsten müsste man beispielsweise – Herr Kollege Hauk hat es genauso er-

wählt wie ich – vielleicht einmal darüber reden, wer denn in den Siebzigerjahren daran beteiligt gewesen ist, dass – ich habe es vorhin gesagt – das Landespersonal zu Recht ausgeweitet wurde, es aber keine Pensionsrückstellungen gegeben hat, und wer daran beteiligt gewesen ist, dass in den Neunzigerjahren, als Ihre Partei, als die SPD in Baden-Württemberg mitregiert hat, niemand auf die Idee kam, einen Pensionsfonds aufzulegen.

Ansonsten empfehle ich Ihnen, auch was den Straßenbau angeht – in diesem Bereich ist ja „holterdiepolter“ immer Ihre Lieblingsagitation –, sich die Zahlen genau anzuschauen. Da empfehle ich die Drucksache 14/5059 zur Lektüre. Darin ist nämlich aufgeführt, wie sich die Mittel für den Straßenbau in den letzten 25 Jahren entwickelt haben. Da stellen wir fest, dass es bei den Investitionsmitteln zwischen 1988 und 1992 669 Millionen €, zwischen 1993 und 1996 nur noch 367 Millionen € und dann zwischen 1997 und 2001 wieder 428 Millionen €

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

und bei den Unterhaltungsmitteln der Landesstraßen zwischen 1988 und 1992 367 Millionen € gegeben hat. Dann wurde zwischen 1993 und 1996 um 60 Millionen € abgesenkt und anschließend zwischen 1997 und 2001 wieder um 70 Millionen € erhöht. Das haben Sie wahrscheinlich vergessen oder verdrängt.

(Minister Dr. Nils Schmid: Ich habe es gesagt!)

Wahrscheinlich ist es so, dass diese politische Zuweisung von Verantwortlichkeiten nur für andere Parteien gilt. Wenn das aber nicht der Fall ist, Herr Kollege Schmid, wenn alle Parteien da eine gewisse Verantwortung tragen – vielleicht bis auf die Grünen, die in Baden-Württemberg bislang noch nie regiert haben –, dann muss es doch nicht die entscheidende Frage sein, wem man politische Verantwortung zuweist und welchen Schuldigen man findet und ihn 20-mal benennt, sondern dann muss man sich doch irgendwann der Zukunft zuwenden und erklären, wie man es besser machen will.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und das fehlt!)

Da ist es ein bisschen dürftig, immer nur von der Grunderwerbsteuer zu reden, davon zu reden, dass man mit einer Erhöhung einen niedrigen dreistelligen Millionenbetrag auch zulasten der Häuslebauer zusätzlich in die Landeskasse bekommt, und so zu tun, als wären damit alle Probleme gelöst. Wenn Sie einerseits riesige Milliardenbeträge auftürmen und andererseits mit anderthalb Prozentpunkten zusätzlich bei der Grunderwerbsteuer kommen, Herr Kollege Schmid, dann ist das zu wenig.

(Zuruf des Ministers Dr. Nils Schmid)

Sie werden irgendwann einmal sagen müssen, wo Sie sparen wollen, um diesen Landeshaushalt so zu konsolidieren, wie Sie sagen. Auf diese Sparvorschläge sind wir sehr gespannt. Bisher ist davon allerdings nichts, wirklich überhaupt nichts bekannt geworden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Willi Stächele: Meine Damen und Herren, mir liegt jetzt noch eine Wortmeldung des Abgeordnetenkollegen Klaus Herrmann vor.

Abg. Klaus Herrmann CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Frau Sitzmann, Sie haben recht mit Ihrer Aussage: Neu ist an diesem Kassensturz heute nur, dass alles, was bisher bereits bekannt ist, zusammengefasst wurde und übersichtlich dargestellt wird. Deshalb, Herr Minister Schmid, haben wir an den Zahlen auch nichts zu kritisieren, nichts auszusetzen – die stimmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Endlich einer, der es zugibt! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Spätes Eingeständnis!)

Es ist heute, Herr Kollege Schmiedel, eben nichts Neues ans Licht gebracht worden, wie der Herr Finanzminister gesagt hat. Ich verstehe auch nicht, warum dieser sogenannte Kassensturz „unter erschwerten Bedingungen“ gemacht wurde. Denn Sie brauchten nur die Drucksachen und die Rechnungshofdenkschriften zusammenzustellen. Was daran schwer ist, erschließt sich mir überhaupt nicht. Alles liegt offen vor. Sie wussten es. Zur Ehrlichkeit gehört dann eben auch, dass Sie hier nicht den Eindruck erwecken, als ob alles völlig neu wäre.

Über den Sanierungs- und Modernisierungsbedarf haben wir am 26. November 2009 ausgiebig im Plenum diskutiert. Wie bei jedem Häuslebauer wird in finanziell schwierigen Zeiten die eine oder andere Sanierung geschoben, um sie in finanziell besseren Zeiten nachzuholen. Das hätten wir jetzt, bei steigenden Steuereinnahmen, auch getan.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ja?)

Sie tun plötzlich so, als ob Sie das völlig unvorbereitet über Nacht treffen würde. Das ist eben nicht so.

Ein weiterer Punkt: Herr Schmiedel, Sie haben die Deckungslücken so groß angesprochen. Deckungslücken haben wir in den letzten mittelfristigen Finanzplanungen immer gehabt, und zwar als einen Handlungsauftrag an die Landesregierung und an den Landtag, diese Deckungslücken im Rahmen der Haushaltsgesetzgebung durch Einsparungen zu schließen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie haben doch nicht eingesparrt! Sie haben geplündert!)

Es kann eben nicht alles Wünschenswerte aus den einzelnen Ressorts umgesetzt werden, und es bestand der Handlungsauftrag, die Verschuldung nicht weiter zu erhöhen. Wir sind diesem Handlungsauftrag in den letzten 15 Jahren auch immer vollumfänglich nachgekommen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch nicht wahr!)

– Herr Kollege Schmiedel, wenn Sie das Gegenteil behaupten, müssen Sie es belegen. Sie werden es nicht können, weil wir die Deckungslücken, wie sie in der Finanzplanung ausgewiesen sind, immer durch Einsparungen und nicht durch höhere Verschuldung geschlossen haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Durch Rücklagenplünderung!)

Ein nächster Punkt ist die komplizierte Unterscheidung zwischen expliziter und impliziter Verschuldung. Gemeint ist: Die explizite Verschuldung steht im Haushalt drin; die kann man nur durch Rückzahlung an die Gläubiger abbauen. Die implizite Verschuldung hingegen, die nicht ausdrücklich als Verschuldung ausgewiesen ist, lässt sich auch durch Reformmaßnahmen reduzieren. Darauf hat auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hingewiesen.

Dies wurde auch gemacht. Wir haben in der Vergangenheit mehrere Stelleneinsparprogramme in der Landesverwaltung beschlossen und durchgeführt – der Herr Fraktionsvorsitzende Hauk hat vorhin bereits darauf hingewiesen –, Reformmaßnahmen und Einsparungen, mit denen sich die implizite Verschuldung bezogen auf die Pensionen deutlich verringern lässt.

Ein weiterer Punkt war die Verwaltungsreform. Die Effizienzrendite ist in diesem Jahr vollständig erreicht. Das sind 130 Millionen € jährlich. Wir haben gehandelt, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen und der SPD, Sie haben vieles davon abgelehnt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Und was machen Sie jetzt? Sie erhöhen die implizite Verschuldung erneut, indem Sie nämlich nicht nur Neustellen in Ministerien schaffen – die Geschichte mit Herrn Zeller wurde hier schon erwähnt –, sondern auch Stellen, die bisher in einer bestimmten Besoldungsgruppe besoldet waren, künftig deutlich höher besolden wollen, als es in der Vergangenheit der Fall war. Das bedeutet nicht nur höhere Ausgaben jetzt, sondern auch höhere Pensionsverpflichtungen in den kommenden Jahren und damit eine höhere implizite Verschuldung. Auch das muss deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind sehr gespannt darauf, welche Folgerungen Sie aus dem ziehen, was Sie heute im Rahmen des sogenannten Kassensturzes nochmals zusammengefasst dargelegt haben, welche Folgerungen Sie im Nachtragshaushalt 2011, im Haushalt 2012/2013 und in den Haushalten der folgenden Jahre ziehen wollen.

Wir haben heute gehört: Es wird mehr Geld für den Hochwasserschutz geben, für die innere Sicherheit, für die Technikausstattung der Polizei, für Kunst und Kultur; es soll mehr Geld in die Versorgungsrücklage gehen, es soll in der mittelfristigen Finanzplanung der folgenden Jahre keine Deckungslücken mehr geben. Herr Schmiedel will mehr in die Rücklagen geben. Das alles ist angekündigt worden. Ferner wurde angekündigt, dass Sie erst im Jahr 2020 auf eine Nullneverschuldung kommen wollen. Sie wollen in den nächsten Jahren also eine Finanzpolitik auf Kosten künftiger Generationen machen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Blödsinn! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das Gegenteil, Herr Kollege! Das Gegenteil!)

Wir haben immer gesagt: Spielräume zur politischen Gestaltung sind äußerst eng. Nicht alles Wünschenswerte ist finan-

(Klaus Herrmann)

zierbar. Deshalb haben wir im Wahlprogramm sehr zurückhaltend mit teuren Versprechungen gearbeitet. Obwohl die Belastungen und Risiken fast alle bekannt waren, haben Sie von SPD und Grünen in Ihren Wahlprogrammen große und finanzintensive Versprechungen gemacht. Sie, die Parteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen, haben, um bei Ihrem Beispiel, Herr Minister, zu bleiben, Schweinshaxe serviert und sagen, das sei gut für eine Abmagerungskur.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Schweinshaxe! Wer isst denn eine Schweinshaxe?)

Lieber Herr Minister Schmid, wenn Sie von der politischen Verantwortung sprechen, dann sollten wir auch einmal auflisten, wie hoch die Verschuldung bei uns im Land wäre, wenn wir in den letzten Jahren im Finanzausschuss immer den Anträgen von SPD und Grünen zugestimmt hätten.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Dann wären nämlich die Verschuldung und die Verantwortung deutlich höher, als es jetzt der Fall ist.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht!)

Dann, Herr Minister, haben Sie Alex Möller angesprochen und erwähnt, dass er eine Vermögensbilanz für nötig gehalten hat und dass das über Jahrzehnte nicht erhört wurde. Abgesehen davon, dass der Minister, der eine finanzpolitisch sehr solide Politik machen wollte, nämlich Karl Schiller, seine Ämter niedergelegt hat und dann CDU-Mitglied wurde,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber dann ist er wieder zur SPD zurückgekehrt! Er war maßlos enttäuscht!)

abgesehen davon sollten Sie jetzt das, was wir machen wollten, auch umsetzen, nämlich die doppelte Buchhaltung auch im Land einführen und die Kameralistik ablösen. Bisher war dies nicht möglich, weil das Haushaltsgrundsatzgesetz des Bundes dagegen sprach. Jetzt ist es möglich. Der frühere Ministerpräsident Mappus hatte das in seiner Regierungserklärung auch angekündigt. Von Ihnen ist dazu nichts zu hören. Im Gegenteil: Bei den Kommunen wollen Sie das Wahlrecht zwischen Kameralistik und Doppik wieder einführen,

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

damit eben keine nachhaltige Politik gemacht werden kann, damit nicht alle Zahlen offen auf dem Tisch liegen. Meine Aufforderung an Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, ist: Führen Sie die Doppik im Land ein, wie wir es machen wollten, und auch verpflichtend für die kommunale Seite.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Finanzminister, ich nehme Ihnen persönlich durchaus ab, dass Sie Schulden zurückführen wollen, vielleicht auch rascher als bis 2020, und dass Sie auch einen solideren Haushaltskurs fahren wollen, als es im Koalitionsvertrag deutlich wird. Sie haben es aber bei Ihren Fachpolitikern sehr schwer. Sie haben vorhin selbst gesagt: Es wird in den Fraktionen schwierige Abwägungsprozesse geben. Die gab es bei uns in den letzten Jahren auch. Aber nach der heutigen Debatte ha-

be ich klar den Eindruck: Sie wollen davon ablenken, dass die Finanzpolitiker in der SPD und bei den Grünen bei der Aufstellung der Wahlprogramme entweder nichts zu sagen hatten oder aber nichts gesagt haben.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sind wir noch im Wahlkampf? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Wahl ist doch um!)

Sie wollen ablenken, um das Verschieben der Nullneuerschuldung auf das Jahr 2020 zu begründen, obwohl es schon jetzt machbar wäre. Sie wollen ablenken, weil Sie auf Kosten künftiger Generationen millionenschwere Wohltaten unters Volk streuen wollen.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Das ist der Grund für den heutigen Kassensturz, nicht irgendwelche Neuigkeiten, die es gar nicht gab. Vielmehr sind Ihre Aussagen schon überall nachlesbar.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Willi Stächele: Meine Damen und Herren, in der weiteren Aussprache liegt mir eine Wortmeldung des Kollegen Stratthaus vor.

(Zuruf von den Grünen: Ah! Jetzt! – Zuruf von der SPD: Kompetenter Hinterbänkler!)

Abg. Gerhard Stratthaus CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nur ganz sachlich zu einem Thema Stellung nehmen. Ich bin heute von der Opposition sehr stark gelobt worden. Das ist immer so eine Sache.

(Heiterkeit – Abg. Claus Schmiedel SPD: Von der Regierung!)

– Von der damaligen Opposition. – Aber, lieber Herr Schmid, für Sie habe ich eine gute Aussicht: Nur ein entlassener Finanzminister ist ein guter Finanzminister; das habe ich heute gelernt. Das sind doch gute mittelfristige Aussichten.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, heute ist es sehr viel um Doppik und um Kameralistik gegangen. Meines Erachtens muss man da etwas Vernunft hineinbringen. Ich bin der Meinung, dass es nicht so eindeutig ist, was von beiden das Bessere ist. Das will ich kurz erläutern.

Ich bin in der Tat der Meinung, dass, wie es heute schon gesagt wurde und wie ich es früher gesagt habe, zwei Bereiche der impliziten Verschuldung unbedingt ausgewiesen werden sollten. Der eine sind in der Tat die Pensionsverpflichtungen, und der andere sind die Abschreibungen auf Gebäude. Will man dagegen alles Mögliche bewerten, wie es z. B. in Hessen der Fall war, wo man Ampeln bewertet und als Assets in die Bilanz gestellt hat, ist das doch unsinnig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wie wollen Sie z. B. das Heidelberger Schloss ansetzen? Das ist ungeheuer viel wert, aber der Preis ist minus eine Milliarde. Da sind wir uns einig. Denn es verursacht Zuschüsse. Deswegen sollte man da sehr vorsichtig sein.

(Gerhard Stratthaus)

Ich habe in der Tat mehrfach gesagt, man müsse die Pensionsverpflichtungen ausweisen, die sogenannten Barwerte. Jetzt muss ich allerdings dazu sagen, dass damals von Baden-Württemberg mit einem gewissen Recht gesagt wurde: Wenn wir das machen, dann sollen es auch die anderen Bundesländer tun. Als Vorsitzender der Finanzministerkonferenz habe ich immer wieder versucht, alle Länder zu veranlassen, dass sie das ausweisen. Es ist mir leider nicht gelungen.

(Zuruf: Hört, hört!)

Ich möchte darauf hinweisen, dass das in der Tat notwendig wäre. Das sind zwar keine Schulden im rechtlichen Sinn, aber ohne Frage Verpflichtungen für die Zukunft.

Jetzt müssen wir uns aber einmal Gedanken darüber machen, warum die Pensionsverpflichtungen bei uns besonders hoch sind. Das liegt schlicht und einfach daran, dass wir besonders viel Personal haben. Wo ist dieses Personal? Erstens in den Schulen, zweitens bei der Polizei und drittens in den Finanzverwaltungen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na, na, na!)

Ich kann mich daran erinnern, dass gerade die damalige Opposition immer wieder gefordert hat: mehr Lehrer, mehr Beamte in der Finanzverwaltung und auch mehr Polizei. Das ist das eine: Wir haben mehr Personal als die anderen.

Dazu kommt: Die Baden-Württemberger werden statistisch ein Jahr älter als der Durchschnitt der Deutschen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das wird sich mit dieser Regierung ändern! – Vereinzelt Heiterkeit)

Das ist in der Tat so.

Zweitens: Die Beamten werden, statistisch betrachtet, im Durchschnitt ein Jahr älter als die übrigen Baden-Württemberger. Das ist eine Tatsache, die sich natürlich niederschlägt. Das muss man einmal mit aller Deutlichkeit sagen. Es ist immer mehr gefordert worden.

Lassen Sie mich noch eines klarstellen: Die beiden Begriffe „Rücklagen“ und „Rückstellungen“ sind hier oft durcheinandergebracht worden. Wir sind unmöglich in der Lage, Rücklagen zu bilden, die so hoch sind, dass wir den gesamten Altersverpflichtungen in Zukunft aus Zinsen und Dividenden nachkommen können.

Weil ich mir gedacht habe, dass dieser Punkt heute angesprochen wird, habe ich mir gestern einmal Zahlen geben lassen. So viele Schulden werden in Deutschland im Laufe eines Jahres gar nicht gemacht, als dass man in der Lage wäre, die riesigen Summen für die Beamtenpensionen und vielleicht sogar noch für die Rentenversicherungen aus den entsprechenden Zinsen zu bezahlen. Das ist einfach nicht drin.

Hinzu kommt noch etwas ganz anderes: Wir wollen doch, dass der Staat in Zukunft weniger Schulden macht. Wo legen dann die Pensionskassen ihre Gelder an? Ich kann Ihnen sagen, wie das in Rheinland-Pfalz – dieses Land ist vorhin genannt worden – geschieht: Das Land nimmt 1 Milliarde € auf und gibt es der Pensionskasse. Die Pensionskasse muss das Geld anschließend anlegen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Gibt es dem Staat!)

und sie legt es in Schuldverschreibungen des Landes an.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, klar! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wenn wir für Baden-Württemberg z. B. die Pro-Kopf-Verschuldung des Landes Rheinland-Pfalz akzeptieren würden – dort liegt die Verschuldung um ungefähr 3 000 € pro Kopf der Bevölkerung höher als bei uns –,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: SPD! – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

hätten wir 33 Milliarden € mehr Schulden. Wenn wir diese Summe in den Pensionsfonds einbringen würden, hätten wir – um auch dies klarzumachen – den größten Pensionsfonds der Welt. Ich halte allerdings nichts davon. Man sollte das Ganze als Rückstellungen ausweisen, wodurch klar wird, wo die Probleme liegen.

Das Geld anzusammeln wird einfach nicht möglich sein, meine Damen und Herren. Es wären nicht genügend deutsche Staatsanleihen vorhanden. Sie wollen ja nicht in Staatsanleihen anderer Länder – ich will jetzt kein Land nennen – anlegen. Sie wollen nicht in Aktien anlegen, und Sie wollen auch vieles andere nicht.

Deswegen, meine Damen und Herren, rate ich zur Vorsicht. Ich bin der Meinung, man sollte das Ganze ausweisen. Es ist aber sinnlos, zu meinen, man könnte entsprechende Rücklagen bilden.

Alles in allem gebe ich ehrlich zu: Im Vergleich zum Idealzustand könnte auch in Baden-Württemberg vieles besser sein. Verglichen mit allen anderen Bundesländern steht Baden-Württemberg aber noch immer hervorragend da.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Präsident Willi Stächele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Stuttgart 21; Projektförderungspflicht einhalten – Rechtsstaat schützen – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Rededzeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt eine Rededzeit von jeweils fünf Minuten. Ich bitte auch die Landesregierung, die vorgegebene Rededzeit zu beachten.

Ich erteile nun der Vertreterin der Fraktion der CDU, Frau Abg. Razavi, das Wort.

Ich weise für die ganze Legislaturperiode allgemein noch darauf hin, dass die Aussprache im Rahmen einer Aktuellen Debatte möglichst in freier Rede zu führen ist. Selbstverständlich dürfen dabei einige Stichworte zugrunde gelegt werden.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ein guter Hinweis!)

Abg. Nicole Razavi CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine völlig verwüstete Baustelle, Schäden in Millionenhöhe und, vor allem, teils schwerstverletzte Polizeibeamte, das ist die erschütternde Bilanz der gewalttätigen Proteste vom 20. Juni 2011.

Wer, wie ich, an diesem Abend vor Ort war, hat blinde Zerstörungswut und Partystimmung erlebt. Dass der oberste Parkschützer das alles als „gelöste Feierabendstimmung“ bezeichnet, ist widerwärtig und erbärmlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Ebenso erschreckend war, dass die Polizei zurückweichen und zuschauen musste, wie Eigentum zerstört und Recht mit Füßen getreten wurde. An diesem Abend ist der Staat vor der Anarchie in die Knie gegangen.

Kann es denn wirklich sein, dass Chaoten in diesem Land freie Hand haben? Kann es denn wirklich sein, dass derjenige, der die Straße kontrolliert, auch das Recht kontrolliert? Viele fragen sich: Warum nimmt diese Landesregierung all dies billigend in Kauf?

Unsere Forderung an Sie ist klar: Bekennen Sie sich endlich ohne Wenn und Aber zu diesem Rechtsstaat, und setzen Sie ihn durch! Recht darf Unrecht nicht weichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Hören Sie endlich auf zu tricksen, zu tarnen und zu täuschen. Minister Hermann sagte am 10. Juni 2011 in der „Süddeutschen Zeitung“ – ich zitiere –:

Wir werden allergrößten Wert darauf legen, dass der Protest gewaltfrei abläuft. Aber die Menschen wissen genau, worauf es jetzt ankommt.

Das, Herr Minister, ist ein vergifteter Friedensappell.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Anstiftung!)

Es ist schlimm, wie Sie Ihr Amt zur Stimmungsmache missbrauchen. Es ist unerträglich, wenn Sie denen, die im Recht sind, auch noch die Schuld für die Ausschreitungen in die Schuhe schieben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Als Beispiel nenne ich Ihr Interview in den „Fränkischen Nachrichten“. Ich zitiere:

Natürlich hat zu dieser Eskalation beigetragen, dass jetzt wieder gebaut wird. Es ist übel, wenn Beamte indirekt zu Opfern jener werden, die umstrittene Baupläne zu verantworten haben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Skandalös! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich! – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Aber Schuld, meine Damen und Herren, haben doch nicht diejenigen, die ihr Baurecht ausüben.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Schuld haben doch die Chaoten und diejenigen, die die Stimmung anheizen. Das, was Sie machen, ist doch eine ganz perfide Form der Agitation.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Ja, Herr Minister, Sie tun wirklich alles, um – wie Sie es selbst sagen – Stuttgart 21 zu verhindern. Dafür ist Ihnen jedes Mittel recht. Mit gezielten, bewusst gestreuten Fehlinformationen

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

schaffen Sie Verwirrung und gießen Öl ins Feuer. Aber merken Sie denn nicht, wie Sie sich selbst immer mehr in Widersprüchen verheddern?

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Warum behaupten Sie denn in Ihrem Schreiben an Bahnchef Grube z. B., die Bahn habe nur ein formelles, gleichwohl strittiges Baurecht und riskiere auch eine Fehlinvestition, wenn Stuttgart 21 durch eine Volksabstimmung beendet würde? Die Wahrheit ist doch, dass die Deutsche Bahn AG ein durch alle Instanzen und durch den Finanzierungsvertrag belegtes Baurecht hat. Dies bestätigt auch die Schlichtung. Warum behaupten Sie, dass die Bahn bewusst einen zu knappen Zeitplan zur Veröffentlichung der Ergebnisse des Stresstests vorgegeben habe? Die Wahrheit ist doch, dass Sie diesem Zeitplan im Lenkungskreis am 10. Juni 2011 selbst zugestimmt haben.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: So ist es! – Abg. Peter Hauk und Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hört, hört!)

Warum behaupten Sie vor den Menschen auf dem Stuttgarter Marktplatz am 22. Juni 2011 und in der SWR-Landesschau am 25. Juni 2011 – ich zitiere –:

Der Landesregierung liegen keinerlei Materialien zum Stresstest vor.

Die Wahrheit ist doch, Herr Minister, dass Sie und Ihre Mitarbeiter immer aktuell informiert wurden und bei allen Sitzungen dabei waren, dass Sie alle Daten haben, die zur Verfügung stehen. In Ihrem Schreiben an Bahnvorstand Kefer vom 8. Juni 2011 bestätigen Sie das sogar selbst – ich zitiere –:

Wir bitten darum, dass DB Netz uns weiterhin unverzüglich und zeitgleich mit Übergabe an SMA alle Zwischenergebnisse übergibt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Oh! Sehr interessant!)

„Weiterhin unverzüglich und zeitgleich“ – das ist doch eindeutig.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist tapfer!)

Jetzt rudern Sie zurück. Jetzt fehlen Ihnen plötzlich Originalunterlagen. Um Himmels willen, was sind denn Originalun-

(Nicole Razavi)

terlagen im Zeitalter des Computers und des Druckers? Ein von Hand gemalter Fahrplan mit Männchen und Zügen?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Mit kleinen grünen Männchen!)

Dann, Herr Minister, benutzen Sie noch ein fragwürdiges Gutachten zum Grundwassermanagement

(Lachen bei den Grünen)

und stellen die gesamte Planfeststellung infrage.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wie kommen Sie zum Begriff „fragwürdig“? Das müssen Sie erläutern!)

– Das mache ich gleich. – Aber Sie selbst scheinen nicht an dieses Gutachten zu glauben. Denn sonst hätten Sie im Lenkungskreis einen sofortigen und kostenlosen Baustopp gefordert. Ja, Sie hätten ihn sogar fordern müssen, um Schaden von diesem Land abzuwenden.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Abschließend das peinliche Wirrwarr um Ihr Berliner Interview. Zuerst falsch zitiert, dann gar nicht gegeben und jetzt nur im Hintergrund. Ja was stimmt denn jetzt?

Dann beschwerten Sie sich noch, dass Informationen über das positive Ergebnis des Stresstests öffentlich werden. Dabei waren doch wohl Sie selbst der Informant, und Sie waren es auch, der das Projekt aufgrund des Stresstests vorab als zum Scheitern verurteilt erklärt hat – und das angeblich ohne jegliche Information. Was ist denn das für ein Irrsinn?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Gespaltene Persönlichkeit!)

Meine Damen und Herren, das ist die Schizophrenie dieser Landesregierung. Während sich Ministerpräsident Kretschmann eindeutig zur Projektförderungspflicht bekennt, hat sein Verkehrsminister keine Skrupel, sie durch Tricksen, Tarnen und Täuschen andauernd zu verletzen.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Herr Minister Hermann, ich verstehe ja Ihr Dilemma. Sie haben Ihren Anhängern vor der Wahl versprochen, Stuttgart 21 zu verhindern, und Sie müssen jetzt leider erkennen, dass Sie dies gar nicht können. Aber Sie haben einen Eid auf unsere Landesverfassung geleistet.

(Zurufe von der CDU: Genau! So ist es!)

Ihre Aufgabe ist es nicht, Ihre eigenen Wünsche zu erfüllen; Sie sind dem Wohle aller Bürgerinnen und Bürger und aller Menschen in diesem Land verpflichtet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Minister, klären Sie hier und heute die Widersprüche auf, oder geben Sie zu, dass Sie die Öffentlichkeit getäuscht haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Präsident Willi Stächele: Für die Fraktion GRÜNE erhält nun Frau Abg. Sitzmann das Wort. – Bitte schön, Frau Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit Erlaubnis des Präsidenten mit einem Zitat beginnen:

Die Konfrontation um Stuttgart 21 tut unserem Gemeinwesen nicht gut. Lassen Sie uns deshalb darüber sprechen, was wir alle gemeinsam dafür tun können, um Maß und Besonnenheit zu fördern.

(Zuruf von der CDU: Nicht provozieren! – Abg. Thomas Blenke CDU: Das sagt die Richtige! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie sollten nicht mehr so schreien!)

Dieses Zitat stammt vom ehemaligen Ministerpräsidenten Stefan Mappus; er traf diese Aussage in seiner Regierungserklärung nach den schrecklichen Ereignissen am 30. September vergangenen Jahres. Ich finde, dieser Aussage sollten wir alle zustimmen und sie uns zu eigen machen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sagen Sie das Ihren Parteikollegen!)

Das heißt, wir sollten den Geist der Schlichtung bewahren, die als Konsequenz aus diesen schrecklichen Ereignissen mit hundert Verletzten, darunter zwei Schwerverletzten, durchgeführt wurde, und wir sollten vor allem auch die Ergebnisse, zu denen diese Schlichtung geführt hat, ernst nehmen

(Abg. Nicole Razavi und Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Dann machen Sie doch! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hätten wir doch gern! – Unruhe)

und respektieren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Fragen wir uns doch einmal, welche Ergebnisse dieses Stresstests bislang vorliegen. Offiziell liegen noch keine Ergebnisse vor. Es gibt einen Stresstest, der beweisen soll,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist ein schöner Eiertanz!)

dass der neue Bahnhof einen Leistungszuwachs von 30 % mit guter Betriebsqualität erbringen kann. Daneben ist vereinbart, dass dieser Stresstest von SMA geprüft wird.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Genau!)

Ergebnisse dieser Prüfung liegen bis heute nicht vor. Wir müssen über diese Prüfungsergebnisse Transparenz herstellen und darüber diskutieren – vor allem in der Öffentlichkeit diskutieren –, wenn sie auf dem Tisch liegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP – Zuruf: Nicht heute! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie wären eine ordentliche Verkehrsministerin geworden, und Herr Kretschmann hätte ein Problem weniger!)

Das sollten wir abwarten.

(Edith Sitzmann)

Herr Kollege Hauk, Sie haben schon am 26. Mai 2011 in diesem Haus gesagt, es seien nun alle Probleme ausgeräumt, der Stresstest stehe kurz vor seinem erfolgreichen Abschluss. Das war am 26. Mai. Nun haben wir Ende Juni, und die Ergebnisse liegen nicht auf dem Tisch.

(Zuruf von der CDU: Ja warum nicht?)

Wir werden die Bewertung durch SMA abwarten und dann unsere Schlüsse daraus ziehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Lassen Sie mich weiter sagen, dass der Stresstest nicht nur darin bestand, wie viele Züge pro Stunde fahren, sondern es gab einen umfangreichen Katalog. Da ging es auch um die Frage: Bleibt die Gäubahn erhalten? Da ging es um Verkehrssicherheit, da ging es um Barrierefreiheit, da ging es um Notfallpläne. All diese Bedingungen, die als Ergebnis der Schlichtung im Schlichterspruch dargestellt worden sind, sollten wir nicht aus dem Auge verlieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Dazu liegt bis heute noch äußerst wenig vor. Wir sollten vor dem Hintergrund der Schlichtung und daraus, wie die Debatten oft laufen, lernen, wie wir in Zukunft miteinander umgehen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Wir sollten diejenigen, die gegenteiliger Meinung sind, respektieren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP: Bravo! – Abg. Nicole Razavi CDU: Sie kriegen Beifall von der falschen Seite! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und auch Mehrheiten sollte man respektieren!)

Das erwarte ich von Ihnen, meine Damen und Herren, und ich kann Ihnen sagen: Wir als grün-rote Koalition haben das in unserem Koalitionsvertrag vereinbart.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Aber Sie machen es nicht!)

Sie können es nachlesen, und wir praktizieren es innerhalb unserer Koalition. Zu dieser Toleranz und zu diesem Respekt gehört auch, dass man diejenigen, die aufgrund ihrer anderen Meinung demonstrieren,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist den Sozialdemokraten doch peinlich, was Sie da sagen! Gucken Sie die mal an! Denen ist das peinlich!)

die auf die Straße gehen und ihre Meinung äußern, nicht diskreditiert, sondern ihnen dieses Recht zugesteht.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wer hat denn die Rede geschrieben, um Gottes willen?)

Klar ist für uns – das ist schon lange so, Frau Kollegin Razavi –, dass Gewalt dabei keinen Raum hat.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut! Bravo! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sagen Sie das Ihrer Kollegin!)

Sie tun hier jetzt so, als wäre Ihnen das neu.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Uns ist es nicht neu, aber Ihnen ist es neu!)

Schon vor einem Jahr gab es eine Initiative des damaligen grünen Fraktionsvorsitzenden Winfried Kretschmann, in der es darum ging, dass sich alle Fraktionsvorsitzenden des Landtags dazu bekennen mögen, Gewalt gegen Personen und Sachen niemals zu akzeptieren oder zu rechtfertigen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sagen Sie es Ihrer Kollegin!)

Diese Initiative haben Sie damals abgelehnt, und ich frage mich, warum, meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben jede Form von Gewalt abgelehnt. Das war im vergangenen Jahr so, und das ist in diesem Jahr so.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das hat man gesehen, als eine grüne Abgeordnete am Bauzaun gerüttelt hat!)

Wir stehen zu diesem Rechtsstaat, und auch der grüne Verkehrsminister in dieser neuen Landesregierung steht dazu.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Aber nur manchmal!)

Ich kann Ihnen sagen: Wir haben mit dem Verkehrsminister die Probleme, die Fragen und auch die derzeitige Presselage intensiv besprochen. Die Besprechungen haben uns überzeugt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Noch ein paar Sätze über den verletzten Polizisten!)

Ich kann Ihnen sagen: Winfried Hermann hat das volle Vertrauen und die Unterstützung der grünen Fraktion.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Helen Heberer SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kein Beifall von der SPD-Fraktion! Gott sei Dank! Das macht mir Hoffnung!)

Präsident Willi Stächele: Meine Damen und Herren, nun erhält der Vertreter der SPD-Fraktion, Herr Abg. Schmiedel, das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorweg an uns alle den Appell richten, die Debatte so zu führen, dass sie der Situation gerecht wird, die wir einmal im letzten September erlebt haben

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jetzt wieder!)

und die wir jetzt im Juni erleben mussten. Es sollte jeder prüfen, ob sein Beitrag dazu geeignet ist, die Situation zu deeskalieren oder anzuheizen.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

(Claus Schmiedel)

Auch ich will mich in meiner Wortwahl darum bemühen.

Frau Razavi, ich habe Zweifel, ob Ihre Formulierung, der Staat sei in die Knie gegangen, wirklich geeignet ist, der Situation gerecht zu werden,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

oder ob dies eher ein Beitrag ist, den man vor dem 30. September 2010 hätte halten können.

Ich finde, wir sollten die Polizisten nicht indirekt in die Verantwortung nehmen, sondern Respekt vor der schwierigen Aufgabe der Polizei an dieser Baustelle haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ach ja? – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Der Geist der Schlichtung wurde angesprochen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt kommen wir einmal zum Geist! – Abg. Tanja Gönner CDU: Nein, der Inhalt der Schlichtung! Nicht der Geist! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist der Geist!)

– Doch, der Geist der Schlichtung.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Der Inhalt! – Abg. Martin Rivoir SPD: Himbeergeist! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Drexler ist auch noch da!)

Der Geist der Schlichtung heißt: Man spricht miteinander. Das heißt nicht, dass man sich beschimpft. Man führt eine Diskussion durch, gestaltet sie transparent, tauscht Argumente aus. Das ist der Geist der Schlichtung. Der Inhalt der Schlichtung ist der Stresstest.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Auch! Aber nicht nur!)

– Im Wesentlichen. Es kommt noch anderes hinzu, z. B. in Bezug auf Notfälle.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jedenfalls keine Volksabstimmung!)

Der wesentliche Inhalt ist die Schlichtung.

(Zuruf: Barrierefreiheit!)

Ich bitte darum, die Kirche im Dorf zu lassen. Über das Ergebnis des Stresstests wird diskutiert und spekuliert, seit der Stresstest vereinbart wurde. Herr Palmer aus Tübingen führte an, es werde mindestens 500 Millionen € Mehrkosten verursachen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der muss es wissen!)

Frau Gönner sprach von 140 Millionen €.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Herr Mappus hat auch – glaube ich – von 140 oder 160 Millionen € gesprochen. Es wurde praktisch ohne Grundlage spekuliert. Insofern ist es nicht neu, dass gesagt wird, es passe oder es passe nicht. Es wurden sogar konkrete Zahlen genannt.

Deswegen sollte man dies alles nicht überbewerten. Sie sehen, dass die Koalition an dieser Stelle ganz klar aufgestellt ist.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

– Da gibt es gar nichts zu lachen. Das Ergebnis des Stresstests wird durch das Unternehmen SMA festgestellt. Das Ergebnis von SMA ist das bindende Ergebnis.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, genau! Die SPD wird es akzeptieren! Das ist gut!)

Sie haben die Projektförderungspflicht angesprochen. Sie sagten: „Der Ministerpräsident hat sich dazu bekannt.“ Klar. Einer muss es bekanntlich machen.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So ist es! Wenn es der Verkehrsminister schon nicht macht!)

– Entschuldigung, wer hat denn mit der Bahn als Grundlage des Stresstests einvernehmlich einen Fahrplan ausgehandelt? Das waren doch nicht Sie, Herr Rülke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das war das Land! – Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Das war das Land, das war die neue Landesregierung.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Falsch!)

Die neue Landesregierung hat einen einvernehmlichen Fahrplan als Grundlage ausgearbeitet. Daran würde ich nicht „rummachen“. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, an den Herr Geißler jedes Mal erinnert: Die Grundlagen müssen beiderseitig akzeptiert werden, von allen Beteiligten. Dann kann man auch das Ergebnis akzeptieren. Also war es doch eine ganz wichtige Voraussetzung, dass man sich darauf verständigt, dass der Fahrplan die Basis ist.

Mich wundert übrigens wirklich, dass man jetzt erfahren hat, dass die alte Landesregierung nicht einmal in der Lage war, mit der Bahn die Gestattungsverträge auszuhandeln und zu unterschreiben, damit diese die Rohre für das Grundwassermanagement über landeseigenes Gelände verlegen kann. Das alles muss die neue Landesregierung machen. Das macht sie auch. Sie kommt den Aufgaben nach, die bestehen. Aber ich würde die Nase nicht so hoch halten, wenn festgestellt werden muss, dass die alte Landesregierung über Monate nicht in der Lage war, die nötigen vertraglichen Voraussetzungen zu schaffen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Herr Kollege Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Professor Dr. Reinhardt?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Der war doch für Europa zuständig, nicht für den Bahnhof.

(Heiterkeit – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie wissen doch: Bratislava, die neue Magistrale!)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Kollege Schmiedel, erinnern Sie sich an Ihr Auftreten vor 7 000 Teilnehmern auf dem Marktplatz in Stuttgart, als Sie nach meiner Rede ebenfalls sprachen und unter dem Beifall vieler die folgende Aussage getätigt haben?: „Ich weiß gar nicht, was die Grünen wollen. Die CDU, die FDP und die SPD wollen Stuttgart 21, ich auch. Stuttgart 21 wird kommen und muss kommen, unabhängig von allen Einwänden.“

Meine Frage heute an Sie: Wiederholen Sie diesen Satz genauso wie unter dem Beifall von 7 000 Menschen auf dem Marktplatz?

(Beifall bei der CDU – Zuruf: Er würde gern, aber er macht es nicht!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Manchmal ist man über die Qualität der Fragen überrascht.

(Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt kommen Sie, und geben Sie Ihrem Herzen einen Stoß!)

Herr Kollege Reinhart, ich bewundere Ihr Langzeitgedächtnis, dass Sie alles wörtlich wiedergeben können, was ich gesagt habe. Woran ich mich erinnern kann, das ist tatsächlich tosender Beifall.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen – Zuruf: Egal, was Sie gesagt haben!)

Tosender Beifall, natürlich, klar. Wahrscheinlich habe ich gut gesprochen.

(Heiterkeit)

Es ist doch alles klar im Koalitionsvertrag nachzulesen. Wir haben zwei Koalitionsparteien: Eine Partei ist gegenüber Stuttgart 21 sehr skeptisch und ablehnend, die andere Partei

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hat tosenden Beifall bekommen!)

ist dafür. Und wir haben einen Prozess vereinbart, wie wir das im Geiste der Schlichtung miteinander verhandeln, argumentativ, wie wir auf Augenhöhe miteinander sprechen und respektieren, was Fakten sind. Ein Fakt ist beispielsweise, was der Ministerpräsident bestätigt hat, nämlich dass die Bahn auf der Grundlage der eingereichten Anträge und genehmigten Planfeststellungsverfahren natürlich ein Baurecht hat. Da gibt es gar keinen Zweifel.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Gut so, ja! Das war überzeugend!)

Deshalb finde ich, wir alle sollten gelassen diejenigen ihr Geschäft machen lassen, die die Verantwortung dafür haben: Das ist einmal der Lenkungskreis, der gemeinsam mit den Projektpartnern das operative Geschäft gestaltet; das ist jetzt die SMA, die mit den Daten, die von der Bahn überliefert werden, umgehen muss und dieses Ergebnis dann den Projektträgern und der Öffentlichkeit präsentiert. Dann sind wir wieder dran, wenn es darum geht, dieses Ergebnis zu bewerten und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die ziehen wir gemeinsam!)

Bis dahin rate ich allen dazu, sich möglichst nicht so zu verhalten, dass daraus ein Missverständnis entstehen könnte.

Und, Frau Razavi, eines sollte nicht geschehen, nämlich dass man etwas so interpretiert, als gäbe es irgendjemanden in diesem Saal, der billigen würde, wenn Gewalt gegen Menschen oder gegen Sachen ausgeübt wird.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Das hat die Landesregierung zurückgewiesen; das haben wir und haben die Grünen zurückgewiesen. Wir tun gut daran, wenn wir auch dann, wenn wir uns an die Öffentlichkeit wenden, an dieser Gemeinsamkeit des gesamten Parlaments festhalten und keinen Zweifel säen.

Präsident Willi Stächele: Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion hat Herr Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Inzwischen kann ich sehr gut nachvollziehen, was Sie, lieber Herr Ministerpräsident, gemeint haben, als Sie in Ihrer Regierungserklärung sagten, sie verspürten „den Zauber des Anfangs, aber auch schon die Mühen der Ebene“. Beim Thema Stuttgart 21 ist, so glaube ich, der Zauber mittlerweile total verfliegen, und die Mühen der Ebene zeigen sich sehr deutlich.

Eine Politik des Gehörtwerdens und des zivilisierten Streits – der stellvertretende Ministerpräsident, Herr Dr. Schmid, hat es bei Tagesordnungspunkt 1 als Transparenz bezeichnet – hat sich unsere FDP/DVP-Landtagsfraktion eigentlich ganz anders vorgestellt.

Rufen wir es uns einfach noch einmal in Erinnerung: Man hat – darin waren sich auch alle einig – vom 22. Oktober bis zum 30. November 2010 eine Schlichtung unter Leitung von Herrn Dr. Heiner Geißler durchgeführt. Das Land hat hierfür seinerzeit die Kosten von etwa 500 000 € übernommen. Die Bahn hat die Baumaßnahme auch mit Rücksicht auf die neue Landesregierung mehrfach verzögert. Es wurde ein Baustopp verhängt. Jeder, der so wie ich auch beruflich mit Projekten zu tun hat, weiß, was dies an Aufwand bedeutet, was es an Kosten verursacht. Da muss man sagen: Die Bahn ist der neuen Landesregierung hier sehr tatkräftig entgegengekommen.

Frau Kollegin Sitzmann, Herr Kollege Schmiedel, Sie haben die schöne Formulierung „im Geiste der Schlichtung“ verwendet. Was für einen Sinn und was für einen Zweck hat denn die Schlichtung? Es geht – so war es beabsichtigt – nicht darum, das Projekt zu verhindern, sondern darum, das Projekt zu verbessern. Das war das Ziel der Schlichtung. Es ging also nicht darum, das Projekt in Gänze zu verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Ich sehe ein gewisses Unverständnis beim Verkehrsminister über den Umgang mit dem Projektpartner Deutsche Bahn AG. Es besteht ja, wie man hört, grundsätzlich Einverständnis über die Verfahrensweise. Alle Beteiligten sind in der Lenkungsgruppe für den Stresstest vertreten. Aber jetzt wird ein Stresstest für den Kopfbahnhof gefordert. Nachdem für einen Kopfbahnhof überhaupt keine konkreten Planungen vorliegen,

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

(Jochen Haußmann)

kann man hierzu an und für sich auch gar keinen Stresstest durchführen.

(Zurufe von den Grünen: Der Kopfbahnhof ist doch da!)

Es war nicht Bestandteil der Schlichtung, hierzu einen Stresstest zu machen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der steht nicht in der Schlichtung! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kein Bestandteil der Schlichtung!)

Frau Kollegin Sitzmann, Sie hatten angesprochen, dass es wichtig ist, dass wir einen ordentlichen Umgang miteinander pflegen. Diese Auffassung wird von unserer Fraktion geteilt. Wir haben nämlich eine tiefe Besorgnis über den offenbar neuen Politikstil, wie er zu diesem Thema hier in Baden-Württemberg praktiziert wird. Kaum ist der Amtseid verhallt, muss man sich fragen, welche Rolle der Verkehrsminister Winfried Hermann spielt.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Sieht so eine Politik zum Wohle des Landes Baden-Württemberg aus?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nein!)

Kommt das Land so seinen vertraglichen Verpflichtungen nach,

(Zuruf: Nein!)

die wir uns in dieser Partnerschaft auferlegt haben?

Man muss sich einmal überlegen: Schon nach vier Wochen gibt der Ministerpräsident eine Erklärung ab, mit der er sich hinter den Verkehrsminister stellt, und sagt, dieser sei ein ehrenwerter Mann. Das ist eine Erkenntnis, die bemerkenswert ist. Es ist erstaunlich, dass dies schon nach vier Wochen geschieht.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Selbst die Opposition hätte nicht erwartet, dass es in dieser Dynamik geht.

Es gibt also ein großes Erstaunen über das Sommertheater zu Stuttgart 21, das mit sachlicher Argumentation nichts mehr gemeinsam hat.

(Zuruf von den Grünen)

Nichts mehr gemeinsam hat es auch mit der Aussage des Ministerpräsidenten Kretschmann in seiner Regierungserklärung – ich zitiere –:

Lassen Sie uns nach Monaten des ungewohnt harten Schlagabtauschs und der Polarisierung zur konstruktiven Auseinandersetzung zurückkehren.

Diese aktuelle Entwicklung ist für den Koalitionspartner SPD natürlich nicht einfach. Sie hält sich sehr stark zurück. Sie war auch sehr stark mit dem Kassensturz beschäftigt; das hatte vielleicht eine andere Priorität.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau!)

Herr Kollege Schmiedel und Frau Kollegin Sitzmann hatten dazu aufgerufen, eine angemessene Debatte zu führen. Des-

wegen ist es keine Schadenfreude von unserer Seite, sondern wirklich Betroffenheit, wenn, wie wir in der „Stuttgarter Zeitung“ lesen müssen, bei Verkehrsminister Hermann hinterfragt wird, ob er denn gelogen habe.

Es löst auch eine Betroffenheit aus, wenn wir an die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verkehrsministeriums denken, die über viele Jahre mit hohem persönlichen und fachlichen Einsatz an diesem Projekt gearbeitet haben. Es löst auch Betroffenheit über die gewalttätigen Demonstrationen aus, die sich am 20. Juni 2011 am Bahnhofsgelände entwickelt haben, bei denen mehrere Polizisten verletzt wurden.

Es mutet wie in einem schlechten Sommermärchen an – wir hatten hier schon bessere –, was hier abläuft, wenn es darum geht, wem der Verkehrsminister wann was gesagt hat und wem er wann nichts gesagt hat oder dass er glaubt, wem er wann was gesagt habe. Wenn sich dieser Stil nicht ändert, ist das aus unserer Sicht nicht länger tragbar und akzeptabel.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Bei diesem Stuttgarter Sommermärchen kamen mir die Märchen der Gebrüder Grimm in Erinnerung. Als meine Kinder noch kleiner waren, habe ich regelmäßig vorgelesen. Das Schöne war: In der Sache sind diese Märchen am Ende immer gut ausgegangen.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Ich denke im Hinblick auf unseren Verkehrsminister an das Märchen vom Rumpelstilzchen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist gut ausgegangen!)

In Anlehnung an das Rumpelstilzchen könnte unser Verkehrsminister z. B. gesagt haben: „Heute sage ich es, morgen stress ich, übermorgen holt mich vielleicht der Ministerpräsident. Ach, wie gut, dass jeder weiß, dass ich auf Stuttgart 21 bin nicht heiß.“

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das Märchen ging gut aus. Das Rumpelstilzchen hat nicht gewonnen. In diesem Sinn sind wir sehr zuversichtlich, dass das Projekt Stuttgart 21 und auch die Kommunikation des Verkehrsministers nach vorn kommen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hoffentlich stampft er jetzt nicht auf!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Willi Stächele: Das Wort erteile ich nun dem Minister für Verkehr und Infrastruktur, Herrn Minister Hermann.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gern den Vorschlag des Kollegen Schmiedel ernst nehmen und einen Beitrag zur Deeskalation leisten. Ich verspreche Ihnen: Ich verzichte auf Hoppelreime.

(Heiterkeit – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie geben nur Hoppelinterviews!)

(Minister Winfried Hermann)

Diese Debatte hat gezeigt, dass dieses Projekt auch in diesem Haus nach wie vor ein heißes Thema ist, dass es mit der Debatte nicht vorbei ist.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

– Ja. Sie tun mit Ihren Beiträgen so, als wäre alles entschieden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben die klare Mehrheit!)

Man kann doch feststellen, dass in der Gesellschaft weiter gestritten wird, dass es noch immer Proteste und nach anderthalb Jahren noch immer Montagsdemonstrationen gibt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, von wem?)

Es gab nie ein Projekt in der Bundesrepublik Deutschland, gegen das so viele Menschen so oft demonstriert haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das sind immer dieselben Menschen!)

Das muss doch zum Nachdenken führen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich sage ganz offen: Ich kann gut verstehen, dass sich auch die Menschen, die einen unterirdischen Bahnhof wollen, ärgern, dass es nicht vorangeht, dass es immer wieder Streit darüber gibt. Das ist die Situation, vor der wir stehen. Ich glaube, man darf sich nicht polemisch wegducken. Vielmehr haben wir alle ein gemeinsames Problem, dort irgendwie herauszukommen und zu einer Lösung zu gelangen.

(Lachen bei der CDU – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm: Sie haben ein Problem! Wir haben kein Problem!)

– Nein, Sie auch.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, eines will ich in dieser Debatte sehr deutlich klarstellen, auch, weil es heute wiederholt wurde.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben das Problem, dass Sie die Geister, die Sie riefen, nicht loswerden!)

Jede heiße Auseinandersetzung, sei sie noch so scharf und noch so hart, muss in dieser Gesellschaft friedlich, gewaltfrei und zivil bleiben, auch wenn es um einen Bahnhof geht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Nicole Razavi CDU: Hört, hört!)

Übrigens ist der Streit über dieses Projekt bisher in weiten Teilen, über viele Jahre hinweg, sehr friedlich gewesen. Ich kann Ihnen wirklich sagen, dass ich persönlich Jahre in diese Debatte gesteckt und immer alles dafür gegeben habe, dass dieser Konflikt im Diskurs ausgetragen wird, mit Argumenten, mit Zahlen, mit Konzepten, mit Alternativen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mit Mehrheiten!)

Das trägt zu einer Deeskalation des Konflikts bei.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Welche Rolle spielen Mehrheiten bei Ihnen?)

Meine Damen und Herren, ich habe Gewalt gegen Sachen und gegen Personen immer abgelehnt – ich persönlich; ich sage das so persönlich. Denn ich habe, wenn ich das jetzt sagen darf, in den frühen Siebzigerjahren den Wehrdienst verweigert; damals musste man noch eine Prüfung machen. Deshalb könnte ich auch etwas ironisch sagen: Ich bin einer der staatlich auf Gewaltfreiheit geprüften Pazifisten.

(Beifall bei den Grünen – Oh-Rufe von der CDU)

Das war und ist für mich in meinem politischen Leben eine Grundüberzeugung gewesen. Deswegen habe ich auch, als es am Montagabend in der vergangenen Woche zu den gewaltvollen Auseinandersetzungen gekommen ist, am gleichen Abend sofort gesagt, dass ich das ablehne, dass es keinen, aber auch gar keinen Rechtfertigungsgrund gibt.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU)

Ich möchte auch gern etwas zum Thema Polizei sagen sowie zu dem, was mit diesem Polizisten passiert ist. Ich bedaure es außerordentlich, dass hier Menschen verletzt wurden. Ich halte es auch wirklich für völlig daneben und auch für nicht nachvollziehbar, dass einige aus der Protestbewegung versucht haben, das wegzureden. Da gibt es für mich überhaupt keinen Zweifel. Ich habe mich sofort mit dem Innenminister und dem Polizeipräsidenten in Verbindung gesetzt und habe keinen Zweifel daran, dass es verletzte Polizisten gab. Ich hoffe, dass sie auf dem Weg der Genesung sind.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Heribert Rech CDU meldet sich.)

Meine Damen und Herren, wenn vorhin gesagt wurde, der Staat fliehe oder gehe in die Knie – –

(Abg. Heribert Rech CDU: Zwischenfrage! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Herr Minister Hermann – –

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein, ich möchte jetzt keine Zwischenfrage beantworten, sondern im Zusammenhang darstellen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist der Dialog!)

Wer sagt, der Staat gehe in die Knie, wenn die Polizei Deeskalationsstrategien entwickelt, hat nicht verstanden, wie moderne Polizeiarbeit funktioniert und wie es gelingt,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Zurückweichen muss sie!)

Konflikte möglichst tief, möglichst zivil zu halten.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Der Innenminister muss gerade tief schlucken!)

Ich sage ganz offen: Ich habe alle Achtung vor Polizeipräsident Züfle, den ich übrigens schon lange aus Tübingen ken-

(Minister Winfried Hermann)

ne. Das ist ein exzellenter Experte für zivilisierende Polizeieinsätze,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Was heißt das?
Gibt es auch andere?)

sodass von der Polizei selbst eine Wirkung auf diejenigen, die gewaltbereit sind, dergestalt ausgeht, dass sie keine Gewalt ausüben. Das ist das Entscheidende an einer Deeskalationsstrategie.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU)

Ich will auch ganz klar sagen: Diejenigen, die behauptet haben, die Polizei hätte Gewalt sozusagen provoziert – – Dafür haben wir keinerlei Anhaltspunkte. Das ist eine pure Spekulation – insofern auch dazu eine klare Zurückweisung – von einigen aus dieser Protestbewegung, die versucht haben, das, was geschehen ist, zu relativieren.

Nun zum Thema Baurecht. Dazu gab es schon vielfach Diskussionen. Ich habe auch schon mit Kollegen, beispielsweise Frau Gönner, öfter diskutiert – im Fernsehen und anderswo. Ich kann auch hier noch einmal in aller Klarheit feststellen: Bei diesem Projekt besteht eben nicht in allen Teilen ein Baurecht, weil es beispielsweise zum Abstellbahnhof Untertürkheim noch keinen Planfeststellungsbeschluss gibt, weil wir heute noch immer nicht wissen, wie es nach den aktuellen Planungen oben auf den Fildern weitergeht. Dafür ist noch nicht einmal das Planfeststellungsverfahren eingeleitet. Wie ich inzwischen höre, wird komplett umgeplant. Man könnte auch sagen: Wir fangen unten mit dem Bau der Röhre an, ohne genau zu wissen, wo wir oben herauskommen dürfen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Ja, ja! Jetzet! – Unruhe)

Meine Damen und Herren, das sind die Einwände gegen diese Art des Vorgehens.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Glocke
des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Herr Minister Hermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Da gilt das Gleiche wie zuvor. Ich möchte gern im Zusammenhang reden. Ich habe ohnehin Schwierigkeiten, weil Sie immer dazwischenreden. Deswegen mache ich weiter.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er ist das
aus dem Bundestag nicht gewohnt!)

– Ich kann auch mit Zwischenfragen umgehen, aber ich möchte gern im Zusammenhang reden.

Sie haben nach der Projektförderungspflicht gefragt. Diese steht zu Recht im Finanzierungsvertrag. Wir haben sie wahrgenommen. Ich habe im Lenkungskreis auch sehr deutlich geäußert, dass sich die Landesregierung dieser Verpflichtung bewusst ist. Aber man muss sich auch bewusst sein, dass wir nach diesem Vertrag nicht die Einzigen sind, die Verpflichtungen eingegangen sind. Auch die anderen haben Pflichten, beispielsweise die Bahn. Darauf komme ich gleich noch.

Aber ich sage für diese Landesregierung ganz klar: Natürlich arbeiten die nachgeordneten Behörden dieser Landesregierung dieses Projekt nach Recht und Gesetz ab. Selbstverständlich arbeiten die Regierungspräsidien in Tübingen oder in Stuttgart an diesem Planfeststellungsverfahren. Das ist überhaupt keine Frage. Ich kann Ihnen versichern, dass niemand in der Landesregierung beschleunigend oder verlangsamend eingreift. Dort wird nach Recht und Gesetz auftragsgemäß gearbeitet.

(Abg. Peter Hauk CDU: Und wie verhält es sich mit
dem Thema Umweltministerium?)

Zum Thema Projektförderungspflicht kann ich nur sagen: Dazu haben wir auch klare Aufträge aus dem Landtag bekommen. Als der Landtag dieses Projekt beschloss, hat er gesagt: Ihr habt als Regierung die Aufgabe und die Verpflichtung, eine ganz strenge Finanzkontrolle zu fahren, zu schauen, ob dieses Projekt noch durchfinanziert ist, ob es reicht oder ob etwa die Baurisiken steigen und die geplanten Baukosten überschritten werden. Da müsste man einmal nachfragen. Das sehe ich als eine ganz wichtige Verpflichtung an.

Es ist doch selbstverständlich, dass ein Land, das so viele Millionen in ein Projekt steckt mit dem Ziel, mehr Schienenverkehr zu ermöglichen, mehr Menschen in die Bahn zu bringen, immer wieder fragen muss: Dienen die Millionen, die wir da hineinstecken, auch tatsächlich dem Ziel, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen? Oder wird nur viel Geld verbaut, ohne dass sich ein verkehrlicher Nutzen ergibt?

Noch etwas: Wir sind dem Haushaltsgesetzgeber gegenüber auch verpflichtet, sparsam mit dem Geld umzugehen, genau zu schauen, was mit dem Geld geschieht, damit es nicht in Bereichen verschwindet, für die es vom Zweck her eigentlich nicht vorgesehen ist.

Was heißt das sonst noch? Wir Grünen wohlgermerkt haben den Schlichtungsprozess mit angestoßen. Uns war es wichtig, aus dieser verfahrenen Situation herauszukommen, zu erreichen, dass die Leute, die gegeneinanderstehen, sich an einen Tisch setzen, dass sie sich über die Fakten und die Zahlen verständigen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das wissen wir doch alles!
Wann beantworten Sie meine Fragen?)

Am Ende dieses Schlichtungsverfahrens hat Heiner Geißler einen klaren Spruch getroffen, der da lautet: Für dieses Projekt muss in einem Stresstest nachgewiesen werden, dass es in der Spitzenstunde mindestens 30 % mehr leisten kann, dass also mehr Züge fahren können als aktuell im Kopfbahnhof.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist alles bekannt!)

Er hat aber auch noch gesagt: „Dazu gehört auch ein Notfallkonzept.“ Ein solches Notfallkonzept liegt bis heute überhaupt nicht vor. Darauf warten wir noch.

Heiner Geißler hat eine ganze Latte weiterer Auflagen gemacht, die das Projekt verbessern sollen: Barrierefreiheit, mehr Sicherheit, breitere Bahnsteige, neuntes und zehntes Gleis – alles sehr aufwendige und sehr teure Punkte.

(Minister Winfried Hermann)

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Halt mal, Herr Minister! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Falsch! Das hat er nicht gesagt! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schade, dass man nicht zwischenfragen darf! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

– Ich kenne den Text nahezu auswendig.

Präsident Willi Stächele: Herr Minister Hermann – –

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank. Ich brauche keine Zwischenfrage.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist der Dialog mit dem Parlament!)

Ich habe mich am Sonntag mit Heiner Geißler noch einmal über genau diese Passage unterhalten. Heiner Geißler weiß auch, dass er einerseits hineingeschrieben hat: Wir brauchen das neunte und zehnte Gleis.

(Widerspruch bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Herr Minister Hermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein.

Zweitens hat er gesagt: Das hängt vom Stresstest ab.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhme: Das ist die Unwahrheit, Herr Minister! – Lebhaftige Unruhe)

– Hören Sie mir doch zu!

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Herr Minister Hermann, ich bitte Sie, die Frage des Präsidenten zu beantworten: Gestatten Sie Zwischenfragen generell nicht oder generell alle Zwischenfragen am Schluss Ihrer Ausführungen?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Ich habe gesagt, ich möchte meine Rede im Zusammenhang darstellen.

Präsident Willi Stächele: Darf ich dann annehmen, dass Sie die Zwischenfragen am Schluss der Rede zulassen, soweit sie noch von Bedeutung sind?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Soweit sie noch von Bedeutung sind, werde ich sie dann zulassen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU: Jetzt noch einmal zu dem neunten und zehnten Gleis: Was steht dazu drin?)

– Noch einmal: Zum einen stehen das neunte und das zehnte Gleis unkonditioniert im Text, und danach stehen sie konditioniert darin.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU: Nein, das stimmt doch gar nicht!)

Ich will damit nur sagen: Da gibt es unterschiedliche Interpretationen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU: Herr Drexler hat den Text sicher dabei!)

Heiner Geißler weiß selbst, dass es da nicht so ganz eindeutig war.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Drexler, nachher eine Zwischenfrage stellen! Das ist jetzt wichtig! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herrn Drexler verreißt es fast!)

Ich komme zu meinem nächsten Punkt: Die Landesregierung hat von der Verfassung her auch den Auftrag, Natur und unsere Ressourcen, unsere Lebensgrundlagen – in Stuttgart speziell das Mineralwasser – zu schützen und zu schonen. Deswegen sind die Stadt Stuttgart und das zuständige Amt der Stadt sehr sorgfältig zugange.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Erklären Sie doch einmal, wie es zu dem Gutachten kam!)

Deswegen hat auch der Umweltminister dankenswerterweise die Fachaufsicht übernommen. Das alles ist, glaube ich, richtig, wichtig und notwendig. Das verstehen wir auch als Teil unserer Verpflichtung.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Kein Beifall von der SPD!)

Nun komme ich noch einmal zum Thema „Deutsche Bahn, Offenheit und Information“.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wann beantworten Sie unsere Fragen?)

Es hat schon der alten Landesregierung ab und zu nicht gepasst – das konnten wir in einigen Protokollen nachlesen –, dass die Bahn mit bestimmten Informationen so zögerlich herausgerückt ist oder manche auch gar nicht gebracht hat. Deswegen haben wir als neue Landesregierung gesagt: Für uns ist es absolut wichtig und zwingend, dass wir alle Informationen zur Baustelle, zu den Risiken und den Kosten wirklich zeitnah bekommen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU)

Wir müssen auch wissen, was tatsächlich läuft. Wir dürfen nicht nur allgemeine Informationen bekommen. Vielmehr müssen wir dort, wo es Belege gibt – offenbar Belege aus dem Haus –, diese auch im Original bekommen.

Eines will ich für die Koalition auch sagen: Diese Koalition hat sich in dieser Sache zwar nicht verständigt,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das war heute deutlich zu sehen!)

aber wir haben uns in einem Punkt sehr klar verständigt. Wir haben nämlich gesagt: Es gibt keine uneingeschränkte Förderungspflicht, wenn die Gesamtkosten 4,5 Milliarden € übersteigen. Vielmehr ist diese Summe für uns der Kostendeckel, der gehalten werden muss, und von dieser Koalition gibt es keinen Euro mehr. Das steht so auch im Koalitionsvertrag.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Winfried Mack: Darum geht es doch gar nicht!)

(Minister Winfried Hermann)

Meine Damen und Herren, der Schlichtungsprozess hat den Diskurs ein Stück weit befriedet. Das kann man sagen. Er hat auch dazu beigetragen, dass die Bahn in den letzten Monaten nicht weitergebaut hat. Es ist bedauerlich, dass die Bahn jetzt wieder mit dem Bauen begonnen hat.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Denn ich glaube nicht – davor haben wir sie gewarnt –, dass dies den friedlichen Charakter der Diskussion fördert.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Unsere Bitte an die Bahn war, so lange innezuhalten, bis die Veranstaltung zum Stresstest stattgefunden hat, und keine weiteren Fakten zu schaffen, keine Vergaben vorzunehmen, die dieses Projekt langfristig so weit entwickeln,

(Abg. Winfried Mack CDU: Das haben wir doch schon ausdiskutiert!)

dass es dann, wenn es zur Volksabstimmung kommt, die diese Koalition will, schon so viele Fakten gibt, dass der Ausstieg nicht mehr wirklich möglich ist.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Das war von uns nicht gewollt, und deswegen haben wir die klare Bitte an die Bahn gerichtet, das nicht zu machen.

(Beifall bei den Grünen)

Wir haben heute Nachmittag noch Zeit, um über die Art der Finanzierung und die Kosten zu sprechen. Deswegen erspare ich mir an dieser Stelle Ausführungen dazu.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Aber ich will noch einmal etwas zur Information über den Stresstest sagen. Auch hierzu gibt es leichte Sprachverwirrung; das kann man wohl sagen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Beifall der Abg. Nicole Razavi CDU)

– Ja.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Stefan Mappus: Das steht doch im Protokoll!)

Da ist keiner ganz unschuldig.

(Oh-Rufe von der CDU)

Ich auch nicht. Nehmen Sie das auch als Angebot hin.

Jedenfalls ist eines sehr eindeutig: Das Ergebnis des Stresstests liegt nicht vor. Es liegt auch uns nicht vor. Im Moment werden die Simulationsrechnungen von der Gutachterfirma SMA überprüft und zertifiziert. Mit der Bahn ist verabredet worden, dass wir diese Unterlagen spätestens am 11. Juli bekommen, und zwar mit allen Originalen, sodass wir überprüfen können, dass wir nicht – – Mit dem Hinweis auf den Unterschied zwischen Original und anderen Texten will ich sa-

gen: Es ist z. B. ein Unterschied, ob ich einen Originalfahrplan habe oder ob ich einen Text über einen Fahrplan habe. Es ist so gemeint,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aber die Rechnungen haben Sie!)

dass man solche Materialien bekommt, die man überprüfen kann, die solide und valide sind und über die eigene Experten gehen können.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die Rechnungen haben Sie!)

Einige sagen immer wieder, ich hätte gesagt, wir hätten gar nichts. Ich muss anerkennen und zugeben:

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist doch nachlesbar!)

In der politischen Debatte hat man manchmal, gerade wenn man auch Fernsehinterviews gibt, nicht zehn Sätze, sondern einen Satz, und es gibt einen Kontext. Ich habe im Kontext immer deutlich gemacht: Das, was es an Unterlagen gibt, sind Arbeitszwischenberichte, sind Hinweise, die – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die haben Sie ja gar nicht!)

– Doch, diese haben wir. Das haben wir auch nicht bestritten. Wir waren zweimal in dem sogenannten Fachlenkungsausschuss. Da sind uns Informationen zugegangen, was der Stand des Verfahrens ist. Ich könnte Ihnen aus diesen Charts zitieren. Darin steht: „in Arbeit“, „nicht abgeschlossen“, „muss noch korrigiert werden“, „haben wir Bedenken“.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Darin steht sicher auch etwas anderes!)

Das alles sind Zwischenschritte. Es sind jedenfalls keine Grundlagen, um ein endgültiges Urteil darüber zu bilden.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das sollen Sie doch auch gar nicht machen! Das macht die SMA! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss: Aus meiner Sicht ist es zwingend notwendig, dass wir das Schlichtungsverfahren fortsetzen und die öffentliche Debatte zum Stresstest führen. Es ist wichtig, dass möglichst viele Menschen möglichst gut informiert sind.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Objektiv informiert sind!)

Deswegen brauchen wir umfassende Informationen. Deswegen brauchen wir Kostentransparenz. Deswegen müssen auch die Baukosten offengelegt werden. Die Risiken müssen offengelegt werden. Wir müssen auch klare Vorstellungen über mögliche Alternativen haben – deswegen die Idee, dass auch für den Kopfbahnhof nachgewiesen werden muss, wie leistungsfähig er ist.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Sie wollten noch Fragen beantworten! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Meine Damen und Herren, Minister Hermann hat zugestanden, dass am Schluss seiner Rede Nachfragen gestellt werden können. Zuerst hatte sich Kollege Rech gemeldet, dann Kollegin Gönner. Damit können zwei Fragen gestellt werden. Nach den Fragen ist die Beantwortung möglich.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Bitte schön, Kollege Rech.

Abg. Heribert Rech CDU: Herr Minister Hermann, Sie haben über das Vorgehen, den Einsatz der Polizei gesprochen, haben sich hinter die Polizei gestellt.

Am 30. September 2010 wurde bedauerlicherweise – wie wir alle wissen – der Demonstrant Dietrich Wagner schwer verletzt. Ich habe ihn mit seinem Einverständnis wenige Tage später im Krankenhaus besucht.

Meine Frage an Sie: Haben Sie den schwer verletzten Polizisten besucht, haben Sie mit ihm telefoniert, oder haben Sie ihm geschrieben?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Der ist doch schon lange wieder entlassen!)

Präsident Willi Stächele: Bitte schön, Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Ich habe nicht mit dem schwer verletzten Polizisten gesprochen und habe ihn auch nicht besucht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nächste Frage!)

Präsident Willi Stächele: Die nächste Zwischenfrage, Kollegin Gönner.

Abg. Tanja Gönner CDU: Herr Kollege Hermann, ich habe mehrere Fragen an Sie. Zum einen bitte ich Sie, mir zu sagen, ob Sie zustimmen, dass im Schlichterspruch von Heiner Geißler steht:

Welche der von mir genannten Nachbesserungen notwendig werden, wird sich aus dem Stresstest ergeben.

Ich bin nicht ganz sicher, ob es hundertprozentig richtig zitiert ist, aber ich glaube fast, dass es wortwörtlich ist – aus dem Kopf heraus.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nicht ganz wortwörtlich, aber sinngemäß! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wenn Sie dies bestätigen, würden Sie dann dem Hohen Haus auch sagen, dass Sie in Zukunft eben nicht versuchen, in Ihren Reden den Eindruck zu erwecken, als hätte Heiner Geißler etwas anderes gesagt?

Meine zweite Frage: Stehen Sie zum Ergebnis der Schlichtung? Wenn Sie diese Frage mit Ja beantworten, warum fordern Sie dann ganz entgegen dem Ergebnis der Schlichtung einen Stresstest für K 21?

(Zuruf von den Grünen: Das ist kein Widerspruch, sondern eine Ergänzung!)

Dritte Frage: Stimmen Sie mit dem überein, was Kollege Schmiedel heute gesagt hat? Erstens: Es gibt einen abgestimmten Fahrplan zwischen der neuen Landesregierung und der Deutschen Bahn. Zweitens: Das Ergebnis, das die SMA vorlegt, ist bindend.

Wenn Sie mit dem übereinstimmen, sind Sie dann bereit, dies auch zu akzeptieren, zu respektieren und nicht weitere Hürden aufzubauen und damit zu zeigen, dass Sie nicht bereit sind, das Ergebnis der Schlichtung zu akzeptieren?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist doch keine Frage! – Zuruf von den Grünen: Wie war die Frage?)

Präsident Willi Stächele: Herr Minister Hermann, bitte beantworten Sie die Frage.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank. – Frau Kollegin Gönner, Sie haben aus dem Kopf richtig zitiert. Es war vorhin so laut, dass man nicht gehört hat, dass ich gesagt habe: Jawohl, das steht so auch im Schlichterspruch von Herrn Geißler.

(Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

– Nein, nein. Ich habe gesagt: Es steht drin, einmal unkonditioniert, einmal konditioniert. Daraus resultiert die unterschiedliche Interpretation, nämlich dass die einen sagen: „Er hat es unkonditioniert gemeint“, und die anderen sagen: „Es war doch eindeutig konditioniert.“ Ich habe mich mit ihm darüber unterhalten. Er war der Meinung, er hatte es konditioniert und hatte auch noch anderes drin. Dass es nicht ganz sauber formuliert ist, habe ich vorhin angesprochen – nicht mehr und nicht weniger.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Damit ist die Antwort auf die Frage, ob Sie das Ergebnis akzeptieren, auch schon gegeben! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Tarnen, tricksen, täuschen! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie biegen es sich so, wie Sie es brauchen! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Bitte jetzt die Frage beantworten.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Zum Ergebnis der Schlichtung und zum Vergleich des Kopfbahnhofs mit dem unterirdischen Bahnhof: Am Ende des Schlichtungsverfahrens hat man überlegt, was der Vergleichsmaßstab ist. Man hat dann kurzfristig gesagt: „Der Vergleichsmaßstab ist die Zahl der Züge, die jetzt – 2010 – im Kopfbahnhof fahren“, und man hat, sozusagen vom Istzustand des alten Kopfbahnhofs – sprich 37 Züge – ausgehend, 30 % draufgesattelt. Man kam so auf 49 Züge und hat dies verglichen mit der maximalen rechnerischen Kapazität beim unterirdischen Durchgangsbahnhof. Jetzt sagen aber verschiedene Experten: Das kann doch nicht sein.

(Abg. Tanja Gönner CDU: Akzeptieren Sie den Schlichterspruch? Sie sollen die Frage mit Ja oder Nein beantworten! – Gegenrufe von den Grünen)

(Minister Winfried Hermann)

– Sie fragen, ob ich es akzeptiere. – Sie sagen: Man kann doch nicht den Istzustand des alten Bahnhofs mit dem Potenzialzustand eines neuen Bahnhofs vergleichen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Hat man das bei der Schlichtung noch nicht gewusst? Also akzeptieren Sie ihn nicht! – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

– Ich war am Ende nicht dabei. Denjenigen, die das vereinbart haben, ist das wohl in der damaligen Situation nicht aufgegangen. Heute sagen Experten: Lasst uns das überprüfen. Ich frage: Was kann man dagegen haben, zu sagen:

(Abg. Martin Rivoir SPD: Zeitverzögerung!)

Wenn wir eine Volksabstimmung durchführen, dann lasst uns doch darüber nachdenken: Was kann der eine Bahnhof, und was kann der andere? Welches sind die Grundlagen? Es können doch alle nur daran interessiert sein, dass auch der Kopfbahnhof und seine Leistungsfähigkeit überprüft werden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Tanja Gönner CDU: Eine einfache Frage, eine einfache Antwort! – Abg. Volker Schebesta CDU: Die Antwort lautet: Nein, ich akzeptiere nicht!)

Wir werden jetzt nicht noch weitere Vorspekulationen darüber anstellen, was wann und wie herauskommt, sondern wir warten jetzt das Ergebnis der SMA ab.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dann gab es also Spekulationen?)

Die SMA hat bestimmte Kriterien, an denen sie das Ganze messen wird. Ich will aber noch einmal darauf hinweisen: Heiner Geißler hat gesagt, wichtig sei nicht, ob man durchkommt oder nicht, sondern wichtig sei, dass die zusätzlichen 30 % in guter Qualität möglich sind.

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Damit erübrigt sich die Frage, ob ich den Schlichterspruch akzeptiere. Die entscheidende Frage ist vielmehr: Was ist gute Qualität, und wird diese nachgewiesen?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das beurteilt doch die SMA und beurteilen nicht Sie! – Weitere Zurufe von der CDU – Lebhaftige Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Herr Minister Hermann, mir liegen jetzt noch zwei Nachfragen vor. Wenn Sie diese zulassen, würde ich die betreffenden Abgeordneten gern aufrufen. Die eine Frage kommt von Herrn Abg. Wolf und die andere von Frau Abg. Gönner. – Bitte, Herr Kollege Wolf.

Abg. Guido Wolf CDU: Herr Minister Hermann, Sie haben im Rahmen Ihrer Ausführungen einen aus meiner Sicht verhängnisvollen Satz geprägt. Sie haben gesagt: „Hier wird immer so getan, als sei alles entschieden. Dabei gibt es nach wie vor Protest.“ Übertragen auf andere Sachverhalte könnte man

nun sagen: Möglicherweise sind Sie noch gar nicht Verkehrsminister. Denn auch dagegen gibt es nach wie vor Protest.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Möchten Sie vor diesem Hintergrund wirklich an Ihrer Aussage festhalten?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was sind Ihre Argumente? – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Vielleicht können wir die zweite Frage gleich anschließen, sodass Sie beide Fragen zusammen beantworten können. – Frau Abg. Gönner, bitte.

Abg. Tanja Gönner CDU: Kollege Hermann, mir würde es genügen, wenn Sie eine einfache Frage mit einem schlichten Ja oder einem schlichten Nein beantworten. Akzeptieren Sie den Schlichterspruch, ja oder nein?

Zweitens: Akzeptieren Sie, dass die SMA als eines der weltweit führenden Unternehmen sicher Wert darauf legt, dass das, was sie unter „überprüfen“ und „zertifizieren“ verstehen, dann auch eine gute Qualität hat?

Im Übrigen: Ja, ich akzeptiere das Wahlergebnis.

(Beifall bei den Grünen)

Es klingt jetzt vielleicht ein bisschen lästerlich, aber Sie sollten einmal zu Ihrem Koalitionspartner hinüberschauen, der immer für Stuttgart 21 war. Insofern ist die Frage, ob Sie auch bei Sachfragen das Wahlergebnis akzeptieren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: 75 % sind für Stuttgart 21! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Ich schlage jetzt vor, dass Herr Minister Hermann die Beantwortung vornimmt und wir dann zum nächsten Redner kommen.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Zur Frage des Kollegen Wolf: Vergleiche hinken manchmal fürchterlich. – Danke.

(Abg. Hans-Ulrich Scerl GRÜNE: Mehr kann man dazu wirklich nicht sagen!)

Zur Kollegin Gönner: Einfache Fragen und einfache Antworten – gerade Sie wissen, dass dieses Projekt und dieses Schlichtungsverfahren sehr kompliziert und differenziert sind und dass es darauf keine einfachen Antworten gibt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eure Rede sei ja, ja, ja, nein, nein, nein! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP/DVP – Unruhe)

Meine Aufgabe ist im Moment die, alles zu tun, damit die Punkte, die Heiner Geißler genannt hat, die zu seinem Schlichterspruch gehören,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sagen Sie einfach Nein! – Zuruf von der CDU: So ein Herumgeeiere!)

(Minister Winfried Hermann)

wirklich aufgearbeitet werden und dass die Bahn dazu Vorschläge macht, sodass wir dann auch sagen können, was die Umsetzung dieser Vorschläge kostet. Dann können wir darüber diskutieren, und dann bin ich gespannt, ob alle diese Vorschläge so akzeptieren, wie Sie gesagt haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU:
Nein oder Ja? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU:
Können vielleicht noch die Sozialdemokraten Ja sagen?)

Präsident Willi Stächele: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit. Wir haben für die zweite Runde unterschiedliche Redezeiten zur Verfügung. Außerdem habe ich eine Wortmeldung des Herrn Innenministers für das Ende der zweiten Runde. Ich gehe davon aus, dass er in einem überschaubaren Rahmen von nicht mehr als fünf Minuten sprechen will,

(Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der hat eine klare Meinung!)

sodass ich Ihnen jetzt vorschlage, sofern Sie die Zeiten in Anspruch nehmen, dass wir da noch einen Zuschlag geben entsprechend unserer Geschäftsordnung, in der es heißt, dass dann, wenn die Regierung einen Zuschlag erhält, auch die Redner der Fraktionen einen Zuschlag erhalten.

Jetzt hat die Fraktion der CDU noch 2,5 Minuten plus eine Minute, die Fraktion GRÜNE drei Minuten plus eine Minute, die Fraktion der SPD zehn Sekunden plus eine Minute

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

und die Fraktion der FDP/DVP zwei Minuten plus eine Minute zur Verfügung. Das wird flexibel gestaltet werden. – Sie sind einverstanden, dass wir überall eine Minute für die zweite Runde dazugeben und danach der Innenminister das Wort erhält.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Darf ich fragen: Gibt es jetzt für die zweite Runde Wortmeldungen? – Kollege Hauk und Kollege Dr. Rülke haben sich für die zweite Runde gemeldet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die zehn Sekunden reichen der SPD-Fraktion, um Ja zu sagen!)

Alle vier Fraktionen wollen die Redezeit also noch ausschöpfen, und dann kommt der Innenminister zu Wort.

Bitte, Kollege Hauk.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stelle erneut fest – gerade in der Frage nach dem neunten und zehnten Gleis –: Immer dann, wenn es um Tatsachen geht, täuscht der Minister mit allen rhetorischen Möglichkeiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Schlichtungsergebnisse liegen vor. Dazu muss nichts mehr gesagt werden. Es ist alles festgehalten. Da gibt es klare Vor-

schläge. Darin steht auch die Erweiterung des Tiefbahnhofs um ein neuntes und zehntes Gleis als eine der Alternativen. Am Ende ist aber klar zu lesen, dass auch ein Fahrplan mit 30 % Leistungszuwachs bei guter Betriebsqualität möglich sein muss. Es wird klar definiert, was gute Betriebsqualität heißt. Das ist der anerkannte Standard des Bahnverkehrs, den nicht der Verkehrsminister definiert, sondern den die SMA im Zweifelsfall mit zu definieren hat. Und es steht am Ende drin:

Welche der von mir

– Geißler –

vorgeschlagenen Baumaßnahmen zur Verbesserung der Strecken

– zur Verbesserung, nicht zur Verhinderung –

bis zur Inbetriebnahme von S 21 realisiert werden, hängt von den Ergebnissen der Simulation ab.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist eine klare Kondition!)

Das sind klare Konditionen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Da brauchen wir nichts zu interpretieren, Herr Verkehrsminister. Das steht alles schwarz auf weiß. Man muss es nur kennen, muss sich daran halten und muss es akzeptieren. Man muss das einfach akzeptieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben es schon einmal akzeptiert. Sie müssen es einfach noch einmal neu tun. Das ist nämlich ein Ergebnis.

Zweiter Punkt: Die Fragen der Kollegin Razavi haben Sie mit keinem Satz beantwortet.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Sie haben lediglich erstmalig in der Öffentlichkeit, nämlich vorhin hier in diesem Parlament, gesagt, dass Sie über den Verlauf des Stresstests immer wieder informiert wurden. Das haben Sie bisher nirgendwo öffentlich gesagt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das Gegenteil hat er gesagt!)

Sie haben sogar das Gegenteil gesagt.

(Zuruf: Das stimmt doch nicht!)

Sie haben bei Veranstaltungen von S-21-Gegnern gesagt, Sie hätten überhaupt keine Ahnung –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt ja auch! – Abg. Volker Schebesta CDU: Das stimmt! – Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

was ich nicht abstreiten möchte. Sie haben in einem Interview – vielleicht zunächst im Hintergrundgespräch, kein Interview, aber Sie wussten es – gesagt: „Es gibt keine Unterlagen.“ Jetzt will ich keine Wortklauberei betreiben, aber es ist in diesem Zusammenhang wichtig, ob von Originalunterlagen oder von

(Peter Hauk)

Unterlagen die Rede ist. Sie haben gesagt: keine Unterlagen. Natürlich hatten Sie ständig Unterlagen, Zwischenergebnisse.

(Abg. Volker Schebesta CDU: So ist es!)

Da gibt es noch keine endgültigen Unterlagen. Diese kommen jetzt.

Der entscheidende Punkt bei dieser Frage ist – deshalb ist sie auch politisch bedeutsam –: Herr Verkehrsminister, es ist politisch bedeutsam, ob Sie die Öffentlichkeit in dieser Frage angelogen und getäuscht haben,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

weil in der Frage der Akzeptanz des Stresstests nicht nur das Ergebnis, sondern auch das Zustandekommen wichtig ist. Das ist der ganz entscheidende Punkt. Sie standen damals in der Schlichtung auf der Gegenseite. Deshalb war und ist es gerade auch für die Gegenseite wichtig, dass Sie die Grundlagen des Stresstests, aber auch den laufenden Fortschritt ständig mitbekommen haben, darüber ständig informiert wurden, ja sogar nachweislich eigene Vorschläge eingespeist haben, die auch in der Simulation beantwortet worden sind. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hört, hört!)

Deshalb geht es uns bei unserem Anliegen nicht um eine Formalie; es geht nicht um Wortklauberei. Vielmehr geht es darum – dies ist eine zentrale Frage –, ob wir Gegner und Befürworter des Projekts wieder in einen Dialog einbinden können oder ob der Protest, der von Ihnen angefeuert wird, in Zukunft weitergeht. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Nein! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich möchte noch einen letzten Punkt anführen: Ich bewundere den Ministerpräsidenten,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf: Das hat er auch verdient!)

der gestern sagte – ich entnehme es aus der Zeitung; ich habe es nicht selbst gehört –, Herr Hermann habe spekuliert, es ginge auf Vermutungen zurück, die wir seit der Schlichtung hätten.

Herr Ministerpräsident, der Verkehrsminister hat vorhin etwas ganz anderes gesagt, nämlich dass er ständig informiert wurde.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Es waren keine Vermutungen oder Spekulationen, die auf die Schlichtung zurückgingen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Vielmehr war es die Kenntnisnahme dessen, was die Bahn simuliert hat. Dies wird zu überprüfen sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Volker Schebesta CDU: So ist es!)

Ich frage mich, ob Ihr Minister Sie nicht informiert hat oder ob Sie ein solches Täuschungsmanöver in der Öffentlichkeit decken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Zwischenbericht!)

Es gibt noch ein paar offene Fragen, zu denen wir eine klare Beantwortung und eine klare Aufklärung erwarten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Präsident Willi Stächele: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Redezeit des Ministers war etwas länger. Diese Zeit werde ich den anderen Fraktionen auch geben, weil ich der Auffassung bin, dass wir nicht nach einem lebendigen Parlament verlangen und dann gleich den Lautsprecher ausmachen können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen noch Herrn Drexler hören! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Als Nächstes gibt es für die Fraktion GRÜNE eine Redezeit von vier Minuten plus x.

Bitte, verehrte Frau Kollegin.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gerade wurde darüber diskutiert, wie der Schlichterspruch im Einzelnen zu verstehen ist.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Es wurde die Frage aufgeworfen, wann die Bedingungen für diesen Stresstest gegeben sind, wann die Qualität gut ist, wann die Standards erfüllt sind.

Sie alle haben gelesen, dass Heiner Geißler in der letzten Woche geäußert hat, er überlege sich, ob er die Vorstellung der Ergebnisse des Stresstests vornehmen könne oder nicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da habe ich keine Bedenken! – Vereinzelt Heiterkeit)

Er überlegt es sich, weil für ihn wichtig ist, dass Einvernehmen über die zugrunde gelegten Standards erzielt ist.

Das zeigt, dass die Frage, welche Standards gemeint sind, sehr schwierig ist.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aber der Minister sei doch im Zweifel!)

Es geht darum, dass wir die Möglichkeit haben müssen, zu überprüfen, welche Standards die Bahn angewendet hat, welche Fahrpläne, Zugfolgen, Haltezeiten, Fahrzeiten usw.; dies ist im Schlichterspruch so allgemein beschrieben, wie ich gerade zitiert habe.

(Edith Sitzmann)

Meine Damen und Herren, ich finde, die Schlichtung war ein Erfolg. Sie hat deutlich dazu beigetragen, die Situation zu de-eskalieren. Sie hat das Verständnis für die unterschiedlichen Positionen verbessert. Aber sie hat nicht dazu geführt, dass diejenigen, die das Projekt für gut befinden, umgeschwenkt sind und es kritisch sehen. Das Gleiche gilt auch andersherum.

Bekannt ist, dass wir nach wie vor der Ansicht sind, dass dieses Projekt kein sinnvolles Kosten-Nutzen-Verhältnis hat. Zugleich respektieren wir, dass unser Koalitionspartner es anders sieht. So haben wir es in unserem Koalitionsvertrag festgehalten. Darin heißt es:

Beide Parteien respektieren die jeweilige andere Position und sind sich einig im Bestreben, den Streit um Stuttgart 21 zu befrieden und die Spaltung in der Gesellschaft zu überwinden.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das ist nach wie vor unser Ziel. Das werden wir erreichen.

Weiter heißt es im Koalitionsvertrag:

Die Landesregierung wird für vollständige Transparenz über Prämissen und Ergebnisse des Stresstests sorgen.

Dies werden wir auch tun. Dann werden wir das weitere Verfahren einleiten, das im Koalitionsvertrag vereinbart ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ganz entschieden möchte ich zurückweisen, dass Sie, Herr Hauk, uns Grünen unterstellen, wir würden irgendwelche Proteste anfeuern oder nach vorn bringen.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

All diejenigen, die sich seit Jahr und Tag mit diesem Projekt beschäftigen, sind intelligente, mündige Leute. Sie haben ihre eigene Meinung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die, die es wollen, auch, und die sind die große Mehrheit! Sie sind eine Minderheit!)

– Ich habe gesagt, all diejenigen, die sich mit dem Projekt beschäftigen. Damit sind diejenigen gemeint, die dafür sind, und diejenigen, die dagegen sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die sind in der Zahl sehr unterschiedlich!)

Sie haben eine Überzeugung und eine Meinung, und sie lassen von niemandem ihre Meinung schüren oder sich anfeuern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die haben die Wahl gehabt, und deshalb regieren Sie jetzt!)

Sie tun das aus freien Stücken, und sie nehmen ihre Rechte wahr.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Tanja Gönner CDU: Die andere Seite auch!)

Herr Kollege Hauk, der Minister hat hier dargestellt, wie die Informationen, die er hat oder die er nicht hat – Es ging darum, wie das zu verstehen ist.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Bitte? Wo waren Sie?)

– Ich war hier, und wir haben es auch – ich habe es vorhin angesprochen – in der gestrigen Fraktionsitzung besprochen.

(Zurufe von der CDU: Was?)

Es ist klar geworden, welche Originale und welche bewerteten Ergebnisse oder Zwischenergebnisse es gibt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aber im Interview ist es nicht klar gewesen, oder?)

Die originalen Unterlagen sind ja auch gerade erst der SMA zugegangen

(Zuruf: Und dem Minister!)

und werden jetzt bewertet; sie lagen bislang nicht vor.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie konnten ja auch nicht vorliegen, wenn man nur Zwischenergebnisse will!)

So hat er es hier dargestellt. Ich weise deshalb Ihre Vorwürfe zurück.

Sie, Herr Hauk, haben in den paar Wochen, seit die neue Landesregierung im Amt ist, bereits zum zweiten Mal öffentliche Rücktrittsforderungen gegen Mitglieder der grün-roten Landesregierung erhoben. Das ist inflationär.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Niemand hat den Rücktritt gefordert!)

– Doch, Herr Hauk hat es gesagt. – Das tut einer glaubwürdigen Opposition nicht gut.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Kein Rücktritt! Wir wollen Klarheit!)

Präsident Willi Stächele: Für die SPD-Fraktion hat Herr Abg. Schmiedel das Wort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber sagen Sie jetzt ja nichts Falsches, Herr Schmiedel! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn leidenschaftlich gestritten wird, ist es immer sinnvoll, zu versuchen, wenigstens die Fakten klarzustellen. Dann kann man sich noch immer über die Bewertung auseinandersetzen. Aber die Faktenlage sollte stimmen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Fakten im Hinblick auf Herrn Hermann!)

Zur Faktenlage gehört – das war der erste Punkt, der gerade noch einmal strittig diskutiert wurde –, dass Herr Geißler in seinem Schlichterspruch unter Ziffer 11 Unterziffer 6 vorschlägt:

(Claus Schmiedel)

Für das Streckennetz sind folgende Verbesserungen vorzusehen:

- Erweiterung des Tiefbahnhofs um ein 9. und 10. Gleis.
- Zweigleisige westliche Anbindung des Flughafen-Fernbahnhofs an die Neubaustrecke.
- Zweigleisige und kreuzungsfrei angebundene Wendlinger Kurve.
- Anbindung der bestehenden Ferngleise von Zuffenhausen an den neuen Tunnel von Bad Cannstatt zum Hauptbahnhof.
- Ausrüstung aller Strecken von S 21 bis Wendlingen zusätzlich mit konventioneller Leit- und Sicherungstechnik.

Das steht unter Ziffer 11. Dann steht unter Ziffer 12 – das lese ich jetzt nicht alles vor; das ist ziemlich lang – zum Schluss:

Welche der von mir vorgeschlagenen Baumaßnahmen zur Verbesserung der Strecken bis zur Inbetriebnahme von S 21 realisiert werden, hängt von den Ergebnissen der Simulation ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: An das halten wir uns! – Zuruf der Abg. Tanja Gönner CDU)

Damit ist das Ergebnis des Gesprächs, das der Minister mit Herrn Geißler hatte, noch einmal von Herrn Geißler bestätigt worden.

(Lachen bei der CDU)

Nur so macht es eigentlich auch Sinn.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Zurufe von der CDU: Genau!)

Sonst brauchte man keinen Stresstest; dann müsste man gleich das neunte und zehnte Gleis bauen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Volker Schebesta CDU: Sie verstehen also die Interpretation des Ministers auch nicht, Herr Schmiedel! Haben wir das richtig verstanden?)

Das Zweite ist die Frage: Gibt es da jetzt ein Baurecht, oder gibt es keines? Natürlich gibt es nicht für alle Streckenabschnitte ein Baurecht. Das ist aber bei so großen Baumaßnahmen eine ganz übliche Geschichte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Richtig!)

Denn bis man beim letzten Teilabschnitt angekommen ist, hat sich die Ausgangslage beim ersten überholt. Das ist also ein übliches Verfahren. Man kann nun fragen, ob es sinnvoll ist oder nicht – darüber kann man streiten –, mit einem Baurecht an einer Stelle zu beginnen, obwohl man es an einer anderen Stelle noch nicht hat.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Katzenbergtunnel!)

Darüber kann man sich unterhalten, ob dies sinnvoll ist oder nicht. Wir halten es für sinnvoll. Aber man kann sich nicht darüber unterhalten, dass die Baumaßnahmen am Tiefbahnhof auf Recht und Gesetz fußen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau!)

und dass es keinen Zweifel gibt, dass die Bahn ein Recht hat, dort zu bauen; denn sonst wäre es wirklich schwierig.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Volker Schebesta CDU: Darüber gibt es im Haus eine Mehrheit! – Abg. Winfried Mack CDU: Da können wir gleich abstimmen!)

Der dritte Punkt, zu dem ich etwas sagen wollte, betrifft das, was auch der Auslöser von etwas hektischer öffentlicher Diskussion war. Ich gebe zu, das war etwas unscharf formuliert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind ein Brückenbauer!)

Es geht um die Frage: Was lag der Landesregierung, dem Verkehrsministerium an Informationen vor, und was lag nicht vor?

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

In der Zwischenzeit lichtet sich der Nebel. Es geht darum, dass Originalunterlagen aus den Computersimulationen natürlich nicht vorliegen; die sind bei der SMA.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die können ja gar nicht vorliegen!)

– Es ist egal, ob „kann“ oder nicht. Sie liegen nicht vor. Es geht einfach um die Originalunterlagen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Er hat „Unterlagen“ gesagt! Er hat nicht „Originalunterlagen“ gesagt! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Dass Herr Hermann sagt: Bevor ich nicht die Originalunterlagen für die Computersimulation habe, kann ich letztlich auch kein – –

(Zurufe, u. a. Abg. Volker Schebesta CDU: Er hat „Unterlagen“ gesagt! – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU: Gestern! Gestern hat er „Originalunterlagen“ gesagt! – Unruhe – Dem Redner wird das Ende der Redezeit angezeigt.)

– Herr Präsident, Sie blinken, und da geht es nicht mehr weiter.

(Heiterkeit – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist euer Problem, dass auf der einen Seite geblinkt wird und es auf der anderen Seite nicht weitergeht!)

Ich finde, solche Debatten sind dazu da, dass die Öffentlichkeit versteht, was Sachlage ist.

(Lachen bei der CDU)

Jetzt sage ich einmal, was Sachlage ist. Da muss man nicht gleich dazwischenrufen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Willi Stächele: Ich bitte doch, zuzuhören. Es lohnt sich allemal.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, es lohnt sich.

Sachlage ist, dass keine Originalunterlagen vorliegen. Aber nur wenn man Originalunterlagen hat, weiß man auch, was in den Computer eingegeben wurde. Wenn man das Ergebnis respektieren will, muss man auch wissen, was der Input war. Das ist ein ganz einfacher Sachverhalt. Das liegt nicht vor.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Was vorliegt, sind Zwischenergebnisse aus der Sicht der Bahn.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und man weiß, wo die Röhre herauskommt! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Darüber kann man sich freuen oder nicht. Für mich ist das eher ein erwartetes Szenario, für andere auch. Wieder andere sagen: „Das hätte ich eher nicht erwartet.“ Okay. Aber das ist nicht der Endstand. Der Endstand ist das, was die SMA hinterher bestätigt oder nicht bestätigt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Für uns, ja!)

Wenn man so sachlich und ruhig über die Themen spricht, brauchen wir gar nicht so viel Aufregung.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie wären ein guter Verkehrsminister gewesen!)

Wir alle sollten einen Beitrag zu dieser Versachlichung leisten; denn davon haben wir alle etwas.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm: Übernehmen Sie das Projekt, dann sind wir einverstanden! Herr Drexler hilft noch ein bisschen!)

– An der Umsetzung des Projekts wirken genau diejenigen mit, die von Amts wegen an diesem Projekt mitwirken.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Sie machen das übrigens einvernehmlich.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wenn Herr Rust heute da wäre – vielleicht schaut er zu: Glückwunsch! –,

(Heiterkeit)

würde er das bestätigen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Rust hat unser Vertrauen! Da gibt es gar keinen Zweifel!)

Ich denke: Über Bewertungen kann man sich unterhalten. Über Wertmaßstäbe – die Fragen „Ist das so viel Geld wert?“ oder „Bringt es das?“ – kann man streiten, aber nicht über Fakten. Fakt ist, dass die Landesregierung bei der Erfüllung dieses Projekts ihrer Pflicht nachkommt

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Rust auf jeden Fall!)

und dass wir jetzt auf das SMA-Gutachten warten; dann folgt ganz logisch der nächste Schritt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Präsident Willi Stächele: Als Vertreter der Fraktion der FDP/DVP erhält Herr Abg. Dr. Rülke das Wort. – Bitte schön.

(Zuruf von der SPD: Schon wieder?)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident Kretschmann, Sie haben vor sechs Wochen einen Verkehrsminister ernannt. Gestern zogen Sie eine erste Bilanz und erklärten, Sie nähmen ihn jetzt sozusagen in die ehrenwerte Gesellschaft auf.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Nun stellt sich die Frage, was man tun muss, um bei Ihnen zur ehrenwerten Gesellschaft zu zählen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Oje!)

Begonnen hat es damit, dass er einen Eid auf die Landesverfassung geschworen hat, den er so interpretiert: Er macht nur das, was er persönlich für richtig hält; wenn Stuttgart 21 gebaut wird, dann wäre er nicht zuständig. Aber Verkehrsminister Hermann ist ein ehrenwerter Mann.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Anschließend hat er zunächst erklärt, die Landesregierung sei eventuell bereit, für den Baustopp zu zahlen – dann wieder nicht, dann wieder doch, dann wieder nicht. Aber Verkehrsminister Hermann ist ein ehrenwerter Mann.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Dann hat er einen Antrittsbesuch bei den Parkschützern gemacht. Die Sitzblockade ist nach seiner Auffassung von Loyalität offensichtlich höherwertig als das Landesinteresse.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist unglaublich!)

Aber Verkehrsminister Hermann ist ein ehrenwerter Mann.

(Zuruf von den Grünen: Können Sie das bestreiten?)

Dann hat er offensichtlich ein Interview gegeben. Anschließend hieß es, er habe kein Interview gegeben. Am Schluss war es doch ein Interview, aber nur im Hintergrund, was zwischendurch einmal bestritten war. Das hat er dann am Ende auch einräumen müssen, weil der Journalist dieses Interview offensichtlich auf Band aufgezeichnet hatte. Aber Verkehrsminister Hermann ist ein ehrenwerter Mann.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU)

Mal weiß er, was beim Stresstest herauskommt. Dann weiß er wieder nicht, was beim Stresstest herauskommt. Dann weiß er es doch, aber nicht aus Originalunterlagen.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Verkehrsminister Hermann ist ein ehrenwerter Mann.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Dann verkündet er als Erster, dass Stuttgart 21 den Stresstest bestanden habe. Anschließend behauptet er, die Bahn habe die Vertraulichkeit gebrochen und als Erste erklärt, dass Stuttgart 21 den Stresstest bestehe.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Anschließend gibt er zu, dass er selbst die Vertraulichkeit gebrochen hat – aber nicht aus Originalunterlagen und nur im Hintergrund. Aber Verkehrsminister Hermann ist ein ehrenwerter Mann.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU)

Herr Ministerpräsident, er hat dieser Tage im Grunde in dreifacher Hinsicht zugestanden, in der Öffentlichkeit die Unwahrheit gesagt zu haben.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Fasching ist noch nicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber bei euch schon!)

Er hat behauptet, kein Interview gegeben zu haben, und damit die Unwahrheit gesagt. Er hat behauptet, er sei nicht informiert gewesen, und hat dabei die Unwahrheit gesagt. Und er hat der Bahn unterstellt, als Erste die Vertraulichkeit gebrochen zu haben. Dabei war er es selbst.

Herr Ministerpräsident, kein wahrheitsliebender Katholik kann so jemanden in seinem Kabinett dulden.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Wann, Herr Ministerpräsident Kretschmann, befreien Sie Ihr Kabinett von dieser ehrenwerten Gesellschaft?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von der SPD: Eine peinliche Rede war das!)

Präsident Willi Stächele: Wir haben nun die zweite Abgeordnetenrunde beendet. Ich erteile dem Herrn Innenminister das Wort.

Innenminister Reinhold Gall: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich hatte in den zurückliegenden Wochen und Monaten alle Beteiligten, die in irgendeiner Form von Stuttgart 21 tangiert sind, gebeten, an keiner Stelle Öl ins Feuer zu gießen, und zur Besonnenheit geraten. Deshalb, Herr Kollege Rülke, erspare ich es mir, Ihre eben gemachten Ausführungen an dieser Stelle zu bewerten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die können Sie gern widerlegen!)

Mit den Stichworten „ehrenwert“ und „ehrenhaft“ sollte man keine solchen Scherze treiben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, das Thema Stuttgart 21 nimmt – wer möchte dies bezweifeln? – nach wie vor breiten Raum in der öffentlichen Wahrnehmung und vor allem auch in der öffentlichen Diskussion ein. Deswegen diskutieren wir am heutigen Tag wieder einmal über dieses Thema.

Man mag für oder gegen Stuttgart 21 sein. Am Schluss der Verfahren, die wir miteinander besprochen haben, nämlich der Schlichtung und auch des Volksentscheids, mag es – wenn man diesen Termin wählen will – Gewinner und Verlierer geben. Wer aber auf gar keinen Fall am Ende dieses Prozesses zu den Verlierern gehören darf, sind die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Werte Kolleginnen, werte Kollegen, wir sind uns von links nach rechts sicherlich einig: Unsere Gesellschaft braucht natürlich Diskussionen, sie braucht auch politischen Streit und Diskurs, gerade bei Themen, bei denen sich nicht alle einig sind. Wir brauchen am Schluss aber auch Kompromisse. Diese Prozesse müssen in einer Zivilgesellschaft ausschließlich auf einer Basis der Vernunft und vor allem auf der Basis von Gewaltfreiheit geführt werden.

Es kann nicht sein, meine Damen und Herren, dass gesellschaftliche Konflikte auf dem Rücken derer ausgetragen werden – im Übrigen nicht zum ersten Mal bei diesem Thema –, die sich tagtäglich für unser aller Gemeinwohl einsetzen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte haben sich verpflichtet; ja, sie haben einen Eid geschworen. Ich kann jedem in diesem Haus einfach einmal anbieten, bei einer Vereidigung von jungen Polizeianwärterinnen und Polizeianwärtern zugegen zu sein

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

und sich davon zu überzeugen, mit welcher Ernsthaftigkeit sie diesen Eid leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie leisten diesen Eid – –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sagen Sie es nach hinten!)

– Ich sage es auch in die Öffentlichkeit hinaus, Herr Kollege Zimmermann.

Sie verpflichten sich mit diesem Eid, später ihre Funktion in den Reihen der Polizei neutral auszuführen. Ihre Tätigkeit ist allein bestimmt durch geltendes Recht und durch Gesetz.

(Zuruf: Wie beim Minister!)

Keine und keiner unserer Polizeibeamtinnen und -beamten handelt willkürlich, etwa nach eigener Meinung oder vielleicht nach eigenem moralischem Empfinden.

Man könnte es auch so sagen: Sie überwachen, wenn man so will, in ihrem Berufsalltag täglich in den Städten und Gemeinden unseres Landes die Einhaltung eines Vertrags, den sich

(Minister Reinhold Gall)

unsere Gesellschaft nach Überwindung einer unsäglichen Zeit selbst gegeben hat – eines Vertrags, der Freiheit, Würde, Recht und Schutz der Menschen garantieren soll.

Ich muss ehrlicherweise sagen: Die Diskussionen, die man schon wahrnehmen musste, im Nachgang zum 30. September des letzten Jahres, aber auch im Nachgang zum 20. Juni dieses Jahres – Frau Razavi, da will ich Sie einmal direkt ansprechen. An diesem Tag ist der Rechtsstaat nicht eingeknickt. Unsere Polizei hat sich zu Beginn der gewalttätigen Auseinandersetzungen dort klug verhalten. Denn sie wäre zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Gewalttätigkeiten nicht in der Lage gewesen, den Konflikt so zu lösen, wie sie ihn dann gegen Mitternacht gelöst hat.

(Abg. Thomas Blenke CDU meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

– Sofort, Herr Präsident. – Ich will ausdrücklich sagen: Die Diskussionen in diesem Zusammenhang haben eine Geringschätzung der Polizei offenbart, die mich nicht nur nachdenklich,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Im Gegenteil!)

sondern auch überaus betroffen gemacht hat und die wir und die ich als Innenminister so nicht hinnehmen können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann stellen Sie es klar!)

– Ich spreche das hier gar nicht an.

Präsident Willi Stächele: Kollege Blenke, bitte stellen Sie Ihre Zwischenfrage.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Innenminister, der Herr Verkehrsminister sprach vorhin in seiner Rede von zivilisierenden Polizeieinsätzen. Können Sie mir sagen, was die Landesregierung unter zivilisierenden Polizeieinsätzen versteht?

Innenminister Reinhold Gall: Kollege Blenke, gestatten Sie, ich komme im Laufe meiner Rede noch darauf zu sprechen.

Wenn es ein Missverständnis gegeben haben sollte, was den Respekt gegenüber der Polizei anlangt, habe ich diejenigen gemeint, die Gewalt ausüben, und niemanden in diesem Haus – um dies ganz deutlich zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Denn, meine Damen und Herren, dort unten am Bauzaun stehen nämlich auch jetzt zu dieser Zeit, in der wir über dieses Thema debattieren, Polizeibeamtinnen und -beamte, die tagtäglich in ihren Dienststellen, wenn sie nicht in Stuttgart Dienst tun müssen, für die Sicherheit der Menschen in unserem Land eintreten, die den Eltern ihre Kinder zurückbringen, die als vermisst galten, später dann vielleicht auch einmal den einen oder anderen betrunkenen Jugendlichen zu seinen Eltern heimbringen. Dort stehen diejenigen, die in ihrem Dienst Prävention an Schulen betreiben, um die Kinder auf den Verkehr aufmerksam zu machen, die die Kinder in die Lage versetzen, sich zukünftig im Straßenverkehr bewegen zu können. Dort stehen diejenigen, die Opfer schwerster Gewalttaten be-

gleiten und sie häufig auch trösten, und diejenigen, die vor allem dafür sorgen, dass diejenigen, die diese Opfer verursacht haben, dingfest gemacht werden können. Dort stehen diejenigen Polizeibeamtinnen und -beamten, die bei einer Amoklage in einer Schule unter Einsatz ihres Lebens dorthin gehen und versuchen, Schlimmeres zu verhindern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wissen wir alles! Jetzt kommen wir wieder zu Stuttgart 21!)

Was will ich damit sagen, meine Damen und Herren? Dies sind Menschen, die sich in den Dienst unserer Gesellschaft stellen, die sich für diesen Beruf entschieden haben, weil sie Menschen helfen wollen und weil sie vor allem auch für das Recht in unserem Land eintreten möchten. Es sind Menschen wie wir. Ich sage dies so. Viele von uns kennen einige davon, weil sie in der Nachbarschaft wohnen, weil sie in den Vereinen unseres Landes tätig sind und dort Mitglied sind, weil sie dort auch ehrenamtlich tätig sind, weil sie sich in unsere Gesellschaft einbringen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir glauben Ihnen das alles! Nun zu Stuttgart 21! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie sind wirklich ein ehrenwerter Mann, aber Sie lenken deutlich vom Thema ab!)

Meine Damen und Herren, dort tun Leute seit Monaten ihren Dienst, z. B. auch um das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht in Stuttgart zu gewährleisten, die an jedem Montag – das ist jetzt die Gegenseite – dafür sorgen, dass sich die Menschen, die zu Tausenden auf die Straße gehen, bei ihren Protestdemonstrationen im Verkehrsraum sicher fühlen können. Denn sie bewegen sich zu Fuß oder mit dem Fahrrad auf Hauptverkehrsachsen dieser Stadt.

Meine Damen und Herren, diesen Vorspann habe ich deshalb gemacht, Herr Kollege Röhm, weil ich in den letzten Tagen und Wochen wirklich viel mit den dort eingesetzten Beamtinnen und Beamten gesprochen habe. Ich habe versucht, anzudeuten, dass ich damit weniger die Mitglieder dieses Hauses anspreche, sondern die Bürgerschaft unseres Landes. Bei diesen Gesprächen hat fast alle eines geeint – es sind vorwiegend junge Menschen, die dort ihren Dienst tun –, nämlich ein hohes Maß an Frustration und ein völliges Unverständnis dafür, dass sie allein durch ihren Dienst in den Reihen der Polizei bei nicht Wenigen in diesem Land zum Hassobjekt und zum Prellbock gemacht werden, von denen einige Hundert meinen, ihre Wut und ihre vermeintliche Ohnmacht nach Lust und Laune an ihnen ausleben zu können, die man herumschubsen, die man bespucken und gegen die man auch handgreiflich werden kann.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Diese Worte haben wir im Untersuchungsausschuss vermisst!)

Das wirklich Schlimme daran ist, dass dies in der Zwischenzeit nicht mehr nur am Bauzaun in Stuttgart geschieht, sondern dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte dies in ihrem täglichen Streifendienst quer durchs Land erleben müssen.

Deswegen will ich sagen: Dort unten stehen keine Objekte, sondern Menschen wie wir, die Achtung und Respekt verdient haben, wie im Übrigen – auch das füge ich an und will ich

(Minister Reinhold Gall)

ausdrücklich betonen – jeder Demonstrationsteilnehmer Achtung und Respekt verdient, wenn er unser geltendes Recht und die Gesetze achtet und die Rechtsordnung einhält.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Wenn etwas falsch gemacht wird – auch das will ich ausdrücklich sagen –, dann wird dies transparent aufgearbeitet. Das war in der Vergangenheit so, und das wird auch in Zukunft so sein.

Ich stelle mich als Innenminister auch gern den Fragen – auch nach dem 20. Juni dieses Jahres – nach der Notwendigkeit des Einsatzes von zivilen Beamten, die gestellt werden. Dabei sollte es nach meinem Dafürhalten allerdings eigentlich selbstverständlich sein, dass eine Beamtin oder ein Beamter im kriminalpolizeilichen Bereich in Zivil arbeitet und dabei zum Selbstschutz natürlich auch bewaffnet ist.

Ich glaube, meine Damen und Herren – Herr Röhm und Frau Razavi, da stehen wir alle in der Pflicht, und darum sind mit meinen Worten hier im Plenum keine Vorwürfe an die Legislative verbunden; das will ich noch einmal deutlich machen –, die Politik einerseits, aber auch unsere Bürgergesellschaft in Baden-Württemberg andererseits stehen in der Pflicht, den Menschen, die täglich unsere Sicherheit gewährleisten, Achtung und Respekt entgegenzubringen. Wenn wir allesamt – jeder nach seinen Möglichkeiten; Kollege Schmiedel hat gesagt: Worte sind im Zweifel auch Waffen; um es einmal so deutlich zu sagen – dazu beitragen, dass friedlicher Protest und meinetwegen auch ziviler Ungehorsam nicht in Gewalt umschlagen,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ziviler Ungehorsam?)

dann, finde ich, sind wir auf einer guten Linie. Ich will ausdrücklich sagen: Auch diejenigen, die gegenwärtig im Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 an vorderster Stelle aktiv sind, haben klare Zeichen gegeben, diese Linie künftig mitzutragen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ziviler Ungehorsam?)

Meine Damen und Herren, man darf in der Tat Einsatzmaßnahmen der Polizei kritisch hinterfragen. Das ist okay. Gegebenenfalls darf man sie sogar anklagen, keine Frage. Aber sich ihnen zu widersetzen, dies ist nicht zu akzeptieren. Deshalb werbe ich mit meiner Wortmeldung einfach um einen Schulterchluss aller Beteiligten in dieser Auseinandersetzung im Interesse derer, die die Sicherheit in unserem Land gewährleisten. Denn auch diese Menschen in Uniform sind Bürger, haben Familie, und auch deren physische und psychische Belastbarkeit hat Grenzen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wissen wir!)

Denen muss ich beantworten, wie weit eine Deeskalationsstrategie geht und wo der Graubereich der Strafvereitelung anfängt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das müssen Sie nicht uns sagen!)

Ich sage: Deeskalation so weit wie irgend möglich, aber nicht grenzenlos. Für diese Linie werbe ich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Willi Stächele: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, bitte ich die Mitglieder des Ständigen Ausschusses, sich sofort in den Friedrich-Ebert-Saal zu begeben, wo jetzt unmittelbar nach Unterbrechung der Plenarsitzung eine Ausschusssitzung stattfindet.

Damit treten wir jetzt in die Mittagspause ein. Ich schlage vor, die Sitzung um 15:00 Uhr mit der Regierungsbefragung fortzusetzen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung: 14:00 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:02 Uhr)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Die Regierungsbefragung besteht aus zwei Teilen. Für den ersten Teil schlägt die Regierung das Thema vor. Dieser erste Teil dauert maximal 30 Minuten. Im zweiten Teil werden die Themen der Opposition aufgerufen.

Das Staatsministerium hat uns das folgende zentrale Thema der letzten Kabinettsitzung mitgeteilt:

Bilanz der Ausbildungssituation in Baden-Württemberg – Bericht zum Spitzengespräch am 10. Juni 2011

Minister Dr. Schmid wird für die Landesregierung zu diesem Thema die einleitende Erklärung abgeben.

Herr Dr. Schmid, ich bitte um Ihre einleitenden Worte.

B i l a n z d e r A u s b i l d u n g s s i t u a t i o n i n
B a d e n - W ü r t t e m b e r g – B e r i c h t z u m
S p i t z e n g e s p r ä c h a m 1 0 . J u n i 2 0 1 1

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin beeindruckt: Das Spitzengespräch zur Ausbildungssituation in Baden-Württemberg war das wichtigste Thema der letzten Kabinettsitzung.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Was soll uns das jetzt sagen?)

– Eigentlich wollten wir noch einmal die Donaustategie bringen. Aber Herr Minister Friedrich ist weg. Deshalb ist jetzt das zweitwichtigste Thema dran.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir hatten den Eindruck, ihr wolltet anfangen zu arbeiten!)

Am 10. Juni 2011 haben wir das Spitzengespräch zur Ausbildungssituation in Baden-Württemberg geleitet. Dort haben

(Minister Dr. Nils Schmid)

wir zum ersten Mal eine gemeinsame Bilanz des Ausbildungsbündnisses durch Landesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften vorgelegt. Das ist deshalb positiv, weil wir alle Kräfte bündeln müssen, um die Berufsausbildung zu stärken; denn laut Prognos-Gutachten werden in Baden-Württemberg schon im Jahr 2015 rund 120 000 beruflich qualifizierte fehlen. Der Trend geht zur Hochschulbildung. Aber wir brauchen neben den Akademikern genauso dringend beruflich qualifizierte Fachkräfte. Landesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften müssen deshalb mit einer Zunge sprechen, wenn sie mit ihrem Anliegen, die duale Ausbildung attraktiver zu machen, Gehör finden wollen.

Ich freue mich, dass mit diesem Spitzengespräch ein öffentlicher Startschuss für einen Schulterschluss aller Beteiligten zugunsten der Berufsausbildung in unserem Land gegeben wurde.

Zu den Ergebnissen: Das Bündnis formuliert zehn Ziele, die ich unter zwei Oberzielen zusammengefasst darstellen möchte.

Wir müssen erstens die duale Ausbildung attraktiver machen, gerade auch für leistungsstarke Jugendliche, beispielsweise für diejenigen, die das Abitur haben.

Zweitens: Allen leistungsschwächeren Jugendlichen muss der direkte Einstieg in eine betriebliche Ausbildung ermöglicht werden. Wir können es uns nicht leisten, auch nur einen Jugendlichen ohne Chance auf Ausbildung auf der Strecke zu lassen. Dies wäre weder im Interesse der Jugendlichen noch im Interesse der Unternehmen, die künftig jeden Einzelnen brauchen werden.

Dieses Ausbildungsbündnis läuft bis 2014; deshalb können zum jetzigen Zeitpunkt selbstverständlich noch nicht alle Ziele erreicht sein. Mein Haus hat aber bereits einige neue Maßnahmen auf den Weg gebracht. Zur Steigerung der Attraktivität der dualen Ausbildung und zur Gewinnung der leistungstärkeren Jugendlichen wird im Herbst eine Imagekampagne gestartet werden. So werden die Abiturienten, die im kommenden Jahr wegen des doppelten Abiturjahrgangs in höherer Zahl die Gymnasien verlassen werden, gezielt auf die Chancen und Möglichkeiten einer beruflichen Ausbildung hingewiesen.

Außerdem fördern wir seit dem 1. Juni 2011 Ausbildungsbotschafter. Das sind Azubis, die in Schulen für ihren Beruf und damit für eine betriebliche Ausbildung werben sollen. Als fast Gleichaltrige wirken sie authentisch und können sicher manchen noch Unentschiedenen für eine Ausbildung im dualen System begeistern. Diese Ausbildungsbotschafter werden im ganzen Land aktiv sein. Koordiniert wird dies durch eine Leitstelle, in der Industrie- und Handelskammertag, Handwerkstag, Arbeitgeberverbände und DGB zusammenarbeiten.

Ich halte dies für ein erfreuliches Beispiel dafür, wie die eingangs beschriebene Bündelung der Kräfte in die Tat umgesetzt wird. Das Projekt „Ausbildungsbotschafter“ und die Imagekampagne sind bis Anfang 2012 finanziert. Ich werde mich dafür einsetzen, dass diese Projekte danach fortgesetzt werden können. Darüber werden wir im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2012 beraten.

Hinsichtlich des zweiten Ziels, benachteiligte Jugendliche zu fördern, möchte ich auf ein aktuelles Projekt meines Hauses hinweisen, das ebenfalls vor Kurzem gestartet ist: Das sind die sogenannten Sommerkollegs. Mit diesen Kursen wird während der Sommerferien, also noch in diesem Jahr, schwächeren Hauptschulabgängern die Möglichkeit gegeben, sich für eine Ausbildung fit zu machen. Es handelt sich dabei um junge Leute, die bislang noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Sie sollen über den Sommer hinweg so weit vorbereitet werden, dass doch noch der direkte Einstieg in eine Berufsausbildung gelingt.

Die Ausschreibung für diese Sommerkollegs ist auf große Resonanz gestoßen. An insgesamt 28 Standorten im ganzen Land werden wir erproben, ob es gelingen kann, den Jugendlichen den Aufenthalt im sogenannten Übergangsbereich zu ersparen. Denn dieser hat sich in der Vergangenheit allzu oft als bloße Warteschleife entpuppt. Wenn es gelingen sollte, durch die Sommerkollegs schwächere Jugendliche direkt in eine betriebliche Ausbildung zu vermitteln, dann beabsichtigen wir, solche Kollegs auch im nächsten Jahr anzubieten.

Zur aktuellen Ausbildungssituation kann ich festhalten: Die Konjunktorentwicklung, der Aufschwung, wirkt sich sehr positiv aus. Die Anzeichen sind mehr als günstig. Bei den Arbeitsagenturen sind jetzt – Stand Frühjahr 2011 – eine gleich hohe Anzahl von Bewerbern, aber 13 % mehr Ausbildungsstellen gemeldet als im Vorjahr. Sowohl bei den Industrie- und Handelskammern als auch bei den Handwerkskammern sind Ende Mai 2011 über 10 % mehr Ausbildungsverträge eingetragen als im Vorjahr. Dies zeigt, dass die Unternehmen den Ernst der Lage begriffen haben und nicht am falschen Ende sparen. Im Gegenteil: Sie sichern sich jetzt die Fachkräfte von morgen.

Ich rechne daher für den Beginn des Ausbildungsjahrs 2011 im September fest mit einer deutlichen Zunahme der Zahl der neuen Ausbildungsverträge. Herausforderungen bleiben jedoch noch immer die Altbewerber sowie andere junge Leute, denen wir helfen müssen. Aber unter dem Strich sehen wir gute Voraussetzungen dafür, dass wir im neuen Ausbildungsjahr hoffentlich mit weiteren positiven Botschaften aufwarten können.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Nun können Fragen gestellt werden. – Kollege Dr. Löffler, bitte.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Minister, Sie sprechen davon, dass Sie Sommerkollegs initiieren möchten für benachteiligte Jugendliche – wer auch immer nach Ihrer Auffassung benachteiligt ist. Wir haben etwa 5 000 Jugendliche, die direkt in das Erwerbsleben gehen, und etwa 500 Jugendliche, die unversorgt sind. Wie motiviert man diese benachteiligten Jugendlichen, an einem solchen Sommerkolleg überhaupt teilzunehmen, wenn es offenbar für viele interessanter ist, direkt ins Erwerbsleben zu gehen oder Transferleistungen zu beanspruchen?

Der zweite Teil der Frage: Es findet ein Paradigmenwechsel statt; Sie haben es angesprochen. Künftig werden wesentlich

(Dr. Reinhard Löffler)

mehr Jugendliche für eine Ausbildung nachgefragt, und es gibt immer weniger Jugendliche, die für eine duale Ausbildung bereit sind. Das heißt, Unternehmen müssen für Jugendliche attraktiver werden. Es ist zwar eigentlich nicht Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass Unternehmen attraktiv werden, aber was tun Sie in Zusammenarbeit mit den Unternehmen, um dazu beizutragen, dass sie attraktive duale Ausbildungsplätze anbieten? Ich glaube, in den nächsten zehn, 20 Jahren wird sich noch in vielen anderen Bereichen die Tendenz verstärken, dass die Unternehmen um Mitarbeiter, um Fachkräfte und um duale Ausbildung werben müssen und es nicht umgekehrt sein wird.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es war bisher üblich, dass jede Frage sofort beantwortet wird.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Frau Präsidentin, Herr Löffler, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Clou bei den Sommerkollegs ist, dass Leute von den Kammern in die Schulen gehen und gezielt die sogenannten leistungsschwächeren Jugendlichen ansprechen. Das sind vor allem diejenigen, die noch keinen Ausbildungsplatz erhalten haben. Diese werden dann motiviert, in die Sommerkollegs zu gehen, damit sie sich fit machen für den Einstieg in die berufliche Ausbildung.

Sie haben recht: Insbesondere in der Vergangenheit gab es immer wieder Fälle, dass Jugendliche ohne Ausbildung direkt den Einstieg in den Beruf gewählt haben, weil sie gemeint haben, man verdient ja etwas, wenn man arbeitet oder vielleicht gar noch übers Wochenende arbeitet. Wir wollen dem entgegenwirken, indem wir für das Werben, was eine duale Ausbildung bringt, nämlich Nachhaltigkeit am Arbeitsmarkt. Denn die Erfahrung derjenigen, die Sie beschrieben haben, die sich für den Direkteinstieg entschieden haben, ist, dass sie in ihrem weiteren beruflichen Fortkommen Handicaps haben, weil sie eben keine Ausbildung haben und als Erste von Arbeitslosigkeit bedroht werden – deshalb die Initiative, sie, wie gesagt, über die Kammern noch einmal gezielt anzusprechen.

Das andere ist, dass die Unternehmen selbst für die duale Ausbildung werben sollen. Es ist ja auch der Sinn des Bündnisses für Ausbildung, dass man gemeinsam mit den Verbänden und Kammern dafür wirbt, dass auch die Unternehmen für duale Ausbildung eintreten. Das können wir, der Staat, nicht machen. Wir werden das auch im Bündnis weiter besprechen, so, wie wir jetzt auch das Modell der Sommerkollegs gemeinsam mit den Kammern entwickelt haben, um dann die Leute aus den Kammern und damit aus der betrieblichen Realität an die Schulen zu schicken.

Das Gleiche gilt auch bei dem Modell der Ausbildungsbotschafter. Es sind nicht direkt Leute aus den Betrieben im Sinne von erwachsenen Beschäftigten, die dort hingehen, sondern es sind Gleichaltrige, die die duale Ausbildung durchlaufen haben oder noch durchlaufen und dann bei den Jugendlichen dafür werben, dass eine duale Ausbildung eine nachhaltige Investition für die Arbeitsmarktchancen dieser jungen Leute ist.

Aber alle Bemühungen eines Ausbildungsbündnisses können nicht verhindern, dass vielleicht im Einzelfall ein Jugendlicher so kurzfristig ist, dass er meint, der Direkteinstieg sei besser. Das werden wir nicht verhindern können. Wir tun aber

alles, um mit diesen Maßnahmen möglichst viele Jugendliche in die Ausbildung zu bekommen. Es ist im wohlverstandenen Interesse unserer Wirtschaft, aber auch unserer gesamten Gesellschaft, dass die Leute von Anfang an eine gute Berufsausbildung haben. Die Zahlen in der Arbeitslosenstatistik sind da eindeutig: Wer eine gute Berufsausbildung hat, hat auch eine deutlich höhere Chance, das ganze Erwerbsleben hindurch in Arbeit und Beschäftigung zu sein.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Danke schön. – Die nächste Frage stellt Herr Abg. Lehmann von der Fraktion GRÜNE.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Minister Schmid, ich habe in der Veröffentlichung Ihres Hauses vom 10. Juni anlässlich der Pressekonferenz, die vom Bündnis gegeben wurde, gelesen – das gab es gefühlt eigentlich schon immer –, dass die Ausbildungsstatistik zum September 520 Unversorgte aufwies. Die neue, erweiterte Statistik, die jetzt von der BA gemacht wird, zeigt, dass nach diesem Zeitpunkt eigentlich noch eine ganze Menge passiert. Bis zum Ende des Jahres strebten nämlich 5 165 Jugendliche einen Ausbildungsplatz an, ohne bis dahin einen bekommen zu haben, und letztlich haben nur 890 dieser 5 165 Jugendlichen den Weg der beruflichen Ausbildung wahrgenommen. Dazu gehört sicherlich auch die Problematik „Ausbildungsabbruch in den ersten Monaten“. Meine Frage dazu lautet: Welche Verständigung haben Sie im Bündnis für Ausbildung in diesem Bereich erreicht, welche Maßnahmen sollen getroffen werden?

Ein zweiter Punkt, der mich interessiert: Von den 41 000 Jugendlichen, die schulische Bildungsgänge ohne Berufsabschluss wahrnehmen, befinden sich 24 900 in Bildungsgängen, die beruflich teilqualifizieren. Darüber wurde im Bündnis für Ausbildung sicherlich auch gesprochen. Welche Perspektive wird hier eröffnet, auch im Hinblick auf die Bündnispartner? Welche Maßnahmen werden ergriffen, damit diese Ausbildungszeit als Lehrzeit anerkannt wird? Dies betrifft immerhin eine erkleckliche Zahl von jungen Leuten.

Danke.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Bei beiden Punkten wird von der präsentierten Statistik ausgegangen, Herr Lehmann. In dieser Runde des Ausbildungsbündnisses war der entscheidende Gewinn im Vergleich zu den Vorjahren, dass alle Betroffenen an einem Tisch saßen, dass inklusive der Gewerkschaften alle beteiligt wurden. Zum ersten Mal saßen diese Vertreter nicht nur an einem Tisch und haben dies sozusagen besiegelt, sondern es hat auch die erste gemeinsame Auswertung, die erste gemeinsame Bilanz eines Ausbildungsjahres mit einer gemeinsamen Interpretation vorgelegen.

Dies ist nur deshalb gelungen, weil man die Statistiken, die Sie zitiert haben, deutlich differenzierter als in der Vergangenheit geführt hat. In der Vergangenheit gab es immer ein Schwarz-Weiß. Die eine Seite – tendenziell waren dies die Arbeitgeber – hat gesagt: Alles großartig, jeder, der will, bekommt etwas. Ich verkürze das. Die andere Seite – tendenziell waren dies die Gewerkschaften – hat gesagt: Das reicht nie und nimmer, die Leute hängen in Warteschleifen; das ist schöngerechnet.

(Minister Dr. Nils Schmid)

Der Vorteil der jetzigen Vorgehensweise ist, dass man jetzt sehr differenziert absichten kann, an welchen Stellen eine Versorgung vorhanden ist. Beispielsweise betrifft dies Bereiche, in denen Jugendliche eine berufliche Teilqualifizierung erhalten.

In der erwähnten Sitzung des Bündnisses haben wir keine konkreten Schritte besprochen, wie wir mit der Situation umgehen. Im Koalitionsvertrag haben wir aber festgelegt, dass wir genau diesen Punkt angehen wollen. Wir streben an, dass die Teilqualifikation anschlussfähig hin zu kammerzertifizierten Abschlüssen ist. Das ist die Anerkennung, die die Jugendlichen brauchen.

Genau dies werden wir weiter besprechen. Wir werden es von unserer Seite aus auch mit Ihnen besprechen. Wir haben dabei den Koalitionsvertrag als Arbeitsgrundlage. In der einen Runde haben wir es noch nicht festgelegt.

Wir haben eine sehr gute Ausgangsbasis, weil jetzt alle Beteiligten wissen, worüber wir reden, sodass wir es entsprechend anerkennen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Danke schön. – Gibt es weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall.

Herzlichen Dank, Herr Minister Dr. Schmid.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Es gibt keine weiteren Fragen? Gar nichts mehr?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist der erste Teil der Regierungsbefragung beendet.

Wir kommen jetzt zum zweiten Teil, in dem die Opposition ein Thema vorschlagen kann. Die CDU-Fraktion hat die Möglichkeit, ein Thema vorzuschlagen.

Frau Abg. Razavi, bitte schön.

A l t e r n a t i v e T r a s s e n p l a n u n g f ü r d i e R h e i n t a l b a h n

Abg. Nicole Razavi CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Unsere Frage richtet sich an Herrn Minister Hermann. Thema Rheintalbahn: In dem grün-roten Koalitionsvertrag führt die Landesregierung aus, dass sie bei der Rheintalbahn nur Gelder für Maßnahmen des Lärmschutzes bereitstellen wolle. Diese Gelder werden zusätzlich noch unter Finanzierungsvorbehalt gestellt. Herr Minister – erstens –: Ist diese Aussage so zu verstehen, dass die Landesregierung für alternative Trassenführungen keine Mittel bereitstellen würde?

Zweitens: Sieht die Landesregierung keine Notwendigkeit, für die Bevölkerung eine besonders verträgliche Trassenführung zu schaffen, die gegebenenfalls auch über den derzeit gesetzlich erforderlichen Standard hinausgeht?

Drittens: Resultiert diese falsche Einschätzung der Landesregierung aus dem seitens der Fraktion GRÜNE beauftragten Rechtsgutachten, wonach – ein zweifelhaftes Argument gegen Stuttgart 21 – eine Mitfinanzierung rechtswidrig ist?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erhält der Herr Minister.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Ausbau der Rheintalbahn hat für die Landesregierung eine ganz hohe Bedeutung. Wir haben ihm ausdrücklich eine lange Passage im Koalitionsvertrag gewidmet, weil wir glauben, dass der Ausbau im Rheintal eigentlich das verkehrspolitisch wichtigste Projekt für den Ausbau des Güterverkehrs in Deutschland und in Europa ist. Die bisherige Planung im Rheintal – das wissen Sie sehr gut – war aus der Perspektive der Bahn gemacht und weitgehend gegen die Bürgerinteressen. Wir haben festgestellt, dass entlang des Rheintals in fast allen betroffenen Gemeinden – querbeet von allen Parteien, von allen Fraktionen durch einstimmige Gemeinderatsbeschlüsse unterstützt – eine alternative Trassenplanung gefordert wird.

Ich persönlich habe mich schon seit vielen Jahren, auch als Mitglied des Deutschen Bundestags und zuletzt als Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Bundestags, dafür eingesetzt, dass es im Rheintal zu einer bürgerfreundlichen, lärmarmen Umplanung kommt und dass wir Abstand nehmen von dem, was angedacht oder in der Planung zum Teil auch fortgeschritten war. Wir haben es außerordentlich begrüßt, dass das Regierungspräsidium in Freiburg die Pläne in Offenburg gestoppt und klargemacht hat, dass man nicht gegen Recht planen und gegen Lärmschutzpläne und Lärmschutzziele der Europäischen Union im deutschen Recht verstoßen kann. Deswegen wollen wir, die Landesregierung, alles tun, dass wir zu einer anderen Trassenführung kommen.

Wie Sie wissen, bin ich als Verkehrsminister automatisch im Beirat zum Ausbau der Rheintalbahn. Dort wird zusammen mit den Bürgergruppen, den Repräsentanten der Region und der Bahn unter der Maßgabe „lärmarm und kommunalfreundlich“ über eine alternative Planung geredet, dass man also nicht die Kommunen durch Trassen mit hohen Lärmwänden zerschneidet, sondern dass man bürgerfreundliche Alternativen findet. Bisher hat dieser Beirat im Konsens schon vieles erreicht. Es ist etwas verändert worden, was man sich vor Jahren nicht vorstellen konnte. Einige haben gesagt: Wir wollen kein Stuttgart 21 im Rheintal. Deswegen gehen wir auf die Bürgerinnen und Bürger zu und planen um.

Wir unterstützen das. Die Landesregierung und die Koalition haben sich natürlich auch Gedanken über die Finanzierung gemacht. Die alte Landesregierung hatte ja auch Zusagen gegeben. Wir haben klipp und klar gesagt: Das Land wird sich an zusätzlichen Maßnahmen, die dem Lärmschutz dienen und die nicht durch Recht und Gesetz zwingend dem Bund vorzuschreiben sind, beteiligen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Und die alternativen Trassierungen?)

Wir werden uns auch dann an Umplanungen beteiligen, wenn sie dem Lärmschutz dienen, den die alte Trasse nicht geliefert hätte. Darauf können wir uns auch einlassen.

Allerdings wollen und können wir nicht – das kann ich für diese Koalition ganz klar sagen – die Kosten des Bundes übernehmen. Wenn der Bund eine Trasse, die nicht planbar ist und die nicht planfestgestellt werden kann, falsch plant, dann ist es die Aufgabe und die Funktion des Bundes, seine Trassen zu bezahlen. Es ist zuallererst die Aufgabe des Bundes, Bundesbahnschienenwege zu finanzieren. Dann muss ich an dieser

(Minister Winfried Hermann)

Stelle schon auch sagen: Der Ausbau im Rheintal ist nicht nur ein Problem der Fehlplanung gegen die Bürger, sondern auch der mangelnden Finanzierung.

Das größte Problem ist, dass der Ausbau der Rheintalstrecke zwischen Karlsruhe und Basel insgesamt etwa 6 Milliarden € kostet und wir eigentlich 2018 fertig sein müssten, um die Anschlüsse an die Schweiz zu bekommen. Dort sind dann die Alpentunnel fertig, und die Alpenquerung auf der Schiene ist neu geregelt. Da werden wir nicht fertig, weil zwei Drittel der Ausbaumaßnahmen noch nicht erfolgt sind und bisher übrigens überhaupt erst höchstens ein Zehntel dieser etwa 4 Milliarden €, die wir in den nächsten zehn Jahren brauchen, vom Bund finanziert ist.

Das heißt, wir alle hier im Landtag müssen uns – und zwar über alle Fraktionsgrenzen hinweg – bei unseren Fraktionen im Bundestag dafür starkmachen, dass wir mehr Mittel bekommen und die Rheintalbahntrasse schneller ausbauen können.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Zuerst müssen wir einmal die Planung haben!)

Denn sonst werden wir im Rheintal ein ziemliches Verkehrschaos haben, wenn die Schweiz ab 2018 sozusagen die Grenzen dichtmacht

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir müssen zuerst die Planung haben!)

und bei uns der Transport noch weitgehend über Lkw-Verkehr läuft und wir an der Schweizer Grenze Verladeprobleme haben. Ich bitte Sie also sehr und herzlich um Unterstützung.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Gibt es weitere Fragen zu diesem Thema? – Herr Kollege Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Minister, Sie haben auch von unserer Fraktion die Unterstützung, wenn Sie sich nachdrücklich dafür einsetzen und das, was durch die vorherige Landesregierung an Rahmenbedingungen für die Unterstützung gegeben worden ist, nach wie vor aufrechterhalten. Dann werden wir uns gemeinsam für einen menschen- und umweltverträglichen Ausbau des dritten und vierten Gleises einsetzen.

Allerdings ist bei dem Vorlauf, den die Diskussion um eine Finanzbeteiligung des Landes hatte, der eine Satz, den Sie dazu gesagt haben, etwas spärlich. Im Koalitionsvertrag steht zum einen nun einmal ausdrücklich, dass es einen Finanzierungsvorbehalt gibt. Vielleicht können Sie als Fachminister an dieser Stelle etwas zur Bedeutung des Finanzierungsvorbehalts sagen.

Zum anderen wird darin nur das Stichwort Lärmschutz aufgegriffen. Wir haben in einer früheren Regierungsbefragung der jetzigen Fraktionsvorsitzenden der Grünen sehr genau zugehört, als es um die rechtliche Bewertung von Stuttgart 21 und um die Frage gegangen ist, ob das Land die Beteiligung auch an Kosten für Trassierungen anbieten kann.

Die alte Landesregierung hatte bisher die Auffassung vertreten: Wir stehen auch als Unterstützer der Interessen der Region zur Verfügung und gehen mit dem Angebot einer Finanzbeteiligung für alternative Trassierungen in Verhandlungen mit Berlin. Durch die Diskussion um das Rechtsgutachten zur Kostenbeteiligung an Stuttgart 21 ist nun der Eindruck entstanden – übrigens nicht nur bei den anderen Fraktionen, sondern auch bei den Bürgerinitiativen vor Ort –, dass die neuen Regierungsfractionen und die neue Landesregierung nicht bereit sind, auch die Finanzierung von alternativen Trassen nicht auszuschließen.

Deshalb möchte ich Sie ausdrücklich fragen, ob Lärmschutz im Sinne des Koalitionsvertrags auch die finanzielle Unterstützung des Landes für alternative Trassen bedeutet.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank für Ihre Frage. – Ich dachte, ich hätte das schon gesagt. Aber ich sage gern noch einmal, dass wir uns natürlich dann an Umplanungen beteiligen, wenn sie dem Lärmschutz dienen

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ja was denn sonst?)

und wenn diese Maßnahmen auch sozusagen verrechenbar sind, wenn man sich z. B. an anderer Stelle Lärmschutz spart. Auch das muss berücksichtigt werden.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Was den Finanzierungsvorbehalt anbelangt, muss ich natürlich sagen: Wir sind im Bereich der Förderung von Verkehrsprojekten im Ministerium gerade dabei, zu bilanzieren, was alles von der alten Regierung bisher an Verpflichtungen eingegangen wurde und was wir zusätzlich noch alles machen können. Sie können auch davon ausgehen, dass ich als – so darf ich mich bezeichnen – ausdrücklicher Anhänger eines lärmschutzfreundlichen Ausbaus des dritten und vierten Gleises alles tun werde, dass wir vorankommen, dass wir hierzu auch seitens des Landes Mittel zur Verfügung stellen.

Ich will noch etwas zu Ihrem Einwand sagen. Sie beziehen sich auf das verfassungsrechtliche Gutachten von Professor Meyer. Ich habe das Gutachten von Professor Meyer immer so verstanden und bisher auch so argumentiert: Professor Meyer hat gesagt, es ist verfassungswidrig, wenn ein Land dadurch, dass es dem Bund Geld gibt, eine Maßnahme des Bundes sozusagen nach vorn zieht,

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

gewissermaßen priorisiert, also die übergeordnete Sichtweise, die der Bund haben muss, dadurch unterläuft, dass man ihn sozusagen mit Geld ins Ländle oder sonst wohin zieht. Anderswo nennt man das Sponsoring. Es gibt auch noch hässlichere Begriffe. Es ist aus der Perspektive des Bundes und der anderen Länder natürlich ein Problem, wenn sich reiche Bundesländer Bundesprojekte dadurch erkaufen können, dass sie sagen: Wenn ihr es bei uns macht, zahlen wir einen Anteil, zumindest so lange, bis ihr es machen würdet.

Das führt zu erheblichen Verwerfungen. Das war der Einwand von Professor Meyer, der gesagt hat, darin bestehe die Verfassungswidrigkeit.

(Minister Winfried Herrmann)

Wenn nun aber wie im Fall des Rheintals alle Beteiligten überzeugt sind, dass es ein richtiges Projekt ist, aber die Lärmschutzmaßnahmen und die Bürger- und Kommunalfreundlichkeit nicht gewährleistet sind, und wir für diesen Fall diese zusätzlichen Aufwendungen durch Landesmittel unterstützen, dann halte ich diese Einwände für nicht zutreffend. Deswegen kann man das meines Erachtens auch machen.

Ich habe noch eine Anmerkung. Ich bin dankbar, dass Sie das Thema noch einmal aufgegriffen haben. Vorher habe ich nur verkürzt über die Trasse und über die Lärmschutzmaßnahmen gesprochen. Tatsächlich angesagt ist jedoch: Wir müssen es im Rheintal, wo es bei der Ausbaumaßnahme am Ende um 400 bis 600 Güterzüge pro Tag geht – das ist eine extreme Belastung für die Bevölkerung und eine extreme Lärmbelastung für das gesamte Rheintal – schaffen, dass wir die modernsten Technologien beim Gleisbau, beim Gleisbett einsetzen – es gibt inzwischen neue Technologien von lärmarmen Gleisbettbauweisen; ich nenne auch das regelmäßige Gleisschleifen – und dass der Bund auf dieser Trasse lärmabhängige Trassengebühren einführt, damit dort wirklich nur die modernsten und leisesten Güterwagen fahren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber nur mit Zustimmung der EU! Das kann nicht der Bund machen!)

– Ja, da sind wir bereits mit der Europäischen Union, mit dem zuständigen Kommissar in Verhandlungen. Denn er weiß, dass in Europa zukünftig nirgendwo und schon gar nicht im Rheintal Trassen durchgebaut werden können, wenn nicht gleichzeitig bei der Technologie im Schienenverkehr in erheblichem Maß umgedacht wird.

Das Schöne ist: Eigentlich können wir technologisch alles machen. Wir haben z. B. in Karlsruhe ein Institut und einen Professor, der seit Jahren an Modellprojekten „Leiser Schienenverkehr“ arbeitet. Wir haben bundesweit eine ganze Reihe von Modellprojekten „Leiser Schienenverkehr“. Ich würde gern das ganze Rheintal zum Modellprojekt „Leiser Schienengüterverkehr“ machen und auch den Bund dazu bringen, mehr als bisher zu tun, und die Bahn dazu bringen, mehr zu tun. Wir beteiligen uns ja auch. Ich möchte, dass dies auch zum Modellprojekt der Bürgerbeteiligung wird. Wir haben eine Staatsrätin, die sich speziell um die Verbesserung der Bürgerbeteiligung bemüht. Wir haben schon verabredet, dass wir im Sommer in das Rheintal gehen und uns vor Ort um die Betroffenen kümmern.

Weil mich Frau Gönner auch einmal darauf angesprochen hat, weise ich darauf hin: Wenn man die Trasse abweichend von der bisherigen Trasse verlegt, gibt es natürlich neue Betroffenheiten. Das darf man nicht übersehen. Unser Ansatz wäre, dass wir die neuen Betroffenheiten wirklich angehen und berücksichtigen und nicht bei den neuen die alten Fehler noch einmal machen. Wir müssen wirklich an alle denken und möglichst viele Menschen berücksichtigen. Sonst wird man bei der Umplanung schnell scheitern.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es liegt eine weitere Wortmeldung des Kollegen Schwehr vor.

Abg. Marcel Schwehr CDU: Herr Minister, ich kann Ihnen jetzt nicht ganz folgen. Wenn ich den Antrag aus dem letzten Jahr richtig interpretiere, war unser primäres Ziel, bei dem uns auch die SPD zugestimmt hat – genau das Thema, das Sie angesprochen haben –, den Lärmschutz mitzufinanzieren. Dazu hat die Landesregierung ganz klar gesagt, dass sie sich beteiligen wird. Heute sagen Sie Ja, damals haben Sie dagegen gestimmt. Können Sie das noch einmal interpretieren? Punkt 1.

Punkt 2, zur Klarstellung: Dort, wo das Baurecht für die Rheintalbahn besteht, wurde das Geld vom Bund auch zur Verfügung gestellt.

(Zuruf von den Grünen: Es gibt kein Baurecht im Rheintal! – Gegenruf der Abg. Tanja Gönner CDU: Doch, das gibt es!)

– Doch, das gibt es.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: War das jetzt die Frage?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Herrmann: Vielleicht haben Sie Verständnis dafür, dass ich meine Abstimmungshaltung im letzten Jahr im Landtag nicht begründe.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen)

Ich war damals im Bundestag und habe mich im Bundestag übrigens sehr dafür eingesetzt – Sie können auch bei den Kollegen Ihrer Fraktion nachfragen –, dass wir einen möglichst überparteilichen Antrag zum Rheintal zustande bringen, der sich für die Umplanung, für eine lärmschonende Trasse, für Trassengebühren, die lärmabhängig sind, einsetzt, und dass wir Pilotprojekte machen. Wir haben das leider nicht geschafft. Am Ende hat sich auch da das Spiel „Opposition und Regierung“ durchgesetzt.

Wir hatten sozusagen getrennte Anträge. Wir hatten einen Antrag gemeinsam mit der SPD, und die CDU hatte zusammen mit der FDP einen Antrag. In der Sache waren wir aber sehr nah beieinander. Das möchte ich mir eigentlich ungern zerreden lassen. Ich glaube, dass wir bei diesem Projekt richtig weit gekommen sind. Auch im Beirat sind wir, finde ich, weit gekommen. Auch von meiner Vorgängerin im Ministeramt weiß ich – zum Teil Vorgängerin; sie hatte ja viel größere Kompetenzen als ich –,

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Das ist richtig!)

dass sie sich für das Rheintal eingesetzt hat. Ich war auch bereits im Bundesministerium und habe mit dem zuständigen Staatssekretär, der zusammen mit mir den Beirat leitet, über dieses Projekt gesprochen. Wir haben uns darüber verständigt, dass wir beide – er kommt übrigens aus Baden-Württemberg, obwohl er von der CSU ist –

(Abg. Tanja Gönner CDU: In Cannstatt geboren!)

bei diesem Projekt keinerlei Dissens haben und dass wir diese Chance nutzen sollten, auch deshalb, weil es in diesem ganzen Gebiet – im Unterschied zu Stuttgart – keine einzige Gemeinde gibt, die sagen würde: „Wir wollen keine Schienen hier.“ Alle sagen: „Wir sind der Meinung, dass wir einen bes-

(Minister Winfried Hermann)

seren Schienenverkehr brauchen. Wir wollen die Verlagerung. Wir wollen, dass etwas anderes, etwas Besseres entsteht.“

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Stuttgart sagt das auch!)

Wir stehen dem nicht im Weg, aber wir wollen eben eine Umplanung. Deswegen machen wir das.

Letzter Punkt: Sie haben nach der Finanzierung gefragt. Der Rastatter Tunnel ist schon lange fertig geplant; man könnte schon lange bauen. Er ist aber noch immer nicht finanziert. Ich muss schon sagen: Es ist ein ernsthaftes Problem, dass wir in Deutschland und auch in Baden-Württemberg so tun, als wären alle unsere Großprojekte schon finanziert. Tatsächlich sind sie krass unterfinanziert. Wenn man sich einmal ausrechnet, was wir hier im Land im Schnitt der letzten Jahre an Finanzierungsmitteln vom Bund bekommen haben oder was auch andere Bundesländer bekommen haben, dann wird es einem eher schlecht, weil man denkt, es wird auf Jahre hinaus nicht klappen, dass man das realisiert, was man gern hätte.

Danke schön.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es liegt noch eine Wortmeldung des Herrn Abg. Dr. Rapp vor.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrter Herr Minister, wenn man die bisherigen Aussagen, die Sie im Zusammenhang mit Infrastrukturprojekten getätigt haben, zusammenfasst, kommt man – gerade wenn man auf Stuttgart 21 schaut – doch eher zu dem Eindruck, dass Sie gewissermaßen ein gespanntes Verhältnis zur Bahn haben.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Die „Badische Zeitung“ zitiert heute die Bürgerinitiative MUT, die befürchtet, dass das angespannte Verhältnis, das Sie in Sachen Stuttgart 21 bisher an den Tag gelegt haben, eine Belastung für die Verhandlungen in Sachen Rheintalschiene sein könnte. Dazu hätte ich Sie gern um eine Stellungnahme gebeten.

Ferner haben Sie zuvor die Idee des Regierungspräsidenten Würtenberger wiederholt, ein Modellprojekt mit einer ganz tollen Schiene dort unten zu realisieren. Das finde ich klasse. Sie haben aber gerade das rollende Material angesprochen, und wir wissen, dass diesbezüglich nur ein ganz geringer Anteil aus dem deutschen Wagenbestand kommt. Meine Frage lautet – ich bitte Sie, eine etwas dezidiere Antwort zu geben –, wie Sie denn die europäischen Bahnen davon überzeugen wollen, dass sie jetzt alle möglichst schnell auf dieses leise rollende Material umzustellen haben, und mit welcher Finanzierung dies geschehen soll.

Danke schön.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank für Ihre Frage. – Zunächst zur Infrastruktur Schiene. Ich habe überhaupt kein gespanntes Verhältnis zur Infrastruktur Schiene; im Gegenteil.

(Zurufe von der CDU: Zur Bahn!)

– Ich habe das jetzt anders verstanden, aber dazu komme ich gleich noch.

(Lachen des Abg. Volker Schebesta CDU)

– Ich kann differenzieren, keine Sorge. – Aus meiner Sicht ist Folgendes wichtig: Wenn man erkennt, dass Infrastrukturmaßnahmen in Deutschland prinzipiell sehr teuer und auch nicht genügend finanziert sind, sollte man bei den Infrastrukturausscheidungen selbst sehr streng darauf achten, dass man nicht diejenigen Maßnahmen und Projekte zuerst umsetzt, die keinen so großen Nutzen haben, und andere, die einen ganz großen Nutzen haben, später realisiert. Das ist ein Stück weit auch der Hintergrund der Debatte um Stuttgart 21.

Jetzt zum Verhältnis zur Bahn. Ich habe prinzipiell ein gutes Verhältnis zu Bahnen. Es gibt in Deutschland über 300 Bahnen und nicht nur eine Deutsche Bahn. Die Deutsche Bahn ist eine Aktiengesellschaft – noch im Eigentum des Bundes; ich hoffe, das bleibt noch lange oder immer so. Es ist aber nicht die einzige Gesellschaft. Wir haben auch zwei baden-württembergische Gesellschaften. Ich begrüße es außerordentlich, wenn es auf der Schiene mehr Konkurrenz gibt, denn wir wissen: Dort, wo Konkurrenzangebote bestehen und wo Wettbewerb herrscht, ist das Angebot der Deutschen Bahn – und das der Konkurrenz oft auch – in der Regel billiger, preiswerter und besser.

(Beifall bei den Grünen)

Insofern setzen wir uns für wettbewerbliche Verfahren ein. Das können Sie auch in unserem Koalitionsvertrag nachlesen.

Natürlich gehen auch für die Deutsche Bahn, die es gewohnt ist, in vielen Bereichen als Monopolist aufzutreten, dem man sich fügen muss und der sagt, was getan werden muss, diese Zeiten allmählich zu Ende. Dass damit nicht alle glücklich sind, kann ich nachvollziehen. Aber ich stelle fest, dass die Führungsriege der Deutschen Bahn, die Herren, mit denen ich öfter zu tun habe, alle ein Bekenntnis zum Wettbewerb abgeben und sagen: Es tut auch unserer Deutschen Bahn gut, wenn wir Wettbewerb haben.

Ich habe übrigens keine Probleme damit, wenn ich in einem Punkt mit Managern streite, dass ich mich in anderen Punkten gut mit ihnen verstehe. Ich hatte erst heute Morgen ein Telefonat dieser Art geführt, bei dem wir uns versichert haben: Egal, wie der Streit läuft, wir werden in allen anderen Bereichen weiterhin gut miteinander verhandeln und so miteinander umgehen, wie es zivilisierte Menschen tun, die zwischen einer politisch anderen Meinung und einer anständigen Kommunikationsform unterscheiden können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nun zum Problem der europäischen Bahnen und der Europäischen Union – das ist ja auch eine Frage der Regulierung durch die Europäische Union. Richtig ist, dass das ein extrem schwieriges Unterfangen ist. Aber wir in Deutschland treiben es voran. Deswegen war es wichtig, dass alle Fraktionen die Bundesregierung unterstützt haben, als sie Kommissar Kallas gesagt hat, dass auf europäischer Ebene endlich etwas kommen muss.

Seit fast 30 Jahren haben wir europäische Regularien bezogen auf Autos: Wie laut darf ein Auto sein? Welche Abgase darf es ausstoßen? Das alles ist geregelt. Das ist eigentlich eine wunderbare Erfolgsgeschichte. Ärgerlich ist nur, dass wir in anderen Bereichen, insbesondere auf dem Bahnsektor, weit hinterherhinken. Dort haben wir sozusagen noch viel Klein-

(Minister Winfried Herrmann)

staaterei in Europa. Man merkt, dass die Bahnen trotz der Liberalisierung häufig noch völlig in Staatshand sind, sich wie Monopolisten aufspielen und die Politik entsprechend führen und nicht dafür sorgen, dass wir moderne Technologien, auch sehr viel modernere Fahrzeuge bekommen.

Der frühere Bahnchef Hartmut Mehdorn hat mir, als wir darüber diskutierten, wie man Lärmschutzmaßnahmen auf der Schiene regeln könne, klipp und klar gesagt: „Das Beste ist, wenn die Politik europaweit harte Grenzwerte schafft. Dann werden wir alle uns umstellen müssen, und es ist wieder wettbewerbsneutral.“ Ich glaube, damit liegt er gar nicht so falsch.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, es gibt noch zwei weitere Nachfragen.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Herrmann: Ich bin ja heute richtig beliebt.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Die nächste Frage stellt Kollege Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Ich weiß nicht, ob es für Beliebtheit spricht, wenn man im Landtag so befragt wird.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für Interesse.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Herrmann: Okay.

Abg. Volker Schebesta CDU: Aber es ist von Interesse, wenn man die Aussagen, die Sie machen und die die Landesregierung in dem Bereich, den Sie verantworten, macht, auf den Prüfstand stellt. Wir hätten gern weiterhin den Konsens zur Rheintalbahn, den wir hier auch schon hatten. Allerdings gibt es den Konsens mit uns nur dann, wenn er auf der bisherigen Grundlage der Unterstützung der Landesregierung für die Interessen der Region vor Ort basiert. Es war nicht unsere Idee, im Koalitionsvertrag vom Lärmschutz zu sprechen.

Heute Morgen haben wir über Konditionierungen diskutiert. Im Laufe dieser Diskussion haben Sie für die Unterstützung von Alternativtrassen drei Bedingungen eingebracht: Sie müssen dem Lärmschutz dienen, Verrechnung an anderer Stelle, und es muss dafür Geld im Haushalt vorhanden sein, am besten im Verkehrshaushalt. Wir wollen von Ihnen einfach nur dieselbe Aussage, die die alte Landesregierung getroffen hat: Die Landesregierung ist bereit, in die Verhandlungen mit der Bahn eine Kostenbeteiligung für alternative Trassierungen einzubringen. Wenn Sie das einfach sagen würden, könnten Sie sich auch wieder hinsetzen.

Vielen Dank.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Herrmann: Vielen Dank. – Das mit der Beliebtheit habe ich natürlich ironisch gemeint. Aber Ironie fällt meist auf einen selbst zurück, wenn man es nicht deutlich genug macht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So wie gestern beim Ministerpräsidenten!)

Wenn Sie wollen, dass ich noch einmal das Gleiche sage, was Sie schon gesagt haben, wäre das kein politischer Fortschritt.

Denn was hilft es in der Sache, wenn man solche Bekenntnisse abgibt, die übrigens selbst dann, wenn sie unkontingiert sind, letztlich doch am Haushaltsgesetzgeber und an den fehlenden Haushaltsmitteln scheitern können? Deswegen ist es, glaube ich, durchaus sinnvoll, dass man bestimmte Bedingungen formuliert. Wir haben sie jedenfalls so formuliert. Wir sehen auch keinen Grund, Ihrer Intention zu folgen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Keinen?)

Ich möchte auch ausdrücklich daran festhalten, dass ich bisher, soweit ich die Unterlagen gesichtet habe – – Ich werde aber noch tiefer in die Sache einsteigen. Das, was die Landesregierung in den allerletzten Monaten gemacht hat, als sie im Rheintalbereich umgesteuert hat – – Sie erinnern sich. Sie hatten vor Jahren, bevor Sie umgesteuert haben – das ist lange her –, auch einmal andere Positionen. Das meine ich jetzt aber nicht. In der Zeit jedenfalls, als Sie umgesteuert haben, haben Sie sich mit den Bürgern zusammengetan und haben mit den Kommunen zusammengearbeitet. Ab dieser Phase gibt es, glaube ich, keinen Dissens mit der neuen Landesregierung. Wenn, dann stammt er aus früheren Zeiten. Aber wir schauen ja nach vorn – wie die Opposition auch, nehme ich an.

(Heiterkeit des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Dann werden wir in dieser Sache schon zusammenbleiben. Jedenfalls habe ich nicht vor, mit Ihnen da in einen Streit einzutreten. Ich brauche nicht noch einen Großkonflikt.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Was heißt das jetzt?)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es gibt eine weitere Frage. Kollege Lusche.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Ich bedaure, dass ich Sie, Herr Minister, daran hindere, Platz zu nehmen. Aber ich muss an den Beitrag des Kollegen Schebesta anschließen. Es geht nicht darum, dass wir mit Ihnen hier in einen Großkonflikt eintreten wollen. Vielmehr wollen wir von Ihnen einfach eine klare Aussage, ob Sie die bisherige Haltung der Landesregierung beibehalten oder nicht.

Das ist auch keine L'art-pour-l'art-Veranstaltung. Vielmehr geht es darum, dass das, was Sie hier heute als Vertreter der Landesregierung sagen, vor Ort bei den Bürgerinitiativen gehört wird. Gerade wenn man den Konflikt vermeiden will, bedarf es der Klarheit und der Wahrheit.

Deswegen noch einmal die klare Frage: Unterscheidet sich die Haltung der jetzigen Landesregierung von der der vorherigen Landesregierung, was die Kostenbeteiligung angeht? Ich bitte nicht um eine Umschreibung, sondern um eine präzise Beantwortung.

Zweitens: Sie haben zu Recht erwähnt, dass dank des Einsatzes von Frau Ministerin Gönner im Projektbeirat für die bereits planfestgestellten Abschnitte im südlichen Bereich sehr viel erreicht worden ist. Nun ist von Vertretern Ihrer Partei das große Wort der Verfassungswidrigkeit in den Raum gestellt worden. Bitte beantworten Sie mir klar: Steht die jetzige Landesregierung zu den von der vorherigen Landesregierung getroffenen Abmachungen in den bereits planfestgestellten Bereichen?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Herr Kollege, ich glaube, ich habe jetzt schon auf drei ähnliche Fragen geantwortet.

(Lachen des Abg. Volker Schebesta CDU – Abg. Ulrich Lusche CDU: Eben nicht!)

– Ich habe so geantwortet, wie ich es für richtig halte. Ich bin nicht Ihr Kasper, der Ihre Sprüche nachbetet. Vielmehr habe ich schon den Eindruck, dass auch Sie gemerkt haben, dass inzwischen wir und nicht mehr Sie in der Regierung sind.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe der Abg. Volker Schebesta und Ulrich Lusche CDU)

Wir haben im Koalitionsvertrag eine Absprache getroffen.

(Zurufe von der CDU)

Ich kann mich immer wiederholen, aber das würde Ihnen auch keinen Spaß machen. Wir haben das klare Bekenntnis abgegeben, dass wir umplanen wollen und das Ganze bürgerfreundlich sein soll. Wir wollen uns auch finanziell beteiligen, und wir müssen natürlich prüfen, was der Haushalt hergibt, was wir uns leisten können.

Im Übrigen will ich sagen: Soweit ich weiß, hat sich das, was Sie heute so kräftig aussprechen – wie etwa „Das haben wir früher gemacht“ –, bisher nicht in Geld niedergeschlagen.

(Zuruf des Abg. Ulrich Lusche CDU)

Das waren sozusagen nur Ansagen. Das haben Sie vielleicht so wohlfeil gemacht, weil Sie geahnt haben, dass Sie sie nicht einlösen müssen.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Sie weichen aus!)

Aber wir haben uns jetzt auf das Verfahren verständigt.

Ich glaube, die Fragen sind jetzt weitreichend beantwortet.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Zu diesem Thema liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb kann der Herr Verkehrsminister Platz nehmen.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Ich bedanke mich.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es gibt die Möglichkeit, noch ein zweites Thema aufzurufen. Nach der Reihenfolge der Fraktionen hat dazu die Fraktion GRÜNE die Möglichkeit.

Herr Abg. Dr. Schmidt-Eisenlohr.

Elektromobilität in Baden-Württemberg

Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema Mobili-

tät, insbesondere das Thema Elektromobilität ist jetzt in aller Munde. Ich denke, mit der Elektromobilität haben wir große Chancen auf eine neue Fortbewegung, auf eine CO₂-neutrale Fortbewegung.

(Unruhe)

Gerade im Zusammenhang mit der Energiewende steht dieses Thema sehr weit oben. Wir im Automobilland Baden-Württemberg sollten die technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, die die Elektromobilität bringt, anpacken und die Möglichkeiten dieser umweltfreundlichen Antriebstechnologie ganz oben auf die Agenda setzen.

Für mich stellt sich jetzt die Frage in Bezug auf den Forschungsbereich und den Wissenschaftsbereich: Welche Bedeutung misst die Landesregierung dem Thema Elektromobilität bei? Welche Aktivitäten im Bereich von Wissenschaft und Forschung gibt es im Moment auf diesem Feld, und wie werden diese gefördert?

Zweitens: Welchen Stellenwert haben die Enabling Technologies, also die Technologien, die wir brauchen, um die Entwicklung voranzubringen, z. B. die Leichtbauweise und die Batterietechnologien? Was wird in diesem Bereich getan? Welche Erwartungen können wir dabei an die Landesregierung stellen?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Danke schön. – Das Wort hat Frau Ministerin Bauer.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Frage zum Thema E-Mobilität, das in der Tat ein Schlüssel für die großen Herausforderungen ist, vor denen wir in Baden-Württemberg, aber letztendlich auch auf dem ganzen Globus stehen.

Es geht darum, was wir tun können und müssen, damit wir Klimafreundlichkeit, Klimaschutz innerhalb kürzester Zeit nachhaltig voranbringen, damit wir weniger CO₂-Emissionen produzieren, und was wir tun können, damit wir im Bereich der Energiewende vorankommen. E-Mobilität ist dafür eine Schlüsselfrage, sofern es uns gelingt, die Stromproduktion zu einem wesentlichen Anteil auf erneuerbare Energien umzustellen.

Die Frage der Elektromobilität ist daher in einer ganz besonderen Weise für Baden-Württemberg elementar. Baden-Württemberg ist ein Automobilland mit langer Tradition. In unserem Land hängt derzeit jeder vierte Arbeitsplatz vom Automobil ab. Deswegen ist es auch eine Frage unseres Wirtschaftsstandorts, inwiefern bei uns die Automobile der Zukunft produziert werden.

Deswegen haben wir, die gesamte Regierung, insbesondere im Wissenschaftsbereich in Verbindung auch mit dem Finanz- und Wirtschaftsministerium, die Aufgabe, alles dafür zu tun, die Kräfte zu bündeln und miteinander die Forschungsanstrengungen sowohl im Bereich der Grundlagenforschung als auch in der anwendungsorientierten Forschung voranzubringen. Wir müssen Verbindungen zur Wirtschaft verstärken, um Technologietransfer zu beschleunigen, und das Know-how verbessern, um die neuen Entwicklungen auf die Straße bzw. konkret in Anwendung zu bringen.

(Ministerin Theresia Bauer)

Wir knüpfen im Forschungsbereich an einige Projekte an, die es im Land schon gibt, und werden sie mit Nachdruck mit Leben erfüllen und voranbringen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mit ein paar Stichworten aufzeigen, was es schon gibt und an welchen Punkten wir weiter ansetzen wollen.

Im Bereich der E-Mobilität gibt es im Land die Landesinitiative Elektromobilität, die Akteure zusammenbringt, die im Bereich Hybrid- und Elektromotoren forschen und arbeiten. Sie wird durch die Landesagentur e-mobil vertreten und vorangebracht. Deren Aktivitäten wollen wir verstärken. Dabei geht es sowohl um Standortmarketing als auch darum, die Akteure zueinander zu bringen, die z. B. Verbundforschung betreiben.

Zum universitären und zum Forschungsbereich lassen Sie mich auf drei Beispiele beschränken. Wir unterstützen z. B. im Karlsruher Institut für Technologie das Projekt e-drive, ein großes Forschungsprojekt in Kooperation mit Daimler. Das ist, soweit mir bekannt ist, das Projekt, in das Daimler die meisten Mittel in einer Kooperation mit einer Universität einbringt. Es geht dabei darum, Hybrid- und Elektromotorenmobilität voranzubringen.

Ein weiteres spannendes Forschungsprojekt gibt es in Stuttgart. Die Universität Stuttgart kooperiert dabei mit dem Institut für Fahrzeugbau. Dort wird ein Simulator betrieben, um Hybrid- und Elektromobilität zu erproben und weiterzuentwickeln. Es ist ein Projekt, das europaweit Beachtung findet. Wir wollen es zu einem Systemzentrum ausweiten.

Ein weiteres Beispiel: In wenigen Tagen wird ein neues Promotionskolleg eröffnet werden, das Kooperative Promotionskolleg „Hybrid“. Dabei handelt es sich um eine Kooperation zwischen der Hochschule Esslingen und der Universität Stuttgart. Auch dabei geht es darum, Doktoranden und Doktorandinnen im Kontakt und im Austausch mit der Industrie daran arbeiten zu lassen, wie die Hybridtechnologie weiterentwickelt und verbessert werden kann.

Zu einem zweiten Stichwort, das Kollege Schmidt-Eisenlohr angesprochen hat: Es geht dabei natürlich auch darum, das gesamte Umfeld von Elektromobilität mit zu erforschen und voranzubringen. Insbesondere geht es darum, die Enabler-Technologien zu fördern. Leichtbaumethoden und -stoffe sind dabei besonders wichtig, etwa neue Verbundfasern. In diesem Bereich ist Baden-Württemberg bereits nicht schlecht aufgestellt, aber wir stehen da – das ist völlig eindeutig – in einer harten Konkurrenz auch mit unseren Nachbarbundesländern. Wenn wir hier bei den Forschungsaktivitäten die Nase vorn haben und im Wettbewerb mit anderen Akteuren die zukunftsfähigen und zukunftssträchtigen Forschungsprojekte ins Land holen wollen, dann müssen wir vonseiten des Landes aktiv unterstützen.

Die Brennstoffzellentechnologie ist ein weiteres Stichwort.

Eines möchte ich zum Ende noch kurz anreißen: Es geht bei dieser Frage nicht nur um technologische Debatten. Diese Aspekte sind wichtig und elementar in Bezug auf die Frage, wie es gelingen kann, Innovation und fertige Produkte auf den Markt zu bringen. Wir müssen aber für die neue Mobilitätskultur gleichzeitig mit erforschen: Wie ist die Akzeptanz in der Bevölkerung? Wie nehmen die Menschen neue technolo-

gische Möglichkeiten wahr? Welche Infrastruktur brauchen wir? Deswegen wird unsere Forschungsaktivität neben dem technologischen Bereich auch so etwas wie den wirtschaftlichen und den sozialwissenschaftlichen Arm stärker fördern, um die neue Mobilitätskultur in ihrer ganzheitlichen Dimension voranzubringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Birk.

Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Frau Ministerin, vielen Dank für die Ausführungen. Das war jetzt eine Übersicht über die bereits von der Vorgängerregierung eingeleiteten Maßnahmen, die schon erfolgreich in der Umsetzung sind.

(Lachen bei den Grünen)

Dafür sind wir dankbar. Wir nehmen es gern auch als Kompliment für die gute Wissenschaftspolitik unter der Vorgängerregierung entgegen.

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Vorbei ist vorbei! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Aber wir wollen jetzt doch einmal konkreter nachfragen. Frau Ministerin, wir sehen jetzt, dass vermutlich auch der Ministerpräsident versucht, seinen Frieden mit dem Auto zu schließen und über das Thema Elektromobilität Anschluss an diesen Bereich zu erlangen. Das soll uns recht sein. Aber wir haben mehrere konkrete Fragen.

Wir haben in Baden-Württemberg eine ganze Reihe von wirtschaftsnahen außeruniversitären Forschungseinrichtungen – sie sind Ihnen ja bekannt –, die wir noch stärker mit den universitären Bereichen verknüpfen müssen. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung dazu durchführen? Das ist meine erste Frage.

Zweite Frage: Wir haben noch deutliche Ausbaupotenziale in der Zusammenarbeit zwischen der Universität Stuttgart und der Universität Karlsruhe. Was wird die Landesregierung tun, um auch auf dem Gebiet der Motorenforschung beide Universitäten stärker zu vernetzen und voranzubringen?

Dritte Frage: Die Agentur für Elektromobilität ist wichtig, insbesondere auch im Hinblick auf das Standortmarketing. Wie weit sind die Planungen der Landesregierung, hier noch mehr Partner hinzuzugewinnen?

Letzte Frage: Wie schätzen Sie denn die Wettbewerbssituation Baden-Württembergs auf diesem Gebiet im Vergleich zu anderen Bundesländern ein? Welche Anstrengungen wird die Landesregierung unternehmen, um auf diesem Gebiet auch mit anderen Bundesländern verstärkt zu kooperieren, und um welche Bundesländer handelt es sich dabei gegebenenfalls?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Vielen Dank, Herr Abg. Dr. Birk, für die vielen Fragen.

(Ministerin Theresia Bauer)

Wir sind jetzt vier Wochen im Amt. Ich hoffe, Sie verstehen, dass wir in diesen vier Wochen nicht täglich neue Maßnahmen entwickeln konnten. Ich freue mich auch darüber, dass Sie meine Ausführungen zu unseren Planungen durchaus als Kompliment verstanden haben. Das ist schon in Ordnung so. Sie sollen nicht nur auf den harten Oppositionsbänken leiden, sondern dürfen sich durchaus auch darüber freuen, dass wir nicht bei null anfangen.

Wir haben in Bezug auf den Wissenschaftsbereich immer gesagt: Wir wissen, dass wir hier einen starken Forschungs- und Wissenschaftsstandort haben. Darauf sind wir auch stolz, und wir müssen hier die Welt nicht neu erfinden.

Dennoch hätte es nach unserem Geschmack – das haben wir, als wir noch in der Opposition waren, auch immer wieder sehr deutlich gesagt – ab und an schon ein bisschen schneller gehen können. Beispielsweise bei den Aktivitäten in Sachen Elektromobilität waren wir in der letzten Legislaturperiode durchaus nicht zufrieden. Wir haben uns in diesem Saal immer wieder Ankündigungen anhören müssen, wann es denn mit der Agentur für E-Mobilität losgeht. Dieses Thema stand schon am Anfang der letzten Legislaturperiode in der Koalitionsvereinbarung der Vorgängerregierung. Es dauerte bis kurz vor Schluss, bis es dann endlich so weit war.

Daher versuchen wir einfach zunächst einmal, bei unseren Ansagen ein bisschen mehr Tempo vorzulegen, aber durchaus mit dem, was schon da ist, zu arbeiten.

Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um universitäre Forschung, Industriepartner und außeruniversitäre Forschung im Bereich Elektromobilität zusammenzubringen. Wir wollen Akteure an den Tisch bringen, um z. B. gemeinsam EU-Gelder einzuwerben. Wir stärken entsprechende Onlineplattformen, damit sich die Akteure finden. Es gibt z. B. eine Agentur, die insbesondere im Bereich des KIT und der Universität Stuttgart die entsprechenden Netzwerke fördert. Wir werden dafür sorgen, dass wir nicht nur von einem Modellprojekt zum anderen springen, sondern nachhaltige Strukturen einziehen, damit solche Zusammenarbeit wachsen kann.

Ein Letztes will ich gern noch sagen, wenn es erlaubt ist. Denn eines würde ich gern noch richtigstellen: Man musste unserem Ministerpräsidenten nicht mühsam nahelegen, dass er seinen Frieden mit dem Auto macht. Vielmehr hat er völlig recht mit der Ansage – die Automobilindustrie versteht das im Übrigen außerordentlich gut; es war nur immer relativ schwer, das Ihnen hier im Haus klarzumachen; die Automobilindustrie hat es schon lange sehr gut verstanden –: Wer dem Automobil eine Zukunft geben will und wer unserem Automobil eine Zukunft geben will, der muss mit allem Nachdruck auf nachhaltige Mobilität setzen, auf integrierte Mobilitätskonzepte, die nicht nur am Auto für jeden Einzelnen festhalten, sondern Gesamtlösungen suchen, damit man intelligent vom Auto zur Bahn, zur Schiene wechseln und auch aufs Fahrrad umsteigen kann; auch elektromobile Fahrräder gehören dazu. Das hat Winfried Kretschmann sehr früh verstanden und die Automobilindustrie im Übrigen auch.

(Beifall bei den Grünen)

Wir haben einen Partner und nicht einen Gegner, wenn wir sagen: Das Automobil der Zukunft muss ein ökologisches sein und muss auch auf erneuerbare Energien setzen.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Danke schön. – Die Regierungsbefragung ist damit beendet. Es ist 16:00 Uhr. Für die Regierungsbefragung stehen maximal 60 Minuten zur Verfügung.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das reicht doch!)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Pläne der Landesregierung zum Atomausstieg und zur Energiewende – Drucksache 15/77

Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/159, vor.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Kollegen Renkonen für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Grünen haben es sich auf ihrer Sonderdelegiertenversammlung zum Thema Atomausstieg nicht leicht gemacht. Trotzdem sind auch wir als Landtagsfraktion zu dem Ergebnis gekommen, dass wir das Atomausstiegsgesetz der Bundesregierung in dem Punkt Restlaufzeiten mittragen, und zwar aus dem Grund, weil wir die einmalige Chance haben, acht alte Schrottreaktoren vom Netz zu nehmen. Das ist das Ziel der Anti-AKW-Bewegung und auch der Grünen in den letzten Jahren gewesen. Deshalb wird auch die Landtagsfraktion diesen Beschluss selbstverständlich unterstützen.

(Beifall bei den Grünen)

Aber wir sagen auch ganz klar in dieser Runde: Wir werden politisch alles unternehmen, um die Atomkraftwerke Neckarwestheim II und Philippsburg 2 früher vom Netz zu nehmen, und zwar mehrere Jahre früher, als es das Ziel der Bundesregierung ist. Dafür werden wir Grünen auch hier im Land kämpfen.

(Beifall bei den Grünen)

Das Thema Kaltreserve beschäftigt natürlich auch unsere Fraktion und unsere Partei. Wir sagen: Eine atomare Kaltreserve ist energiepolitisch absoluter Blödsinn. Wir fordern auch hier als Landtagsfraktion die Bundesregierung noch einmal auf, davon ein für alle Mal abzusehen und, wenn überhaupt, dann Kohlekraftwerke als Kaltreserve vorzusehen. Es gibt keine atomare Kaltreserve mit den Stimmen der Grünen-Landtagsfraktion.

Aber wir sagen auch: Wenn wir die alten Meiler abschalten, wollen wir eine klare politische Aussage des Energieversorgers EnBW, der der Anlagenbetreiber ist, dass er sich für die Kraftwerke Philippsburg 2 und Neckarwestheim II keine Hintertür offenhält. Wir fordern deshalb eine verbindliche Erklärung der EnBW, dass diese Kraftwerke nicht mehr als Kaltreserve ans Netz gehen.

(Beifall bei den Grünen)

(Daniel Renkonen)

Dies steht auch in dem gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen von der SPD eingebrachten Änderungsantrag.

Für uns hat bei der Atomenergie – wenn wir schon die Kröte mit Restlaufzeiten bis 2022 schlucken müssen – die Sicherheit der Meiler im Land Baden-Württemberg absolute Priorität. Deshalb muss unserer Meinung nach die Atomaufsicht vom Umweltministerium eindeutig verschärft werden. Das heißt, dass wir z. B. ein mobiles Notstromaggregat benötigen; dies ist auch von der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit angefordert worden. Wir würden das Umweltministerium auffordern, hier entsprechende Nachbesserungsmaßnahmen vorzunehmen, um die Sicherheit zu erhöhen.

Des Weiteren gehört für uns dazu, dass auf jeden Fall noch einmal eine Prüfung der Sicherheit des Meilers Neckarwestheim in geologischer Hinsicht stattfindet, um dauerhaft ein Maximum an Sicherheit zu gewährleisten.

Der Atomkonsens hat natürlich weitreichende Auswirkungen auf das Land Baden-Württemberg. Wir wollen, wie es der Ministerpräsident gesagt hat, Baden-Württemberg zu einem „Musterländle für Umwelttechnologien“ machen. Dazu gehört nicht nur, dass wir Joint Ventures mit Unternehmen aus dem Land im Bereich der Speichertechnologien fördern, sondern dazu gehört natürlich auch ein Ausbau der Windkraft.

Hier setzen wir auch an und unterstützen das Umweltministerium bei seinen Bestrebungen, Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz zu erreichen, insbesondere die dringend notwendige Wiedereinführung des Systemdienstleistungsbonus von 0,5 Cent pro Kilowattstunde bis 2014, sodass es auch den kleineren Betreibern von Windkraftanlagen möglich ist, hier in potenzielle Standorte zu investieren. Deshalb die ganz klare Aussage: Wir werden Franz Untersteller und sein Umweltministerium in diesem Punkt auf jeden Fall aktiv unterstützen, Nachbesserungen im EEG zu erreichen, auch bei kleineren Fotovoltaikanlagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Was wir als Grüne allerdings kritisch sehen, ist die augenblickliche Debatte über einige Standorte für Windkraftanlagen im Land Baden-Württemberg in Bezug auf das Thema „Natur- und Vogelschutz“. Ich als Grüner habe nichts gegen Natur- und Vogelschutz. Ich finde aber, das Land Baden-Württemberg muss klare Kriterien für die künftige Ausweisung der Standorte von Windkraftanlagen festlegen, damit nicht ständig eine neue Debatte über das Thema „Windkraft kontra Vogel- und Naturschutz“ stattfindet. Insofern fordern wir von den Ministerien einen Kriterienkatalog, wie er in Nordrhein-Westfalen erstellt worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Lassen Sie mich abschließend noch etwas zum Thema „Gebäudesanierung und Energieeinsparung“ ausführen.

(Zuruf des Abg. Günther-Martin Pauli CDU)

Unserer Meinung nach liegt hier das größte Potenzial in den nächsten Jahren. Hier ist von der CDU-geführten Regierung verdammt viel verschlafen worden; das muss man einfach sagen. Dies hat der Fachverband Sanitär-Heizung-Klima bestätigt: Es gibt 700 000 dringend sanierungsbedürftige Gebäude.

Die Sanierungsbereitschaft der Eigentümer lässt stark nach. Deshalb brauchen wir finanzielle Anreize.

Wir als Grüne schlagen deshalb vor, analog zum „Klimaschutz-Plus“-Programm – das im Übrigen von der Vorgängerregierung aufgelegt worden ist; das muss man in diesem Fall loben – auch ein Zuschussprogramm für Privateigentümer aufzulegen. Unserer Meinung nach sollte dies nicht nur über zinsvergünstigte Darlehen, sondern auch direkt über Zuschüsse laufen. Davon profitieren nicht nur die Hauseigentümer, sondern auch die mittelständischen Unternehmen in unserem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

In diesem Sinn sagen wir als Grüne: Wir wollen eine Klimaschutzoffensive starten, die mit mehr Energieeinsparungen einhergeht.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich erteile Herrn Abg. Stober für die SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Verabschiedung des Atomkonsenses der rot-grünen Bundesregierung ist nun etwa zehn Jahre her. Nach einigen Irrungen und Wirrungen in den letzten eineinhalb Jahren sind wir erfreulicherweise nun wieder da, wo wir unter Rot-Grün schon längst waren.

Man kann streiten, ob das neue Atomgesetz besser ist als das alte, das Rot-Grün beschlossen hatte. Die festen Zeitpunkte für die Abschaltung aller deutschen Atomkraftwerke sprechen dafür.

Was dagegen spricht, ist, dass Philippsburg 2 erst 2019 und nicht 2017, wie es von Rot-Grün vorgesehen war, abgeschaltet werden soll. Aber das sind Kleinigkeiten. Deswegen denke ich, es ist wichtig, dass sich inzwischen alle Fraktionen im Bundestag und hier im Landtag dazu bekennen und dass nun auch CDU und FDP bei diesem Thema den Pfad der Tugend gefunden haben. Das ist positiv und anerkennenswert. Aber eines sollte man auch sehen: Das Problem, das im Augenblick gelöst wird, haben uns CDU und FDP im letzten Jahr durch die Laufzeitverlängerung erst einbrockt.

(Beifall bei den Grünen)

Tragik der Geschichte bleibt auch, dass erst der schlimme Atomunfall in Japan die Bundesregierung wachrütteln musste und erst dann die Regierung zu der Auffassung gelangte, dass jegliches atomare Restrisiko nicht verantwortbar ist. Wir sind uns bewusst, dass dieser Unfall, der in Japan geschehen ist, in Deutschland nicht 1 : 1 passieren kann. Aber wir haben andere Risiken wie Erdbeben, Hochwasser, möglicherweise gezielte Terroranschläge auf Atomkraftwerke. Das ist ein nicht hinnehmbares Risiko. Das gilt für uns in Baden-Württemberg, das gilt genauso für die an unser Land angrenzenden Länder Frankreich oder Schweiz. Deswegen glaube ich, dass es ganz wichtig ist, dass wir auch beim Thema Sicherheit intensiv den Dialog mit unseren Nachbarländern suchen und darauf drängen, dass auch dort die Sicherheitsstandards offengelegt wer-

(Johannes Stober)

den, damit die Menschen, die in der Region um Freiburg oder anderswo leben, auch die Sicherheit haben, dass in Fessenheim, Beznau oder an anderer Stelle nichts passiert.

Es ist daher auf jeden Fall richtig, dass die sieben ältesten Atomkraftwerke sowie der Reaktor Krümmel abgeschaltet und auch alle anderen Reaktoren spätestens 2022 endgültig vom Netz genommen werden. Dies ist ein großer Erfolg der Antiatombewegung und damit vieler Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, die über viele Jahrzehnte zu Recht auf die Straße gegangen sind, um gegen die Gefahren der Atomkraft zu demonstrieren.

Unabhängig davon wird der Atomausstieg, der in den nächsten Tagen im Bundestag und im Bundesrat beschlossen werden wird, sicherlich eine historische Zäsur für uns in Deutschland sein, auch wenn natürlich das Problem der Endlagerung, das leider noch viele Generationen nach uns beschäftigen wird, bei Weitem noch nicht gelöst ist.

Aber wir sind überzeugt, dass der Umstieg zu einer langfristig rein regenerativen Energiewirtschaft gelingen wird. Wir sind auch überzeugt, dass Deutschland und vor allem wir in Baden-Württemberg Vorreiter sein wollen und sein können und dass dieses Vorbild, das wir hier in Deutschland aufbauen werden, auch international Schule machen wird und die Länder, die heute noch an der Atomkraft festhalten, überzeugen wird, diesen Weg mit einzuschlagen.

Für eine gewisse Zeit werden wir dabei sicherlich auf fossile Energieträger zurückgreifen müssen. Wir sind aber überzeugt, dass wir keine atomare Kaltreserve brauchen – Herr Kollege Renkonen hat es schon gesagt –, die ja in Wirklichkeit eine Heißreserve ist, wenn man von jetzt auf nachher diese Blöcke anfahren möchte. Wir sind überzeugt, dass dies mit fossilen Kraftwerken gelingt, mit denen, die bereits in Betrieb sind, und mit denen, die z. B. in Mannheim oder in Karlsruhe im Bau sind.

Möglicherweise braucht es zusätzlich noch weitere Gaskraftwerke. Wir haben die Situation, dass schon einige planfestgestellt sind und jederzeit gebaut werden könnten. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass das Umweltministerium hier Anreize schaffen möchte, damit diese Maßnahmen tatsächlich angegangen werden und Investitionshemmnisse fallen. Auch dies halten wir für einen Schritt in die richtige Richtung.

Insgesamt gelingen wird die Energiewende aber nur, wenn die politischen Rahmenbedingungen dafür richtig gestellt werden. Da geht es natürlich nicht nur um den Atomausstieg, sondern es geht insbesondere um drei Dinge: um den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und den Ausbau unserer Netze sowie um neue Speichertechnologien, aber natürlich auch um mehr Energieeffizienz; ich erinnere da vor allem an das große Thema Gebäudesanierung.

Hier setzt aber auch die Kritik an, und zwar die Kritik an dem, was im Augenblick auf Bundesebene geplant wird. Denn es gibt einige Bereiche bei der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, bei denen wir mehr Hemmnisse für die Windkraft und für die Fotovoltaik sehen. Das sind übrigens die Energieträger, die – das wird deutlich, wenn man sich die Studie des Fraunhofer-Instituts in Freiburg anschaut – im Jahr 2020 schon zu einem sehr großen Teil und im Jahr 2050 dann

vollständig und dauerhaft die Energieträger für Strom hier in Baden-Württemberg sein werden.

Deswegen – ich habe jetzt nur noch knapp eine Minute Redezeit; aber ich bin überzeugt, dass Herr Umweltminister Untersteller auch noch auf dieses Thema eingehen wird – ist es uns sehr wichtig, dass die ganzen Hemmnisse von Windkraft und Fotovoltaik, insbesondere bei den kleineren Anlagen, auch der kleineren Biogasanlagen, gelockert werden, gelöst werden.

Wir bekommen im Augenblick täglich neue Wasserstandsmeldungen von diesen Gesprächen, von diesen Verhandlungen, die unter größtem Zeitdruck stattfinden. Es gibt absurde Dinge wie z. B., dass Windkraftanlagen bei Repowering nur fünfmal so viel Leistung erzeugen dürfen wie die vorherigen. Wenn man bisher eine Anlage mit geringer Leistung hatte und das 20-, 30-Fache an Leistung herausholen könnte, ist das natürlich absurd, genauso wie die Vorgabe, dass man sie nur bei einem Alter zwischen 14 und 17 Jahren ersetzen darf. Das sind Dinge, über die wir uns sehr wundern, wenn wir diesen Gesetzentwurf durchlesen. Aber wie ich Ihren Ausführungen in der Öffentlichkeit hierzu in letzter Zeit entnommen habe, Herr Untersteller, sind Sie da auf dem Weg und in guten Gesprächen. Wir sind gespannt, wie der derzeitige Sachstand ist, und freuen uns nachher auf Ihre Ausführungen.

Das Thema Energiewende ist insgesamt ein sehr spannendes Thema. Das wird heute die erste große Diskussion in diesem Haus hierüber sein. Sicherlich werden noch viele spannende Diskussionen folgen. Wir hatten uns schon vorhin in der Regierungsbefragung mit dem Thema E-Mobilität befasst. Ich freue mich auf die Auseinandersetzung in diesem Haus.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Lusche für die CDU-Fraktion.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein Thema für die Leidenschaft, aber in Anlehnung an das, was Kollege Schmiedel heute Morgen gesagt hat, will ich mich um Sachlichkeit bemühen.

Es ist angesprochen worden: Wir stehen vor einem grundlegenden Umbau unserer Energiewirtschaft. Das ist eine Herkulesaufgabe, das ist ein Mammutwerk. Allein die Gegenüberungen im Bundesrat waren 150 Anregungen, Fragen und Ähnliches. Es ist natürlich unmöglich, sich in fünf Minuten seriös mit all dem auseinanderzusetzen. Deswegen sehen Sie es mir nach, dass ich mich auf einige grundsätzliche Aussagen beschränken will.

Erstens: Wir, die CDU-Fraktion, wollen diesen Umstieg. Ich will mich dem anschließen, was unser Fraktionsvorsitzender den Fraktionsvorsitzenden der Regierungsfaktionen bereits geschrieben hat: Wir sind bereit, hieran konstruktiv mitzuwirken. Wir wollen den Erfolg dieses Umstiegs.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:
Gut!)

(Ulrich Lusche)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, lösen Sie sich einmal von dem „Ricola-Syndrom“. Sie wissen: Das ist der kleine Kerl, der herumflitzt und fragt: „Wer hat’s erfunden?“

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: SMA war’s!)

Es bestreitet kein Mensch: Der Atomausstieg war Ihr Kernthema. Es wäre geradezu albern, wenn man das bestreiten wollte.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Das ist unser Kernthema!)

Aber: Das eine ist das Formulieren des Ziels. Herr Minister Hermann hat mich vorhin darauf hingewiesen, dass wir nicht mehr in der Regierung sind. Richtig. Deswegen kann ich andererseits Erwartungen für die Umsetzung formulieren – das ist schon erwähnt worden, gestern z. B. auf dem Tag der Windkraftbranche –: Wir nehmen zur Kenntnis, dass Sie, Herr Minister Untersteller, viele Ziele und Projekte über Presse, Funk und Fernsehen kommunizieren, dass Sie Planzahlen wie 150 Windkraftanlagen pro Jahr nennen. Was wir aber nicht von Ihnen bekommen, sind ganz konkrete Gesetzesvorschläge, mit denen wir uns ganz konkret auseinandersetzen können.

(Abg. Johannes Stober SPD: Nach sechs Wochen! – Zurufe von den Grünen: Sechs Wochen! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich will klar fordern: Legen Sie uns Gesetzesvorschläge vor, über die wir dann sachlich diskutieren können.

(Zuruf: Schublade!)

– Zu dem Argument „sechs Wochen“: Ich habe mir fünf Jahre lang das angehört, was Herr Kollege Untersteller seinerzeit als Abgeordnetenkollege angestrebt hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich will einfach nicht glauben, dass er sich während dieser fünf Jahre nicht auch schon einmal Gedanken gemacht hat, wie er das umsetzen will.

(Beifall bei der CDU)

Insofern ist das Argument mit den sechs Wochen nicht wirklich schlagkräftig.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Keine Panik! – Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Das geht schneller, als Sie denken!)

Im Übrigen will ich noch aufgreifen, dass ich es sehr erfreulich finde, dass Sie in Ihrer Antwort die 145 Maßnahmen in unserem Klimaschutzkonzept 2020PLUS benennen. Sie machen zwar den Vorbehalt, das sei vielleicht in Teilen abhängig von der Laufzeitverlängerung. Ich bin sehr optimistisch, dass ein wesentlicher Teil dieser Maßnahmen nach wie vor umsetzungsbereit und sehr hilfreich ist.

Noch einmal: Handeln Sie als Regierung! Legen Sie uns Gesetzentwürfe zum Landesplanungsgesetz vor!

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Machen Sie das mit? – Zuruf des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE)

Wer gestern bei der Veranstaltung zur Windkraft war, kennt die Fragestellungen, die da aufgeworfen werden.

So einfach wird es nicht werden. Sie haben den Zielkonflikt „Windkraft gegen Auerhuhn“ vorhin schon angesprochen.

Es ist halt so, dass es, wenn wir über 140 m hohe Anlagen reden, nicht ohne Grund nach dem Immissionsschutzrecht geht. Hier geht es um Zielkonflikte. Deswegen wird es schon interessant, wie das laufen soll, wenn wir einen Zubau von 150 Anlagen im Jahr haben wollen. Wir werden auch an den Punkt kommen müssen, an dem wir uns nicht wie in Atdorf – darauf wird Kollege Nemeth noch kurz eingehen – mit Improvisation durch runde Tische helfen, sondern wir werden so etwas dann auch institutionalisieren müssen. Denn gerade für eine Partei wie die Grünen wird ein gewisses Spannungsverhältnis darin liegen, einerseits Beschleunigung erzielen zu wollen und andererseits das Schild der Beteiligung hochzuhalten.

Jetzt zu Ihren Anträgen. Wir werden getrennte Abstimmung beantragen. Wir werden die Ziffern 5, 6 und 7 mittragen. Sie betreffen das, was landesseitig vorgeschlagen wird, wobei ich dazu schon sage: Interessant wird es wiederum werden, wenn es konkret wird, wie das mit den rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen usw. aussehen soll. Aber wir tragen das Ziel mit, auch als Zeichen dafür, dass wir uns hier konstruktiv beteiligen wollen.

Was wir nicht mittragen, sind die Ziffern 1 bis 4, ohne das jetzt genauer erläutern zu können. Nur so viel: Was sind denn „schädliche“ Kürzungen von Einspeisevergütungen? Was soll schädlich sein? Das ist schlichtweg nicht verwertbar.

Zur Kaltreserve nur noch einmal die Klarstellung: Hier reden wir darüber – das können Sie in einem Hamburger Nachrichtenmagazin in dieser Woche lesen –, dass selbst schon projektierte konventionelle Kraftwerke in Baden-Württemberg gewissen Problemen gegenüberstehen. Wir werden uns natürlich schon die Frage stellen müssen – es geht hier im Übrigen um zwei Jahre –, wie eventuelle Versorgungslücken geschlossen werden können.

Insofern halte ich es für einen richtigen Ansatz, dies nicht der Politik, sondern der Netzagentur zu überlassen, die im Bedarfsfall entscheiden soll. Aber eine ganz klare Aussage ist doch: Das kann allenfalls eine Ultima Ratio sein. Übrigens habe ich persönlich erhebliche Zweifel, ob das technisch und wirtschaftlich sinnvoll ist.

(Abg. Johannes Stober SPD: Genau!)

Trotzdem können Sie der Frage der Versorgungslücke nicht einfach ausweichen.

(Abg. Johannes Stober SPD: Das tun wir ja auch nicht!)

Ich komme zurück auf das Angebot des Konsenses, das nicht eine Konsensverbrüderung, sondern eine konstruktive Auseinandersetzung um den besten Weg bedeuten soll. Ich würde das begrüßen. Deshalb wird es vielleicht auch solche Anträge befördern, wenn man sie nicht spätabends kommentarlos und ohne angesprochen worden zu sein vor die Nase gehalten be-

(Ulrich Lusche)

kommt. Sprechen Sie uns doch auf die Fragestellungen an. Wir stehen zum Gespräch bereit.

Vielen Dank für den Moment.

(Beifall bei der CDU)

Stelly. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist mir eine große Freude, heute vor diesem Haus zum ersten Mal sprechen zu dürfen, und zwar ganz besonders, weil es um das Thema Energie geht. Das Thema Energie war mir schon immer sehr wichtig. Seit ich junger Familienvater bin, hat eben auch das Thema Zukunftsenergie für mich ein ganz konkretes Gesicht, das ich jeden Tag sehen darf. Deshalb ist mir der ehrliche und transparente Umgang mit dieser Energiepolitik sehr wichtig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Regierung, bisher kamen von Ihrer Seite sehr viele Ankündigungen, nicht nur, aber vor allem im Bereich der Energiepolitik. Sie haben jedoch nie konkret gesagt, wie Sie irgendwelche Ziele umsetzen wollen, und eigentlich nie etwas Konkretes gebracht.

Ich möchte einige Beispiele nennen. Bei der Windenergie haben Sie es sich im Koalitionsvertrag relativ einfach gemacht. Sie haben die Ziele 1 : 1 von den Interessenverbänden übernommen. Bis zum Jahr 2020 sollen 10 % des erzeugten Stroms aus der Windenergie kommen. Man möchte das Ganze vervierfachen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das halte ich für – sagen wir einmal – ein sehr sportliches Ziel.

(Abg. Johannes Stober SPD: Das Fraunhofer-Institut!)

Aber Sie sagen nicht, wie Sie es erreichen wollen. Wollen Sie jetzt nur 180 m hohe Windkraftträder haben, oder wollen Sie die Ausschlussgebiete ändern? Wollen Sie Windkraft am Albrauf oder auf dem Gipfel des Feldbergs? Wollen Sie Windkraft in bewohntem Gebiet, oder wollen Sie Windkraft im Naturschutzgebiet? Woher nehmen Sie die neuen Standorte?

Herr Renkonen, ich kann mich bei Ihnen eigentlich nur bedanken. Denn Sie haben es vorhin selbst gesagt: Man braucht einen Kriterienkatalog. Dass also in diesem Punkt wenig Konkretes gesagt wurde, ist der Regierung offensichtlich schon selbst aufgefallen.

(Zuruf von den Grünen: Das war überhaupt nicht unkonkret!)

Weiter geht es darum: Immer wieder gibt es die Diskussion um Endlager in Baden-Württemberg. Im Wahlkampf war es vielleicht so, dass Sie da bewusst Informationen gestreut haben, um bei den Bürgerinnen und Bürgern Ängste zu schüren. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt sind Sie an der Regierung, jetzt muss man konkret werden.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Welche Ängste?)

Menschen wollen wissen, wo sich in Baden-Württemberg ein solches Endlager befinden könnte. Herr Untersteller, in einer

von mir gestarteten Initiative war Ihnen die Antwort auf diese Frage, wo so etwas vielleicht in Baden-Württemberg sein könnte, gerade einmal drei Zeilen wert, ohne dass Sie auch nur einen möglichen Ort genannt hätten.

(Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Das ist eigentlich eine Frechheit, wenn man bedenkt, dass in manchen Ortschaften schon Kamerateams aktiv sind, die die Leute befragen und sie schalou machen. So ist es beispielsweise in Riedlingen, ganz in der Nähe meines Wahlkreises, geschehen.

Das dritte Beispiel, bei dem einfach zu wenig Konkretes kommt, sind die Stromtrassen. Für die regenerativen Energien braucht man eben einen Stromnetzausbau, und wenn wir einen beschleunigten Atomenergieausstieg haben möchten – den wollen wir alle; das haben wir gerade gehört –, dann brauchen wir auch einen beschleunigten Netzausbau. Wie wollen wir jetzt diese einfachen Genehmigungsverfahren bekommen? Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben bisher immer bewiesen, dass Sie Widerstand gegen große Vorhaben leisten können. Jetzt zeigen Sie doch bitte einmal ganz konkret, wie Sie ein so großes Vorhaben umsetzen möchten. Dazu hätte ich gern ein bisschen mehr Konkretes. Man könnte gewissermaßen behaupten: Hier ist der Bock zum grünen Gärtner gemacht worden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sind nicht mehr in der Opposition, sondern an der Regierung, und Sie nehmen es mir vielleicht nicht übel, dass ich als junger Abgeordneter manches Mal vielleicht ein bisschen naiv vorgehe und wirklich denke, dass man – – Ich glaube nicht, dass die Welt untergeht, weil Sie regieren –

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Heiterkeit der Abg. Johannes Stober SPD und Wilhelm Halder GRÜNE)

mit Sicherheit nicht –, aber die Menschen schreien geradezu danach, dass manche Ihrer sehr hoch gesteckten Ziele konkretisiert werden, auch was z. B. die Kosten angeht. Sagen Sie doch einmal: Was kosten denn die Gebäudesanierungen? Was kostet der Netzausbau? Was kostet der Energiewechsel? Sagen Sie doch nicht immer nur, was Sie wollen, sondern auch, wie Sie es machen wollen und wie viel es kostet.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die Antwort kommt gleich!)

Ich möchte noch kurz auf den Windatlas eingehen. Wir möchten noch einmal feststellen, dass Sie hier natürlich ganz stark von der Vorgängerregierung profitieren. Ich erinnere daran, dass Wirtschaftsminister Pfister im März dieses Jahres den Windatlas vorgestellt hat

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

– letzten Jahres –, der nun natürlich Grundlage Ihrer Arbeit ist.

Noch ein paar Worte zur Kaltreserve: Sie ist mittlerweile sehr umstritten. Ich möchte dazu einfach sagen: Es geht nicht da-

(Andreas Glück)

rum, kurzfristig eine Stromlücke zu füllen, sondern darum, reagieren zu können, wenn im Winter richtig viel Strom fehlt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wohne oben auf der Alb; da ist es kalt. Ich weiß, wovon ich rede. Da heizen viele Menschen auch noch zu.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Da gibt es auch viele Windkraftanlagen! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Heizen mit Strom auf der Alb? – Zurufe von den Grünen: Pellets!)

Ich möchte zum Schluss kommen. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der neuen Landesregierung, die Bundesregierung hat nun sehr, sehr stark vorgelegt, was den Energiewechsel angeht. Jetzt sind Sie im Zugzwang, diese große Chance, die wir vor Ort haben, umzusetzen. Allerdings stimmt mich etwas sorgenvoll, dass Sie den ehrlichen Umgang mit der Materie offensichtlich erst noch lernen müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erteile ich dem Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Untersteller.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die heutige energiepolitische Debatte findet schon in einem politisch neuen Umfeld statt. Das spürt man auch an der Art, wie heute hier geredet wird. Es wurden sehr konstruktive Reden gehalten; dafür erst einmal ganz herzlichen Dank.

Trotzdem ist es sinnvoll, noch einmal daran zu erinnern, woher wir kamen. Wir haben vor neun Monaten erlebt, dass eine Bundesregierung die Laufzeiten der Atomkraftwerke in Deutschland verlängern wollte – aus meiner Sicht ohne Not. Man muss sich einmal überlegen, dass das für ein Kernkraftwerk wie Neckarwestheim II bedeutet hätte, dass diese Anlage bis weit in das Jahr 2040 hinein gelaufen wäre.

Wir haben vor neun Monaten erlebt, dass diese Strategie mit angeblichen Versorgungslücken, mit angeblich drohenden negativen Effekten für den Klimaschutz und angeblich drohenden Strompreisexplosionen begründet worden ist. Das wurde als Begründung für die Laufzeitverlängerung ins Feld geführt und ist gerade einmal neun Monate her.

Es ist gut zwölf Monate her, dass wir im Zusammenhang mit der Laufzeitverlängerung erlebt haben, dass der damalige Ministerpräsident dieses Landes die Bundeskanzlerin sinngemäß aufgefordert hat, die Eskapaden ihres Bundesumweltministers doch bitte schön einzufangen und ihn vom Spielfeld zu nehmen. Meine Damen und Herren, ich denke, Sie werden verstehen, dass ich als grüner Umwelt- und Energieminister in dieser Situation mehr als zufrieden bin, wenn die gleiche Bundesregierung neun Monate nach dem, was ich gerade erwähnte, die beschlossene Laufzeitverlängerung mit einer erneuten Atomgesetznovelle zurücknimmt. Acht Altreaktoren wurden stillgelegt, darunter auch Neckarwestheim I und Philippsburg 1.

Auf Druck des Bundesrats, übrigens ganz maßgeblich durch den Ministerpräsidenten dieses Landes, wird von dem Vorhaben der jetzigen Bundesregierung Abstand genommen, nach der Stilllegung der acht Anlagen erst einmal plus/minus zehn Jahre lang gar nichts zu machen und dann, 2021/2022, wieder neun Anlagen vom Netz zu nehmen. Das wäre meines Erachtens ein Riesenfehler gewesen. Dann hätten wir nämlich mit Sicherheit eine erneute Debatte über die Laufzeitverlängerung gehabt. Die Bundesregierung hat durch die Intervention der Ministerpräsidenten – angeführt, wie gesagt, durch Ministerpräsident Kretschmann – hiervon Abstand genommen. Das begrüße ich ausdrücklich.

Außerdem begrüße ich es ausdrücklich, dass die jetzige Bundesregierung in der Grundausrichtung dessen, was man jetzt mit der 14. Novelle des Atomgesetzes vorhat, im Wesentlichen wieder zu dem zurückkehrt, was Rot-Grün 2000/2002 angedacht hat. Zum Teil geht man sogar darüber hinaus. Das will ich durchaus zugestehen. Daher ist es, wie gesagt, gut nachvollziehbar, dass wir damit sehr zufrieden sind.

Meine Damen und Herren, zur Wahrheit gehört aber auch, dass der breite Konsens, den die CDU/CSU-FDP-Bundesregierung in der Atomfrage neuerdings von der Opposition wünscht, uns in den Zeiten, in denen Rot-Grün in Berlin regierte, und auch in den Jahren danach von Ihnen immer verwehrt geblieben ist. Ich finde, dass das, was jetzt auf den Weg gebracht wurde und wird, diesen Konsens wirklich wert ist. Ich denke, meine Partei hat mit den Beschlüssen, die wir auf dem Berliner Parteitag gefasst haben, gezeigt, dass wir verantwortlich mit dem umgehen, was die Bundesregierung vorgelegt hat, und dass wir zu diesem Konsens bereit sind. Ich finde, wir haben da eine Riesenchance, einen gesellschaftlichen Großkonflikt, den wir über 30 Jahre lang gehabt haben, zu beenden.

Vorhin ist in der Rede des Kollegen Stober schon angeklungen: Tragisch ist, dass dafür die Katastrophe in Fukushima nötig war. In Japan ist genau das eingetreten, wovon Kritiker der Atomenergie in all den Jahren immer gewarnt haben. So ist gerade einmal 25 Jahre nach der Katastrophe in Tschernobyl innerhalb weniger Stunden eine Katastrophe ungeahnten Ausmaßes eingetreten, von der viele gemeint haben, so etwas sei überhaupt nicht möglich. In dieser Situation ist es meiner Meinung nach richtig, den Konsens, der jetzt auf dem Tisch liegt, mitzutragen, um damit einen Endpunkt bei diesem Thema zu setzen.

Das heißt aber nicht, dass wir die Gesetze, die im Zusammenhang mit dem Ausstiegsgesetz auf den Tisch gelegt wurden – EEG, Netzausbaugesetz, Energiewirtschaftsgesetz –, auch ohne Weiteres abzuwinken bereit wären. Aus unserer Sicht gibt es gerade in Bezug auf die Ausgestaltung des EEG doch noch erheblichen Nachbesserungsbedarf.

Ich will ein paar Punkte nennen: Ich kann mich – das sage ich einmal so deutlich, Herr Kollege Lusche – über den Kurs, den insbesondere die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den letzten Tagen und Wochen fährt, in Teilen, ehrlich gesagt, nur noch wundern. Wer aus der Atomenergie aussteigt, der muss doch in irgendetwas anderes einsteigen. Ich denke, darin sind wir uns einig, und das ist auch in Ihrer Rede angeklungen. Einsteigen heißt – darin sind wir uns im Grundsatz auch einig – in erster Linie: einsteigen in die erneuerbaren Energien.

(Minister Franz Untersteller)

Wenn man sich aber anschaut, welche Beschlüsse dazu in den letzten Tagen, gerade am Montag in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Zusammenhang mit dem EEG gefasst wurden, dann muss ich schon fragen: Ist man da auf dem richtigen Weg? Da habe ich doch erhebliche Zweifel. Ich nenne Ihnen einmal ein paar Beispiele.

Wieso beschließt man am Montag, die Degression bei der Windenergie, obwohl man sich eigentlich einig war, dass man sie bei 1 % belässt, auf 1,5 % zu erhöhen? Das schadet uns in Baden-Württemberg und schadet auch Bayern.

Übrigens ist vorhin in dem Beitrag des Kollegen Glück angeklungen, ein Anteil der Windenergie von 10 % sei ambitioniert. Das stimmt. Ich darf aber einmal daran erinnern, dass sich die Staatsregierung in Bayern mit meinem Kollegen Markus Söder und dem Ministerpräsidenten Seehofer

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

neuerdings ebenfalls das Ziel setzt, den Anteil der Windenergie von heute 1 % bis zum Jahr 2020 auf 10 % auszubauen.

(Abg. Johannes Stober SPD: Die Zusammenarbeit klappt wunderbar!)

Meines Wissens ist Ihre Partei, Herr Glück, in Bayern noch immer an der Regierung beteiligt. Sie dürfen davon ausgehen, dass die Südschiene gerade in dieser Frage

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

beispielsweise bei der letzten Umweltministerkonferenz, aber auch jetzt im Vorfeld der Beratungen im Bundesrat, ganz hervorragend funktioniert hat. Dafür bin ich auch sehr, sehr dankbar.

Zweitens: Ich komme zurück zu dem, was am Montag in der Bundestagsfraktion der CDU und der CSU beschlossen wurde. Nehmen Sie die Fotovoltaik. Man sagt jetzt: „Für Anlagen, die eine geringere Leistung als 30 KW haben,“ – das sind alle Anlagen, die sich unsereiner aufs Dach setzt, also meist Kleinanlagen – „werden nur noch 70 % vergütet.“ Mit solchen Maßnahmen macht man diese Anlagen einfach weniger attraktiv. Es tut mir leid: Ich kann das nicht nachvollziehen. Ich will nachher auch noch sagen, warum.

Drittens: Man beschließt am letzten Montag ohne Not, auch bei der Wasserkraft eine Degression von 1 % einzuführen. Auch diese Maßnahme richtet sich explizit gegen die Interessen Baden-Württembergs, weil gerade in Baden-Württemberg die Wasserkraft, wie Sie wissen, eine ganz besondere Rolle spielt.

Ganz abenteuerlich wird es an einem anderen Punkt. Herr Kollege Nemeth wird nachher, glaube ich, auch noch zur Frage der Speichertechnologie sprechen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Ich würde die Frage gern im Anschluss beantworten.

Nach dem Gesetzentwurf muss für Teile des Speicherstroms zukünftig EEG-Umlage gezahlt werden, sprich für die Verluste – das sind bei Speicherstrom etwa 20 % – muss EEG-Umlage gezahlt werden. Auch für den Strom, den z. B. die Schluchseewerke von einem anderen Unternehmen beziehen, um hochzupumpen, soll jetzt EEG-Umlage gezahlt werden. Das bedeutet für die Schluchseewerke, um bei diesem Beispiel zu bleiben, bei den bestehenden Anlagen eine finanzielle Belastung in zweistelliger Millionenhöhe.

Das kann man doch nicht wollen. Wenn man den Anteil der erneuerbaren Energien ausbauen will und die Speicherung in Zukunft eine größere Rolle spielen soll, kann man diese Speicherung jetzt doch nicht zusätzlich solchen aus meiner Sicht überhaupt nicht nachvollziehbaren Belastungen unterwerfen. Ich kann Sie nur ganz herzlich bitten, hier auch auf Ihre Kolleginnen und Kollegen in der Bundestagsfraktion einzuwirken, um auf der Zielgeraden des Gesetzgebungsprozesses noch einmal dafür zu sorgen, dass ein solcher Nonsens unterbleibt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei der Umsetzung der Energiewende stehen für die neue Landesregierung drei gleich wichtige Ziele im Mittelpunkt: erstens Versorgungssicherheit, zweitens Klima- und Umweltverträglichkeit und drittens Bezahlbarkeit bzw. Wirtschaftlichkeit.

Versorgungssicherheit bedeutet für uns, dass wir dafür Sorge tragen müssen, dass die Abschaltung der ersten acht Kernkraftwerke – darunter dann auch Neckarwestheim I und Philippsburg 1 – in den nächsten Wintern auch unter ungünstigsten Bedingungen nicht zu Engpässen führt. Die Versorgungssicherheit muss auf jeden Fall gewährleistet sein.

Es mag vielleicht ungewohnt klingen, aber bei der Frage nach der Sinnhaftigkeit einer atomaren Kaltreserve weiß ich mich mit den Energieversorgern und allen Fachleuten nun wirklich einig. Wenn Sie sich da einmal umhören, werden Sie feststellen, dass es ein großes Kopfschütteln darüber gibt, dass man ein Kernkraftwerk in Kaltreserve halten will.

Worum geht es denn? Es geht darum, dass dann, wenn eine Situation eintritt, in der die Witterung ungünstig ist, gleichzeitig null Windenergie eingespeist wird und konventionelle Kraftwerke vom Netz genommen werden müssen, wenn also mehreres zusammenkommt, Kapazitäten schnell zur Verfügung stehen. Das ist die Situation.

Hören Sie sich einmal unter Fachleuten um. Ich habe auch mit mehreren Leuten von der EnBW geredet. Dort stoßen Sie nur auf großes Kopfschütteln. Warum? Um ein Kernkraftwerk aus einer Kaltreserve hochzufahren, brauchen Sie vier Wochen. Dann sind Sie aber schon wieder fast im Frühjahr.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Daher ist das schlicht und ergreifend eine unsinnige Idee. Ich habe den Eindruck, dass das mittlerweile auch von der Bundesregierung erkannt wurde. Man hat jedenfalls jetzt sowohl in der Runde der Ministerpräsidenten als auch im Bundesrat zugesichert, dass das, wie Kollege Lusche auch gesagt hat, wirklich nur die Ultima Ratio sein kann, die man noch aufs Papier schreibt. Aber ansonsten ist die Bundesnetzagentur an-

(Minister Franz Untersteller)

gehalten, dafür Sorge zu tragen, dass dieser Unsinn nicht realisiert wird.

Noch einmal, Herr Kollege Lusche: Wenn man zu dem Ergebnis kommt: „Wir nehmen jetzt acht Anlagen vom Netz, weil sie unsicher sind“ – das ist die Auffassung der Bundesregierung; Gott sei Dank ist sie das; Philippsburg 1, Neckarwestheim I –, dann kann es nicht sein, dass man sagt: „Ja, aber im Zuge der Kaltreserve nehmen wir eine doch noch einmal in Betrieb.“ Ich meine, davon sollte man die Finger lassen. Es ist auch inhaltlich Unsinn. Wir sollten dafür Sorge tragen, dass wir die Versorgungssicherheit anders gewährleisten.

Sie dürfen davon ausgehen, dass wir in dieser Frage mit den Netzbetreibern in Baden-Württemberg intensiv im Gespräch sind – jedenfalls mein Haus ist es –, um uns diesem Thema zu widmen, weil ich es sehr ernst nehme, und dass wir alles dafür tun werden, dass ein solcher Fall im Winter nicht eintreten wird.

Das zweite Ziel ist die Umweltverträglichkeit. Ich meine, es erklärt sich von selbst: Angesichts der klimapolitischen Herausforderungen, vor denen wir stehen, nämlich bis zum Jahr 2050 die CO₂-Emissionen in den großen Industrieländern um 90 % reduzieren zu müssen – global gesehen sind es 50 % –, heißt dies in erster Linie, dass wir auf die erneuerbaren Energien setzen müssen und dass wir die Energieeffizienz voranbringen müssen.

Es heißt aber auch noch etwas anderes: Wir werden die abgehenden Kapazitäten allein durch die erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg nicht ersetzen können. Wir werden auch durch die erneuerbaren Energien plus Offshore die abgehenden Kapazitäten in Baden-Württemberg nicht ersetzen können, sondern wir werden – zumindest in der Übergangsphase – schauen müssen, dass wir CO₂-arme, flexible Kraftwerkstechnologien zusätzlich ans Netz bekommen. Das sind heutzutage in erster Linie Gaskraftwerke.

Nun haben wir in Baden-Württemberg schon genehmigte Standorte. Ich nenne nur einmal Karlsruhe, wo es ein von der EnBW angedachtes Projekt gibt. Dafür gibt es einen genehmigten Standort. Es gibt ein von den Stadtwerken Böblingen angedachtes Projekt, und es gibt auch Überlegungen von anderen Stadtwerken. Aber diese kommen im Moment nicht zum Tragen. Warum? Weil sie sich hinsetzen, rechnen und zu dem Ergebnis kommen: Unter den bestehenden Rahmenbedingungen, die wir heute an der Strombörse in Leipzig haben, rechnet es sich nicht. Bei den Grenzkostenkraftwerken liegen sie bei etwa 6 Cent pro Kilowattstunde. Dafür bauen sie kein neues Kraftwerk; es rechnet sich schlichtweg nicht.

Das war der Grund dafür, dass wir von der neuen Landesregierung in den Gesetzgebungsprozess hineingegangen sind und gesagt haben: Lasst uns einmal überlegen, ob wir ein neues Instrument einführen, Stichwort Kapazitätsmarkt, durch das wir dann für eine Übergangsphase Sorge dafür tragen, dass Gaskraftwerke überhaupt zum Laufen kommen. Man kann es sich so vorstellen, dass man eine Ermächtigung ins Energiewirtschaftsgesetz schreibt: Für die verschiedenen Regionen in Deutschland kann man bestimmte Mengen ausschreiben. Nehmen wir einmal theoretisch an, dass wir für Süddeutschland 2 000 oder 3 000 MW ausschreiben, auf die sich dann große Unternehmen wie die EnBW, aber auch Stadt-

werke und andere Investoren bewerben können. Das wird auktioniert.

Ich denke, das wäre der richtige Ansatz. In der ersten Runde im Bundesrat hatten wir dafür sogar eine Mehrheit. Leider ist das dann auch wieder durch Intervention des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden in Berlin relativiert worden. Aber wir haben sowohl aus dem Bundeswirtschaftsministerium als auch aus dem Bundesumweltministerium das Signal, dass man bereit ist, sich bei dieser Frage zu öffnen und in diese Richtung weiter zu denken, weil man auch selbst sieht: Anders werden wir in diesem Bereich nicht zu neuen Kapazitäten kommen.

Meine Damen und Herren, noch einmal zurück zur Energie- wende und zum Ausbau der erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg. Dazu noch ein paar Bemerkungen:

Im Jahr 2010 hatten wir einen Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung von 16,6 %. Im Bereich des Primärenergieverbrauchs liegt der Anteil bei 9,8 %. In beiden Bereichen wollen wir den Anteil deutlich steigern. Die größten Chancen sehen wir dabei in zwei Bereichen, nämlich erstens bei der Windenergie – das ist schon vorhin angeklungen – und zweitens bei der Fotovoltaik.

Ich fange einmal mit Letzterem an. Im Jahr 2010 wurden in Baden-Württemberg durch Fotovoltaik 2,5 TWh, wenn ich es richtig im Kopf habe, Elektroenergie bereitgestellt. Dies entspricht in etwa einem Anteil von plus/minus 3 % an der Bruttostromerzeugung. Wenn Sie einmal einen Blick in das Energiekonzept der Vorgängerregierung werfen, dann werden Sie darin das Ziel von 3 % für 2020 finden. Damit will ich sagen, dass in der Vergangenheit manche die Dynamik, die in den erneuerbaren Energien steckt, erheblich unterschätzt haben.

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Aber auch die Gefahren!)

Gerade in den letzten Jahren wurde im Bereich der Fotovoltaik einiges zugebaut. Ich werde nachher noch etwas dazu sagen. Aus meiner Sicht ist es durchaus möglich – das zeigt sich auch, wenn man mit Fachleuten redet –, dass wir, wenn wir die Dynamik beibehalten, in den kommenden Jahren, etwa bis 2020, durchaus in Richtung 10 % kommen können.

Jetzt kommt natürlich häufig der Einwand, dass mittlerweile die meisten Module aus China kämen und wir mit EEG-Mitteln den Bau von Modulen in China finanzierten. Ich empfehle bei dieser Frage einmal, sich in Baden-Württemberg etwas umzuschauen. Sie werden dann feststellen, dass die Module, die aus China kommen, in der Regel von Maschinen produziert werden, die in Baden-Württemberg für den chinesischen Markt gebaut wurden. Ich denke hier an Unternehmen wie Centrotherm oder Manz. Eine ganze Reihe von Maschinen- und Anlagenbauern in Baden-Württemberg sind in diesem Bereich aktiv und stellen solche Anlagen her, auf denen dann wiederum, gerade in Asien, Module produziert werden. Wir profitieren hier ganz enorm von dieser Entwicklung, und zwar auch im Weltmarktmaßstab.

Daher bitte ich darum, nicht so kurzfristig vorzugehen, wie es in manchen Debatten den Anschein hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Minister Franz Untersteller)

Zweitens: Windenergie. Bei der Windenergie, Herr Kollege Lusche, ist die Geschichte dessen, was die alte Regierung gut gemacht hat, ziemlich schnell erzählt. Sie hat nämlich einen neuen Windenergieatlas erstellt.

(Zuruf von den Grünen: Das war gut, ja!)

Das ist die gute Seite an der Geschichte. Denn dieser neue Windenergieatlas zeigt, dass Baden-Württemberg ein Windenergieland ist.

(Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

– Herr Mappus, ich empfehle Ihnen, einmal in diesen Atlas hineinzuschauen. Sie werden feststellen – das sind die Ergebnisse –: Wenn man in Höhen von 100, 120 oder 140 m misst, kommen plötzlich völlig andere Ergebnisse heraus als früher, als man in Höhen von 70 oder 80 m gemessen hatte.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Warum braucht man dann Subventionen?)

Plötzlich hat man eine ganze Reihe von interessanten Standorten, die oberhalb einer Größenordnung von 5,5 m pro Sekunde liegen, ab der es wirtschaftlich interessant wird.

Jetzt geht es darum, die planerischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir diese guten Standorte, die wir in Baden-Württemberg offensichtlich haben und die bislang nicht genutzt werden konnten, nun nutzen können. Seitens meines Hauses haben wir mit dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur und dem Landwirtschaftsministerium eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet, die derzeit eine Novellierung des Landesplanungsgesetzes erarbeitet. Ich hoffe, dass wir noch vor der Sommerpause einen Entwurf vorlegen können; spätestens aber nach der Sommerpause werden wir diesen Entwurf hier im Haus einbringen.

Ich habe gestern auf dem Windbranchentag – er war übrigens so gut besucht wie noch nie; vielen Interessenten musste abgesagt werden; in diesem Bereich im Land herrscht eine richtige Aufbruchstimmung –

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

erwähnt, dass wir von einer Situation wegkommen werden, die von Schwarz-Weiß-Denken gekennzeichnet ist. Bislang hatten wir weniger als 1 % – es waren eigentlich nur 0,5 % – der Landesfläche für Vorranggebiete zur Verfügung. 99,5 % waren Ausschlussgebiete. Es ist ja nicht so, dass es nicht auch in den Ausschlussgebieten Flächen gibt, die hierfür interessant sind. Das Problem ist vielmehr, dass in der Vergangenheit viele mögliche Standorte nur deshalb zu Ausschlussgebieten erklärt wurden, weil es hieß: „Diese Standorte sind sichtbar.“ Eine Windkraftanlage kann man nun einmal nicht verstecken. Das gilt insbesondere für die neuen Anlagen, die 120, 130 oder 140 m hoch sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich bin aber guter Dinge, dass wir in der jetzigen Situation, in der wir vor der Aufgabe stehen, aus der Kernenergie auszuweichen, erleben werden, dass den Menschen auch klarer wird, dass man in etwas Neues einsteigen muss. Wenn man in etwas Neues, in die erneuerbaren Energien, einsteigt, dann braucht man aber auch neue Standorte. Es geht dabei darum,

die Bevölkerung frühzeitig bei solchen Projekten mitzunehmen und sie vielleicht auch in wirtschaftlicher Hinsicht daran zu beteiligen – Stichwort Bürgerwindkraftwerke –

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Genau!)

oder sich auch einmal Gedanken zu machen, ob man nicht auch auf Flächen, die dem Land gehören, etwa in Forstgebieten, Vorranggebiete für solche Projekte bereitstellt, an denen sich Bürgerinnen und Bürger beteiligen können. Vielleicht kann man auch einmal überlegen, wie sich Kommunen hieran beteiligen könnten.

Ich glaube, dass man auf diese Art und Weise eine ganze Reihe von Problemen, die man in der Vergangenheit gehabt hat, wenn es um Akzeptanz geht, in den Griff bekommen kann.

Es wurde ja kritisiert, wir wären mit der geplanten Zahl von 130 bis 150 neuen Anlagen zu ambitioniert. Ich meine, wenn man aus Baden-Württemberg kommt, wo im letzten Jahr acht Anlagen gebaut wurden – in dem kleinen Saarland, aus dem ich stamme und das ein bisschen größer als der Ortenaukreis ist, wurden im letzten Jahr 13 Anlagen gebaut –, mag das durchaus sehr ambitioniert aussehen. Wenn Sie aber einmal in unser Nachbarland Rheinland-Pfalz schauen, wo im letzten Jahr 64 Anlagen gebaut wurden – Rheinland-Pfalz hat etwas mehr als die Hälfte der Größe von Baden-Württemberg –, dann sehen Sie, dass das durchaus möglich ist, wenn auch ambitioniert; das räume ich ein. Aber ich glaube, dass es möglich ist und dass wir uns dieses ambitionierte Ziel setzen sollten, dass wir in diese Richtung gehen sollten. Was soll denn sonst das Ziel sein? Wenn wir in die erneuerbaren Energien einsteigen wollen, dann spielt die Windenergie eine ganz zentrale Rolle.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Vielleicht noch ganz kurz zu dem angesprochenen Thema „Energieeffizienz bei Gebäuden“. Ich bin völlig überzeugt davon, dass wir hier weiter vorangehen müssen. Wir müssen, was die Sanierungsquote betrifft, von 1 % wegkommen und möglichst zu 2 % kommen. Hier ist aber vor allem der Bund mit seinen Förderprogrammen gefordert. Auch hier machen wir im Moment Druck, dass die KfW-Mittel weiter ausgebaut werden. Ich bin eigentlich guter Dinge, dass das auch gelingt.

Ich kann Sie nur bitten und auffordern, den konstruktiven Kurs, den Sie angeboten haben, Herr Kollege Lusche – dafür bin ich wirklich sehr dankbar –, auch in den nächsten Monaten weiter mitzugehen, uns zu begleiten, wenn es darum geht, z. B. das Landesplanungsgesetz zu novellieren, wenn es auch darum geht, das Erneuerbare-Wärme-Gesetz zu novellieren. Auch das werden wir im Herbst, denke ich, hier einbringen. Wir werden hier sehr zeitnah einen Bericht über die bisherigen Erfahrungen mit dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz einbringen.

Ich freue mich da auf intensive Diskussionen mit Ihnen und bin guter Dinge, dass wir eine Reihe von Punkten haben, bei denen es im Unterschied zur bisherigen Energiepolitik, über die wir immer kontrovers diskutiert haben und grundsätzlich anderer Auffassung waren, wirklich darum geht, wer die besseren Ideen hat, um das Ganze voranzubringen.

Daher ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister Untersteller, es liegen mittlerweile zwei Nachfragen vor: eine vom Kollegen Dr. Bullinger und eine vom Kollegen Lusche.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, ich habe die Stellungnahme von Ihnen genau gelesen. Darin haben Sie auch von einem Zielkonflikt gesprochen, der wie bei der Windkraft auch bei der Wasserkraft besteht. Wir waren gemeinsam mit den Kollegen Schmiedel und Röhm im Beirat der Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke. Wie sehen Sie hier die Chancen, vor allem im Zielkonflikt mit den Ansprüchen des Naturschutzes und auch der Fischerei? Das ist ja dieses ewige Thema. Wie wollen Sie diesen Konflikt jetzt angehen? Denn das ist ein Dauerkonflikt, den es schon immer gab.

Die zweite Frage, die ich noch habe, betrifft das EEG. Sie wissen, bei den regenerativen Energien ist vor allem die Bioenergie, was die Landwirtschaft angeht, sehr wichtig. Da hat man beim EEG etwas übertrieben. Es gibt teilweise in der Landwirtschaft Auswüchse bei Biogasanlagen. Der Entwurf des neuen EEG hat jetzt bedauerlicherweise Großanlagen bevorzugt. Wie weit ist man dort auch über den Bundesrat gekommen? Ich habe mit den Bundestagskollegen Göppel von der CSU und Meierhofer von der FDP, die beide in der richtigen Richtung gewirkt haben, versucht, da noch etwas zu intervenieren. Das wäre für uns wichtig, denn die Wertschöpfung soll bei den Landwirten bleiben und nicht in Großanlagen gehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dritte Frage: Können Sie oder vielleicht auch der Wirtschaftsminister etwas zur Förderung von Energiegenossenschaften, Windgenossenschaften sagen?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Ich fange mit dem Thema Biogasanlagen an. Sie sprechen da ein wichtiges Thema an. Die Landesregierung hat sich in den letzten Wochen sehr bemüht, insbesondere für die kleineren Anlagen mehr herauszuholen, und ist bislang doch in einigen Punkten an der CDU/CSU-FDP-Bundesregierung gescheitert.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Schon wieder? Immer das Gleiche!)

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Zukünftig werden Sie bei Kleinanlagen – das sind Anlagen, die dann auf den Einzelhöfen stehen – eine Förderung nur dann bekommen – auch das ist, glaube ich, ein Ergebnis der Montagsrunde; ich bin mir aber nicht ganz sicher –,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: 75 kW!)

wenn Sie eine Wärmenutzung vorweisen. Jetzt gehöre ich selbst zu denen, die in der Vergangenheit immer gesagt haben: Man muss in diesem Bereich schauen, dass es effizienter vorangeht. Aber wie wollen Sie gerade bei diesen Kleinanlagen, die auf Einzelhöfen irgendwo draußen angesiedelt sind, eine Wärmenutzung sicherstellen?

Daher glaube ich, eine Richtung, wie sie jetzt angedacht ist, nämlich die Vergütung für Großanlagen zu erhöhen und dafür den Kleinanlagen nichts mehr zu geben, kann nicht im Interesse von Baden-Württemberg und auch nicht im Interesse von Bayern sein. Sie dürfen davon ausgehen, dass wir in den

nächsten Tagen noch einmal alles versuchen, um bei diesem Punkt eine Verbesserung zu erreichen.

Was war die erste Frage?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wasserkraft!)

– Bei der Wasserkraft sind wir derzeit dabei – ich drücke es einmal so aus –, die Potenziale an den Flüssen in Baden-Württemberg zu erheben. Am Neckar sind wir weitgehend fertig. Wir haben nachgewiesen, dass wir an den bestehenden Schwellen noch einiges machen können und einige Projekte realisieren können. Dies werden wir auch an den anderen Flüssen in Baden-Württemberg tun.

Es gibt gegenwärtig eine von der EnBW durchgeführte Erhebung. Dabei werden allerdings nur die größeren Potenziale, die es hier gibt, betrachtet. Wir wollen auch im Bereich unterhalb der größeren Potenziale schauen, was machbar ist; beispielsweise werden wir dies bei der Donau, aber auch bei der Iller tun.

Danach wird es darum gehen, wie das Ganze mit den Interessen der Fischereiwirtschaft und des Naturschutzes abgewogen werden kann. Das ist nicht einfach. Allerdings bestehen insbesondere Chancen im Hinblick auf den Naturschutz, wenn man vorhandene Schwellen nutzt, um Wasserkraftanlagen neu zu errichten bzw. bestehende Wasserkraftanlagen zu modernisieren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Technisch!)

Es gibt nun einmal die Wasserrahmenrichtlinie der EU. Nach dieser sollte die Durchgängigkeit der Flüsse in den kommenden Jahren hergestellt werden. Wenn ein potenzieller Investor sagt: „Ich will hier eine Anlage bauen“, kann ich ihm entgegen: „Das geht aber nur, wenn die Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie eingehalten werden.“ Was will ich denn mehr, wenn ich nicht öffentliche Mittel einsetzen muss, um die Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie sicherzustellen, sondern dies über einen potenziellen Investor für Wasserkraftanlagen tun kann?

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Dies gilt natürlich immer unter Beachtung der naturschutzrechtlichen Anforderungen.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Lusche.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Herr Minister, in diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, dass wir Ihren Kollegen Bonde bei der Behandlung der Frage von kleinen und großen Biogasanlagen im EEG öffentlich unterstützt haben, als er entsprechende Entwicklungen in diesem Bereich kritisiert hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Gleichwohl möchte ich etwas Wasser in den Wein gießen. Sie haben die folgende Trias genannt: Umweltfreundlichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit. Zu den beiden zuerst genannten Punkten haben Sie etwas ausgeführt. Zur Bezahlbarkeit haben Sie nichts ausgeführt.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Das stimmt.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Der Bundesvorsitzende der SPD hat zu Recht auf den vom ehemaligen Ministerpräsidenten Mappus immer wieder betonten Punkt hingewiesen, dass gerade für Menschen mit kleinerem Einkommen die Bezahlbarkeit der Energie im Rahmen eines Umstiegs eine ganz wesentliche Größe bleibt.

Insofern frage ich Sie – Sie haben viele Punkte angesprochen, bei denen Sie die Reduzierung von Umlagen, die Einführung von Umlagen usw. kritisiert haben –: Sind Sie nicht doch mit mir der Meinung, dass bei allem Willen, die erneuerbaren Energien zu fördern, natürlich auch Gesichtspunkte der Effizienz und der Wirtschaftlichkeit im Hinblick darauf, was gefördert wird, eine Rolle spielen müssen, wenn man eine Gesamtbelastung – die 3,5 Cent pro Kilowattstunde – nicht überschreiten will und damit die Leute finanziell nicht überfordern will? Deswegen kommt man eben nicht um die Diskussion herum, wo man Schwerpunkte setzt, sodass man aus diesem Grund etwa bei der Förderung von Standorten von Windkraftanlagen differenzieren muss, was man wie fördern will, weil der finanzielle Topf endlich ist.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herr Kollege Lusche, ich stimme mit Ihnen grundsätzlich überein. Ich glaube aber, dass wir das Problem nicht so sehr bei der Windenergie haben als vielmehr bei der Fotovoltaik. Dazu wurde in der Vergangenheit immer wieder öffentlich diskutiert, im Bereich des EEG werde zu viel Geld für den Bereich der Fotovoltaik aufgewandt, obwohl dieser Bereich bei der Energieversorgung nur ca. 3 % ausmache. Die Windenergie macht mittlerweile wesentlich mehr aus.

Inzwischen ist es der Bundesregierung in Absprache mit den Verbänden gelungen, in diesem Bereich einen sogenannten atmenden Deckel einzuziehen. Das halte ich für richtig. Wenn ich es recht weiß, liegt dieser bei 3,5 GW. Wenn wir darüber kommen, werden wir neben den 9 %, die wir sowieso jährlich absenken, noch einmal absenken – Richtung 15 %.

Ich halte dies eigentlich grundsätzlich für die richtige Herangehensweise. Aber ich habe mich dagegen gewehrt – das war im EEG ursprünglich angedacht –, darüber hinaus weitere Kostenabsenkungen bzw. Absenkungen der Vergütung in der Größenordnung von 5 bis 6 % vorzunehmen. Dies ist Gott sei Dank aus dem Entwurf genommen worden.

Sie müssen sehen: Wir sind mittlerweile auf einem Weg, dass die Vergütung Ende dieses Jahres oder Anfang nächsten Jahres unterhalb dessen liegt, was Sie und ich für eine Kilowattstunde Strom bezahlen, die wir von einem Energieversorger beziehen. Was heißt das? Sie werden als jemand, der auf dem Dach Strom produziert, nie an Energieversorger einspeisen, sondern Sie werden schauen, dass Sie die Energie möglichst für den Eigenverbrauch nehmen. Das ist natürlich noch einmal eine Entlastung.

In den kommenden Jahren werden die Kosten weiter sinken. Daher glaube ich, mit den 3,5 Cent haben wir weitgehend –– Vielleicht gibt es noch eine leichte Erhöhung. Aber wir werden die enormen Kostensteigerungen beim EEG, wie wir sie hier in der Vergangenheit gesehen haben, nicht noch einmal

haben. Nichtsdestotrotz: Ich gebe Ihnen grundsätzlich recht, dass man den Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht vorgegaukeln darf, es gebe die Energiewende umsonst.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: So ist es!)

Sie kostet durchaus Geld. Aber von den Horrorzahlen, die da in den letzten Monaten in die Welt gesetzt wurden, halte ich wenig. Nehmen wir einmal jemanden wie Dr. Claudia Kemfert, leitende Ökonomin am DIW, nehmen wir Dr. Felix Matthes vom Öko-Institut, um die beiden Extreme zu nennen. Beide sind der Auffassung, die Kostensteigerung halte sich in engen Grenzen. Wir werden in den kommenden Jahren durch die Energiewende eine Kostensteigerung haben, die im 1-Cent-Bereich pro Kilowattstunde liegt; lassen Sie es 2 Cent sein. Das sind Beträge, über die man nun wirklich nicht verzweifeln muss.

Im Übrigen, Herr Kollege Lusche, empfehle ich Folgendes: Wir leben in einer Marktwirtschaft. Mittlerweile wird der Strom über die Strombörse in Leipzig gehandelt. Wenn Sie einmal geschaut haben, wie die Effekte an der Strombörse in Leipzig waren, nachdem die jetzige Bundesregierung im Rahmen des Moratoriums die sieben Anlagen im März stillgelegt hat, dann haben Sie Folgendes gesehen: Die Preiseffekte waren minimal.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Für 2012 nicht!)

Ich nenne die konkreten Zahlen: Wir lagen vor März bei 50 bis 52 € pro Megawattstunde, heute liegen wir bei 60 €. Das ist zunächst eine relevante Steigerung. Nur, Herr Mappus, man sollte wissen: 2006/2007 lagen wir an der Börse bei 80 bis 90 €. Nach dem, was man früher von angeblichen Versorgungslücken gehört hat, hätte man eigentlich, wenn ein Gut an der Börse knapp ist und acht Anlagen – 6 000 bis 7 000 MW – vom Netz genommen werden, einen wesentlich größeren Preissprung erwarten müssen, als man ihn gesehen hat. Alle Fachleute sagen Ihnen: „Was Sie da sehen, ist eher ein Indiz dafür, dass wir im Markt in Deutschland in der Vergangenheit Überkapazitäten hatten.“ Dass es so ist, sehen Sie im Übrigen daran, dass wir in den Jahren 2006, 2007, 2008 oder 2009 in Deutschland jeweils Stromexportüberschüsse in einer Größenordnung von 20 TWh hatten, und das in einer Situation, in der drei bis vier Anlagen stillgelegt waren. Dass wir, von daher gesehen, Versorgungslücken hätten, halte ich für eine Mär.

Noch einmal: Wir werden im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher, übrigens auch im Interesse der Industrie einen Blick auf die Fragen der Wirtschaftlichkeit richten. Aber die Effizienzpotenziale, die Einsparpotenziale, die es sowohl im privaten als auch im industriellen Bereich gibt, gilt es auch einmal zu heben. Die Ergebnisse der Forschung der Deutschen Energie-Agentur, die in den letzten Jahren vorgelegt wurden, zeigen, dass wir in wesentlichen Bereichen unserer Industrie Einsparpotenziale von 30 bis 40 % haben. Mit dem, was in unserem Koalitionsvertrag steht, nämlich mit einem eigenen Förderprogramm die Energieeffizienz bei kleinen und mittleren Unternehmen anzureizen, wollen wir alles daransetzen, diese Effizienzpotenziale zu heben.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Doch. Eine Nachfrage des Kollegen Nemeth.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Wir haben noch Redezeit!)

– Ja, Sie haben noch eine Minute und drei Sekunden.

Abg. Paul Nemeth CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Kollege Untersteller hat gerade eine Dreiviertelstunde lang so wortreich die neue Energiepolitik beschrieben, dass wir schon noch ein paar Dinge dazu sagen müssen.

Herr Minister Untersteller, Sie haben viel gesagt, aber Sie sind ganz viele Antworten schuldig geblieben;

(Zurufe von den Grünen: Was?)

denn die Arbeit mit der Energiewende endet nicht mit dem Ausstieg aus der Kernkraft, sondern sie beginnt nun. Sie haben keinerlei Antwort darauf gegeben, wie denn die Energiewende gelingen kann, ohne dass die Preise explodieren, Herr Minister Untersteller. Bei uns sind die Energiepreise schon jetzt um 50 % höher als im Rest Europas, und die Entwicklung geht leider so weiter.

(Zurufe von den Grünen)

Sie haben auch nichts dazu gesagt, wie Sie denn die Stromtrassen, die neuen Kraftwerke und die neuen Speicher, z. B. in Atdorf, realisieren wollen. Der runde Tisch, der von der CDU und später auch von Ihnen und anderen gefordert wurde, hat in der letzten Woche begonnen. Kollege Schreiner und ich waren dabei, andere Abgeordnete auch. Die Grünen sind zwar im Generellen und auf Landesebene dafür. Aber konkret vor Ort ist der Kreisverband der Grünen vehement dagegen und tut alles, um dieses für unser Land so wichtige Projekt zu verhindern.

Deswegen, lieber Herr Minister Untersteller: Hier sind Sie gefordert. Sie waren beim ersten runden Tisch nicht dabei.

(Minister Franz Untersteller: Aber beim dritten!)

Ich würde Ihnen dringend empfehlen, vor Ort zu kommen

(Minister Franz Untersteller: Mache ich!)

und mit Ihren Kollegen der Grünen vor Ort für diese Wende zu werben. Sie wissen ganz genau, dass wir diese Speicher brauchen. Das sind 1 400 MW.

(Glocke der Präsidentin)

Sie sind entscheidend für die Wende. Deswegen ist hier noch viel Arbeit zu leisten. Wir werden Sie nicht an Ihren Worten messen, sondern an Ihren Taten.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kollege Nemeth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Winkler?

Abg. Paul Nemeth CDU: Gern. Herr Winkler war auch dabei.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das will er jetzt wahrscheinlich sagen.

(Heiterkeit – Abg. Volker Schebesta CDU: Jetzt wissen wir es!)

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Kollege Nemeth, Sie haben gerade gesagt, bei uns seien die Strompreise um ca. 50 % höher als im Rest Europas. Ist Ihnen bekannt, dass wir in Deutschland seit zehn Jahren die gleichen Gestehungskosten bei Strom haben wie die Franzosen, obwohl der Anteil der Kernkraft in Frankreich bei 80 % liegt?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Abg. Paul Nemeth CDU: Ja, das ist doch das Ergebnis Ihrer Politik, Herr Winkler.

(Lachen bei den Grünen und der SPD)

Das ist das Ergebnis Ihrer Politik: 50 % der Gesamtkosten des Strompreises sind Steuern und Gebühren.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Weniger! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir reden von Gestehungskosten!)

Sie haben völlig recht. Nur ändert das nichts an der Tatsache, dass sowohl unsere mittelständischen Betriebe, besonders die energieintensiven Betriebe, als auch die Bürgerinnen und Bürger hier wesentlich mehr zahlen müssen. Da müssen wir doch ziemlich aufpassen.

Es ist ja auch ein Fakt, dass wir im Augenblick Kernstrom aus Frankreich importieren, um unsere Energieversorgung aufrechtzuerhalten. Auch deswegen sind solche Pumpspeicherverwerke ganz entscheidend notwendig. Nur so kann die Wende gelingen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erteile ich Herrn Kollegen Renkonen.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Ich will die Debatte wirklich nicht verlängern, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber ich habe heute das Gefühl, die CDU hat sich endgültig zur „Dagegen-Partei“ erklärt.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Lachen bei der CDU)

Ich fange einmal an aufzuzählen: Die CDU gegen den Atomausstieg, die CDU gegen Windkraft wegen Verspargelung, die CDU gegen die Novellierung und gegen das EEG. Das wollten Sie wieder rückgängig machen. Das haben Sie jetzt natürlich nicht rückgängig gemacht, weil Sie gemerkt haben, dass das EEG bundesweit 370 000 Arbeitsplätze gebracht hat. Sie werfen der Regierung vor, dass sie innerhalb von sechs Wochen nicht in der Lage ist, die Versäumnisse von 57 Jahren CDU aufzuholen. Da muss ich mich fragen: Wo sitze ich eigentlich?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Ulrich Lusche CDU: Schlicht falsch wiedergegeben!)

– Nein, nicht falsch wiedergegeben.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Ich habe von Gesetzesvorlagen gesprochen! Schauen Sie ins Protokoll!)

Sie müssen nur in der Liste des Ministeriums nachlesen, was alles für konstruktive Vorschläge aus Baden-Württemberg in

(Daniel Renkonen)

Richtung Bundesregierung gemacht wurden, was die Novellierung des EEG angeht. Da kann man sich doch nicht allen Ernstes hier hinstellen und der Öffentlichkeit weismachen wollen, die neue Regierung bekomme nichts auf die Reihe. Die hat sich doch teilweise noch gar nicht richtig organisiert, und da soll sie schon ganz Baden-Württemberg revolutionieren. Also wirklich!

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Was? Ihre Regierung ist nicht organisiert?)

Sie haben das in den letzten Jahren eben versäumt. Sie hätten z. B. das Landesplanungsgesetz ändern können. Da reicht es nicht, einen Windatlas herauszugeben. Ein Windatlas ist toll. Da kann man nachschauen, auf welchem Standort sich vielleicht einmal ein Windrädle dreht. Aber man muss doch die gesetzlichen Rahmenbedingungen ändern. Das haben Sie nicht gemacht.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Haben Sie gehört, was der Minister zum Windatlas gesagt hat?)

Das Landesabfallgesetz haben Sie nicht geändert. Die Landkreise könnten viel stärker in die Biomüllvergärung einsteigen.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Was ist denn das für ein Argument?)

Das alles sind Möglichkeiten, um hier parlamentarisch Einfluss zu nehmen. Ich kann Ihnen jetzt versprechen: Wir Grünen werden die Energiewende aktiv vorantreiben, indem wir diese Gesetzesvorhaben umsetzen werden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Wenn die Ministerien organisiert sind!)

Deshalb war der Regierungswechsel in Baden-Württemberg absolut notwendig.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, nun liegen wirklich keine weiteren Wortmeldungen vor, und wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der vorliegenden Anträge.

Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/159, abstimmen. Mit diesem Antrag soll dem Antrag Drucksache 15/77 ein Abschnitt II angefügt werden. Wenn ich es vorhin richtig verstanden habe, Kollege Schebesta, wünschen Sie getrennte Abstimmungen über die Ziffern 1 bis 4 und 5 bis 7.

Dann lasse ich zuerst über die Ziffern 1 bis 4 des Änderungsantrags abstimmen. Wer diesen Ziffern zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Die Ziffern 1 bis 4 sind mehrheitlich angenommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Ziffern 5 bis 7 des Änderungsantrags. Wer ihnen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit sind die Ziffern 5 bis 7 einstimmig angenommen.

Der beschlossene Änderungsantrag wird zu Abschnitt II des Ursprungsantrags Drucksache 15/77. Der Ursprungsantrag wird dadurch zu Abschnitt I, der als Berichtsteil für erledigt erklärt werden kann. – Sie stimmen dem zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – Kosten des Baustopps beim Bahnprojekt Stuttgart 21 beziffern – In Zukunftsprojekte statt in Stillstand investieren – Drucksache 15/24

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich dem Kollegen Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Stellungnahme zu unserem Antrag halten wir für mehr als unbefriedigend. Manchmal kann man auch dort etwas herauslesen, wo nichts drinsteht.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das wird nicht das letzte Mal sein!)

Es kommt nicht oft vor, dass die Stellungnahme kürzer ist als der Antrag, den man stellt.

Wir haben Verständnis für die Anlaufphase. Wir haben es heute gehört: Auch im Verkehrsministerium braucht man eine Anlaufphase. Insofern ist immer wieder bemerkenswert: Gegenüber der Bahn wird wortgewaltig argumentiert, gegenüber dem Parlament wird es dann doch etwas wortkarg. Warum für diese Stellungnahme dann noch eine Fristverlängerung notwendig war, ist uns fast schon rätselhaft und schleierhaft.

Der Lenkungskreis hat am 30. Mai getagt. In der Stellungnahme des Verkehrsministeriums wird aufgeführt, dass die Zahlen noch plausibilisiert werden müssten. Wir fragen uns natürlich, ob diese Zahlen inzwischen innerhalb der verlängerten Frist plausibilisiert wurden. Ebenso wurden die Kosten des Baustopps von 410 Millionen € angezweifelt. Hier heißt es, die Angaben seien noch nicht nachvollziehbar. Es hätte uns natürlich auch interessiert, ob es zwischenzeitlich Rückfragen zu diesem Thema gibt. Erfreulich ist natürlich, dass es in der Zwischenzeit zu keinem weiteren Baustopp gekommen ist.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Dann ist doch euer Antrag erledigt!)

Wir gehen davon aus, dass die grün-rote Landesregierung offensichtlich doch erkannt hat, dass die Kostenbeteiligung des Landes bei einem Baustopp in keiner Weise zu verantworten wäre.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Dann ist der Antrag erledigt!)

(Jochen Haußmann)

Wohl auch deshalb wurde im Lenkungsausschuss auf einen entsprechenden Antrag seitens des Landes verzichtet. Auch dies legt den Schluss nahe, dass die Landesregierung entgegen der Stellungnahme sehr wohl weiß, welche finanziellen Folgen entstünden.

Daher fragen wir uns: Warum steht in der Stellungnahme überhaupt nichts dazu drin? Es ist natürlich eine Binsenweisheit, dass Baustopps bei Bauprojekten immer mit erheblichen Kosten verbunden sind. Wenn man nicht persönlich oder monetär betroffen ist, wenn man nicht persönlich haften muss, kann man mit solchen Forderungen natürlich viel lockerer umgehen.

An dieser Stelle möchte ich einfach darauf hinweisen: Wenn die Projektpartnerschaft, so, wie sie hier gepflegt wird, eher auf Konfrontation abgestellt ist, braucht man sich natürlich nicht zu wundern, dass die Umsetzung des Projekts in dieser Form viel schwieriger ablaufen wird, als wenn die Projektpartnerschaft ordentlich gestaltet ist und die Projektpartner an einem Strang ziehen.

Die Stellungnahme weist dann zu unserer Frage, aus welchem Haushaltstitel die Landesregierung eine eventuelle Beteiligung des Landes an den Kosten eines Baustopps zu erbringen beabsichtigt, aus, dass die Landesregierung es für vorteilhafter ansieht, so lange auszusetzen, bis die Volksabstimmung durchgeführt worden ist. Da fragen wir uns natürlich: Wenn denn eine Volksabstimmung kommen sollte – möglicherweise erst 2012 –, kann es doch nicht im Ernst eine Forderung der Landesregierung sein, dass die Bahn die entstehenden Kosten vollständig übernimmt. Wenn gemäß der Stellungnahme des Verkehrsministeriums den laufenden Verhandlungen zwischen der Landesregierung und der Deutschen Bahn AG nicht vorgegriffen werden darf, wieso verhält man sich in der Öffentlichkeit, wieso verhält sich der Verkehrsminister in der Öffentlichkeit dann ganz anders dazu?

Noch einmal: Seit dem 14. Juni wird weitergebaut. Der Antrag ist durch die Erfüllung des Beschlusstells natürlich weitgehend erledigt,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann ziehen Sie ihn zurück! Aus dem Verkehr damit!)

aber ich würde Sie doch darum bitten, zu diesen Fragen noch einmal Stellung zu nehmen. Wir bitten auch darum, zu Anträgen künftig eine ausführliche Stellungnahme vorzulegen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der war billig beantwortet!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort erteile ich der Kollegin Razavi.

Abg. Nicole Razavi CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag der FDP/DVP passt eigentlich ganz gut zu der Art und Weise, wie wir heute Morgen diskutiert haben, und zu dem, was wir heute Morgen gehört haben: Die Stellungnahme ist ungenau, sehr nebulös und sehr ausweichend. Aber diese Art der Antwort passt eigentlich nicht zu dem, wofür der Minis-

terpräsident wirbt, nämlich zu einer Politik des Gehörtwerdens und der Offenheit. Die Stellungnahme steht für genau das Gegenteil: Die Landesregierung weicht aus, sie beantwortet wesentliche Fragen gar nicht, und sie zieht sich auf die immer gleichen leeren Formeln zurück.

Herr Minister Hermann – auch das ist das Thema von heute Morgen –, Ihre Politik des Tarnens und des Täuschens geht auch bei der Frage nach den Kosten eines Baustopps weiter. Sie behaupten, die von der Bahn vorgelegten Zahlen für einen Baustopp seien nicht ausreichend. Sie behaupten, Ihnen würden Unterlagen fehlen. Sie behaupten, die Begründung der Zahlen durch die Deutsche Bahn sei nicht plausibel.

Meine Damen und Herren, diese Art der Argumentation kennen wir schon. Immer dann, wenn Sie nicht so recht wissen, wie es weitergehen soll, ist die Bahn schuld, die angeblich nicht genügend Unterlagen zur Verfügung stellt. Seltsam an der Sache ist nur, dass die anderen Projektpartner offensichtlich problemlos in der Lage sind, die Zahlen der Bahn nachzuvollziehen. Wenn der Verband Region Stuttgart in der Pressekonzferenz nach der Sitzung des Lenkungskreises klar sagt, dass die von der Bahn vorgelegten Zahlen für eine Beurteilung des Baustopps und der Kosten eines Baustopps ausreichend sind, wird doch eines deutlich: In Wahrheit waren die Unterlagen mehr als ausreichend, und sie waren gut nachvollziehbar. Die von der Bahn plausibel dargelegten Kosten gefallen Ihnen einfach nicht, weil sie Ihrem Ziel, Stuttgart 21 zu verhindern, entgegenstehen.

Herr Minister, es nimmt Ihnen doch einfach niemand mehr ab, wenn Sie andauernd wiederholen, wie schlecht die Informationen zu Ihnen laufen. Sie selbst sitzen im Lenkungskreis und können alle Fragen stellen. Sie haben ferner eine Gruppe Ihnen vertrauter Experten um sich versammelt, die bekanntlich über alles bestens informiert sind.

Noch einmal: Sie sind nicht zu wenig informiert. Vielmehr passen die Informationen einfach nicht in Ihr Verhinderungskonzept und in Ihre Verhinderungspolitik. Sie haben im Lenkungskreis ausdrücklich keinen Baustopp gefordert, als die Bahn Sie danach fragte. Dieser Verzicht der Landesregierung auf einen Baustopp kommt bei Ihrer Klientel aber nun einmal ungemein schlecht an. Also mussten Sie das Märchen von den fehlenden Unterlagen erfinden. Nur so konnten Sie Ihren Anhängern erklären, warum Sie keinen Baustopp gefordert haben.

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Na, na, na! – Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Das klingt ein bisschen nach Verschwörungstheorie!)

Dann, Herr Minister, widersprechen Sie sich auch noch selbst. Sekundiert von Ihrem Kollegen, Herrn Minister Untersteller, veröffentlichen Sie ein fragwürdiges Rechtsgutachten; das habe ich heute Morgen schon einmal erwähnt.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

– Das klären wir an anderer Stelle. Herr Sckerl, Sie haben das heute Morgen schon gefragt. Wir werden der Frage auf den Grund gehen, wie dieses Gutachten zustande kam.

(Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Aber erst einmal sagen Sie: Es ist fragwürdig!)

(Nicole Razavi)

Aber wenn Sie diesem Gutachten selbst Glauben schenken würden – das habe ich heute Morgen betont –, dann hätten Sie einen kostenlosen Baustopp fordern müssen, um Schaden vom Land abzuwenden, und hätten auf diesen Baustopp nicht verzichten dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, die Frage, welche Kosten dieser Baustopp mit sich brächte, hat sich inzwischen erledigt. Ich zitiere aus der Stellungnahme der Landesregierung:

Die Bahn hat den Baustopp am Dienstag, den 14. Juni 2011, beendet.

Das ist das einzig Überzeugende an Ihrer Antwort. Die Bahn baut weiter. Der Baustopp ist vom Tisch, und die Landesregierung muss im Sinne der Projektförderungspflicht die Baumaßnahmen tatsächlich ermöglichen und den Baufortschritt fördern. Bekennen Sie sich endlich dazu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Schwarz das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Der Redner fährt das Rednerpult nach oben. – Heiterkeit – Abg. Volker Schebesta CDU: Man sieht die Präsidentin gar nicht mehr!)

– Ich wollte nicht mit den Worten „Oben bleiben!“ beginnen, aber das Rednerpult ist nach oben gefahren.

Die Stellungnahme der Landesregierung zu Ihrem Antrag, liebe Kollegen von der FDP/DVP, spricht Bände. Ich darf zitieren:

Die Angaben der DB AG entbehren einer plausiblen Begründung und sind für die Landesregierung nicht nachvollziehbar.

Wir teilen diese Auffassung. Bis heute konnte die Deutsche Bahn keine ausreichend transparente Aufstellung der von ihr veranschlagten Kosten für einen fortgesetzten Baustopp vorlegen.

(Zuruf von den Grünen: Hört, hört!)

Unseres Erachtens wäre es unverantwortlich gewesen, die von der Deutschen Bahn diktierten Bedingungen für eine Fortsetzung des Baustopps zu akzeptieren. Unser Land darf sich nicht auf Bedingungen und Vereinbarungen einlassen, bei denen wir nicht wissen, wofür wir wie viel Geld ausgeben.

Das Gebot der Stunde lautet vielmehr Transparenz. Schließlich trägt die Deutsche Bahn eine Mitverantwortung für die Lösung des Konflikts um Stuttgart 21. Wir fordern daher von der Deutschen Bahn einen transparenten und nachvollziehbaren Umgang mit dem Stresstest. Hierzu gehört auch, dass kei-

ne neuen Tatsachen geschaffen werden, die mögliche Ergebnisse einer Volksabstimmung konterkarieren könnten.

(Beifall bei den Grünen)

Die Ergebnisse des Stresstests, aber auch die zugrunde gelegten Bedingungen müssen für jeden nachvollziehbar sein. Für jeden Bürger muss ersichtlich sein, wie mit den einzelnen in der Schlichtung aufgezeigten Anregungen umgegangen wurde und wie diese bewertet werden. Die Menschen in Baden-Württemberg haben das Recht, über alle Details informiert zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wenn die CDU sagt, es seien ungenaue Informationen vorgelegt worden, dann bestätigt dies, dass wir weitere Informationen von der Deutschen Bahn benötigen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Das habe ich aber nicht gesagt!)

Die Deutsche Bahn macht sich unglaublich, wenn sie, wie am Wochenende geschehen, einen ihr genehmen Stand eigener Analysen verkündet.

Im Übrigen umfasst der Schlichterspruch von Heiner Geißler mehrere Punkte. Die Ergebnisse der Simulation im Rahmen des Stresstests sollen dabei gerade Aufschluss darüber geben, ob durch Stuttgart 21 tatsächlich eine Verbesserung im Eisenbahnverkehr erreicht wird.

Hier ist in erster Linie das Notfallkonzept zu benennen. Kann der Standard der Stuttgarter Feuerwehr zugrunde gelegt werden? Was passiert, wenn die Tunnelröhre blockiert ist? Ist die Verkehrssicherheit entscheidend verbessert? Sind die Durchgänge auf und zu den Bahnsteigen verbreitert worden, sodass Familien und mobilitätseingeschränkte Menschen leicht ein- und aussteigen sowie umsteigen können? Wie werden die zusätzlichen Gleise bewertet?

Diese und die weiteren Punkte sind entscheidende Kriterien, ob der Tiefbahnhof nicht nur die geforderte Leistungsfähigkeit erbringt, sondern in gleicher Weise die geforderten Qualitätsverbesserungen erzielt. Auf diese Fragen haben wir von der Deutschen Bahn bislang keine Antwort bekommen.

Nochmals zurück zum Antrag der FDP/DVP-Fraktion. Das Thema „Kosten des Baustopps“ hat sich offenbar erledigt. Uns interessieren jedoch die fortgeschriebenen Baukostenvolumina. Hier ist die Deutsche Bahn gefordert, der Öffentlichkeit und dem Land Baden-Württemberg eine transparente Darstellung der aktuellen Projektkosten, der fortgeschriebenen Baukostenvolumina vorzulegen. Schließlich besteht der dringende Verdacht, dass der Kostendeckel von 4,5 Milliarden € nicht zu halten ist.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Die Sorgfaltspflicht und das Haushaltsrecht des Landtags gebieten es, dass die Deutsche Bahn auch hierzu überprüfbare Unterlagen vorlegt.

Das Gebot der Stunde lautet also Transparenz. Die kritische Öffentlichkeit wird nur dann weitere Entscheidungen akzep-

(Andreas Schwarz)

tieren, wenn alle Zahlen und alle Antworten auf dem Tisch liegen und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Das ist in erster Linie Aufgabe der Deutschen Bahn AG.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich erteile Herrn Abg. Haller für die SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines ist bereits deutlich geworden: Der Antrag der FDP/DVP-Fraktion – insbesondere der Beschlussteil – ist eigentlich gegenstandslos. Deswegen gleich vorab: Wir sehen keinen Sinn darin, einen gegenstandslosen Antrag zu befürworten, und schlagen der FDP/DVP vor, den Antrag zurückzuziehen. Das würde der Sache dienen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Zum Thema selbst ist heute Morgen viel gesagt worden. Ich will nur noch einmal auf ein, zwei Punkte hinweisen und sie ganz deutlich herausarbeiten.

Die Deutsche Bahn AG hat einen Rechtstitel zum Bau des Tiefbahnhofs. Weil wir in einem Rechtsstaat leben, ist es Aufgabe und die Pflicht des Landes, der Bahn Beistand zu leisten, dass sie ihr Recht wahrnehmen kann, wenn sie bauen will.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das hat der Kollege Schmiedel heute Morgen noch einmal ausdrücklich deutlich gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt auch keine Bindung dieser Baugenehmigung an eine Baugenehmigung B oder C beim Projekt. Es gibt keine Konditionierung und keine Kettenwirksamkeit eines Baurechts. Das muss noch einmal ganz, ganz deutlich gesagt werden. Wir als SPD wehren uns gegen Suggestionen, diesbezüglich gäbe es keine Baugenehmigung für den Tiefbahnhof.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr richtig!)

Das ist wie bei der Rheinstalstrecke: Dort wird an der einen Stelle sogar bereits gebaut, und an einer anderen Stelle ist die Planfeststellung noch nicht genehmigt. Das ist bei solchen Großprojekten Usus, das ist in dieser Republik gang und gäbe. Wir bauen schließlich kein Einfamilienhäuschen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Hier darf kein falscher Zungenschlag hereinkommen. Die Bahn hat diesen Rechtstitel.

Die neue Koalition hat sich vorgestellt, die Bahn möge den Baustopp verlängern – so, wie in der Vergangenheit auch. Das hat die Bahn abgelehnt. Damit ist alles andere gegenstandslos. Wenn die Bahn bauen will, wird diese Regierung auch die in einem Rechtsstaat notwendige Unterstützung gewährleisten.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das ist für uns als SPD-Fraktion klar. Da gibt es kein Flackern. Die Frage heißt nur: Ist es immer sinnvoll, so vorzugehen, wie die DB AG das wünscht?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Aber das muss dieser Projektpartner in eigener Verantwortung erklären und durchsetzen. Wenn die Bahn nun gesagt hat: „Wir bauen“, ist der vorliegende Antrag damit – nochmals – gegenstandslos. Um das Ganze zu verkürzen, schlagen wir der FDP/DVP vor, ihren Antrag wegen Gegenstandslosigkeit zurückzuziehen, weil wir nicht über eine Fata Morgana, sondern über reale Sachverhalte, über pragmatische Politik abstimmen wollen. Dann haben wir heute Abend Konsens.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich erteile dem Minister für Verkehr und Infrastruktur Hermann das Wort.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP, selten war ein Antrag einer kleinen Oppositionsfraktion so erfolgreich – und das ganz ohne Zutun der Regierung. Abschnitt II ist erledigt. Das haben, glaube ich, alle Redner so festgestellt. Darüber brauchen wir eigentlich nicht zu sprechen.

Ich will aber gern noch etwas zu dem sagen, was Sie angesprochen haben, nämlich dass wir die Frist für die Stellungnahme so lange überzogen haben.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das war ich nicht!)

Das Haus musste ja neu gebaut werden. Wir hatten in den ersten Wochen – übrigens bis heute – noch keine vollständige Besetzung der Zentralstelle, wir haben keine Verwaltungsabteilung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gehen Sie zum Kollegen Untersteller! Er hat einen Haufen Leute!)

In der ersten Woche war mein Handy die Telefonzentrale des neuen Ministeriums. Es war also nicht ganz einfach. Das ist auch die Erklärung dafür, weshalb wir am Anfang mit den Stellungnahmen zu den Anträgen nicht nachgekommen sind und dann auch immer um Fristverlängerung bitten mussten. Dass die Stellungnahmen dann kurz und knapp ausgefallen sind, war dem großen Stapel an Initiativen geschuldet, deren Bearbeitung wir noch nicht abgeschlossen hatten und die im Verfahren waren.

Ich will noch einmal daran erinnern, wie das mit dem Baustopp war. Die Bahn hat während des Schlichtungsverfahrens gewissermaßen einen Baustopp eingehalten – nie einen vollständigen, aber sie hat weitgehend auf das Bauen verzichtet. Sie hat in der Folgezeit, vor der Landtagswahl, sehr zurückhaltend weitergebaut, auch nicht „volle Kanne“ weitergebaut. Wie wir inzwischen wissen, hat sie es wohl auch mit Rücksicht auf die damalige Landesregierung getan, damit das Problem vor der Wahl nicht noch größer wird. Die Bahn hat auch

(Minister Winfried Hermann)

zwischen der Wahl und der Konstituierung der neuen Regierung einen Baustopp verfügt.

All diese Maßnahmen hat sie, wie ich finde, zu Recht und sehr einsichtig gemacht, auch aus der Einsicht heraus, dass der Konflikt über diesen Bahnhof so hochgeschaukelt ist, dass ein Weiterbau den Konflikt eher verschärfen würde, unter dem Gesichtspunkt, dass die demokratische Neuentscheidung in diesem Land sozusagen eine neue Chance haben sollte. Das fanden wir sehr aner kennenswert.

Aber wir waren dann doch überrascht, dass seitens der Bahnführung Ende Mai, Anfang Juni plötzlich und sehr gedrängt der Wunsch kam: „Wir müssen weiterbauen. Es gibt Druck und einen ganz engen Terminplan. Das müssen wir sofort tun. Das Vergaberecht ist auch ganz eng. Wir müssen es machen. Wenn ihr als Land wollt, dass wir nicht weiterbauen, dann müsst ihr zahlen.“ So in etwa war die Logik.

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir im Lenkungskreis sitzen. Ich habe deswegen im Vorfeld der Sitzungen des Lenkungskreises mit der Bahn verhandelt. Im Lenkungskreis haben wir natürlich auch über die Kosten gesprochen. Aber was die Bahn an Zahlenmaterial geliefert hat, war dann doch beachtlich dürftig; das muss ich schon sagen. Ich will Ihnen einmal das Schriftstück zeigen, das noch das Konkreteste war. Es ist dieses handbeschriebene Papier.

(Der Redner hält ein Schriftstück hoch.)

Das ist sogar differenzierter als das, was wir nicht handschriftlich bekommen haben.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das Original? – Abg. Konrad Epple CDU: Nicht das Original! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nicht einmal das Original!)

Hierin stehen Zahlen. Es ist aufgelistet: Zwölf mal 4 Millionen € pro Monat führen zu 20 Millionen € usw. Anhand dieses Beispiels will ich Ihnen nur zeigen: So kann man Millionenforderungen nicht begründen.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Genau!)

Mit einer solchen Unterlage würden Sie noch nicht einmal im Dorfgemeinderat einen Zuschuss fürs Sportheim bekommen.

(Beifall bei den Grünen)

Die Kosten waren in der Höhe nicht nachvollziehbar, und sie waren auch in der Sache nicht nachvollziehbar. In der Höhe hätten vier Wochen Baustopp 56 Millionen € Kosten bedeutet plus weitere starke 30 Millionen € an Zinsausfällen, die die Stadt Stuttgart hätte zahlen müssen. Es wären fast 90 Millionen € gewesen – und das nur so spärlich begründet.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Das Ganze hätte zu einer deutlichen Verschiebung des Projekts geführt.

Die Bahn hat noch eine zweite Rechnung aufgemacht: Was wäre, wenn man einen sechsmonatigen Baustopp bis zur Volksabstimmung machte? Dabei ist sie dann auf 410 Millionen € gekommen, im gleichen Stil.

Meine Damen und Herren, es wäre absolut unverantwortlich gewesen – Sie hätten uns hier im Landtag wirklich geprügel –, wenn wir diese Summe, begründet mit solchen Materialien, aus Landesmitteln gezahlt hätten.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ganz genau!)

Jetzt sagen Sie einmal selbst: Das hätten auch Sie abgelehnt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Sie haben mir vorgeworfen, ich würde die Bahn ständig kritisieren. Ich kritisiere die Bahn nicht immer. Aber wenn sie solche Vorlagen und solche Begründungen liefert, ist es auch unsere Aufgabe, kritisch darüber zu wachen und nachzuschauen und nachzurechnen.

Wir selbst haben im eigenen Haus auch einmal eine Kostenrechnung durchgeführt und sind dabei um den Faktor 5 bis 10 unter dem Ansatz der Bahn geblieben. Das war die Größenordnung. Dann haben wir einmal die hauptsächlich angeführte Begründung dafür betrachtet, dass es so teuer ist. Die Bahn hat dies im Wesentlichen damit begründet, dass das geplante Bauende zum Dezember 2019 nicht eingehalten werden könne, sondern wohl erst ein Jahr später erreicht werde. Sie hat daraufhin mit einer Verzögerung von einem Jahr gerechnet – so, als hätte es in der ganzen Baugeschichte bis dato nie Verzögerungen gegeben. Genau genommen könnte man sagen: Es war eine verdammt lohnende Investition für die Bahn, dass sie so lange nicht fertig geworden ist – wenn man einmal in derselben Logik rückwärts rechnet. Sie merken schon, wie absurd das ist.

Die Bahn selbst hat übrigens bei der Beantragung von GVFG-Mitteln gegenüber meinem Haus vor etwa einem Dreivierteljahr in die entsprechenden Antragsunterlagen hineingeschrieben, der Bau werde voraussichtlich 2020 – nicht 2019 – fertiggestellt sein. Da staunt man doch, dass man eine Rechnung bekommt, die von einem Fertigstellungszeitpunkt ausgeht, den man selbst bereits ein Dreivierteljahr zuvor als nicht mehr haltbar angesehen hatte. Das ist nicht sehr glaubwürdig.

Eine andere Erklärung für die hohen Kosten ist häufig, dass die Bahn Einnahmeausfälle dadurch habe, dass sie investiert habe. Es gab jedoch vor einigen Jahren schon einmal einen schleichenden Baustopp, der nicht etwa von den Grünen oder einer Bürgerbewegung verursacht worden war, sondern daraus resultierte, dass die Bahn selbst nicht so richtig wollte und damals auch Debatten um die Fragen geführt wurden: Kann man schieben? Muss man schieben? Wie geht das denn?

Die Rechnungen, die damals angestellt wurden, haben ergeben, dass es für die Bahn kostenneutral ist, wenn die Baumaßnahmen zeitlich verschoben werden. Denn dieses Projekt ist für die Bahn so hart an der Wirtschaftlichkeitsgrenze, dass sich die Summen, die investiert werden, mit den Beträgen, die dadurch herauszuholen sind, allenfalls die Waage halten. Wenn die Bahn Investitionen nicht tätigt, hat sie sogar eher einen Vorteil als einen Nachteil.

Das sind zwei Beispiele, die zeigen: Diese Rechnung war nicht nachvollziehbar. Sie war grandios überzogen. Deswegen konnten wir auch nicht einen Antrag stellen, der lautet: Baustopp, und wir zahlen. Das war sozusagen die klare Anforderung: Wer den Baustopp will, muss bezahlen. Das haben

(Minister Winfried Hermann)

wir nicht getan. Ich hoffe, Sie konnten nachvollziehen, dass diese Entscheidung richtig war und dass es auch im Sinne dieses Landtags war, die Mittel nicht einfach hierfür auszugeben.

Natürlich stellt sich jetzt die Frage: Wie geht es weiter? Die Landesregierung erwartet natürlich, dass die Bahn auf den demokratischen Prozess Rücksicht nimmt, der jetzt eingeleitet wurde, an dem sie selbst teilgenommen hat und der ihr wichtig war, nämlich das Schlichtungsverfahren. Wenn es nach dem Schlichtungsverfahren zu einer Volksabstimmung kommt, wird erwartet, dass die Bahn in der Zwischenzeit nicht so weiterbaut, dass die Kosten für einen Ausstieg immer größer werden. Andersherum gesagt: Die Summe der Fehlinvestitionen – wenn denn der Volksentscheid zu einer Ablehnung des Projekts führt – darf nicht immer größer werden.

Insofern können wir die Bahn auch nur davor warnen, lustig weiterzubauen. Sie trägt dann das hohe Risiko von Fehlinvestitionen. Auch deswegen sagen wir: Baut nicht weiter.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Haltet inne. Wartet ab, bis die Bevölkerung entschieden hat. Das wäre die richtige Grundlage.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort hat Herr Abg. Haußmann für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich wissen auch wir, dass seit dem 14. Juni weitergebaut wird. Deshalb werden wir hier auf eine Beschlussfassung verzichten. Wir möchten aber darum bitten, den Antrag an den Ausschuss zu verweisen, weil wir doch noch einige Fragen haben, die wir hier jetzt nicht weiter vertiefen wollen.

Im Umkehrschluss interpretiere ich Ihre Ausführungen, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Minister Hermann, so: Wenn die Bahn plausible Zahlen vorgelegt hätte,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sattler nie ein totes Pferd, heißt das wohl!)

dann hätten Sie sich also durchaus bereit erklärt, für den Baustopp finanziell mit aufzukommen. Insofern ist natürlich nachvollziehbar, dass es überhaupt nie plausibel werden kann. Denn sonst hätte man für die Kosten aufkommen müssen.

Diese Frage würden wir gern noch einmal vertiefen, um zu erfahren, inwiefern die Plausibilität vorhanden ist.

Für uns ist es auch ein Widerspruch, einerseits die Mitverantwortung der Deutschen Bahn zu fordern, andererseits aber zu sagen: „Jetzt warten wir einmal, bis die Volksabstimmung kommt“, ohne zu wissen, wann sie kommt.

Wir würden dies alles gern noch einmal vertiefen. Ich will die Sitzung heute aber nicht verlängern und bitte daher einfach um Überweisung an den zuständigen Ausschuss.

Danke schön.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann kommen wir zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/24. Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil und kann somit für erledigt erklärt werden. Bei Abschnitt II verzichten Sie jetzt auf eine Abstimmung und schlagen vor, diesen Abschnitt an den Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur zu überweisen. Stimmen Sie der Überweisung an den Ausschuss zu? – Das ist der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Wir sind damit am Ende der heutigen Plenarsitzung.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Schade, Frau Präsidentin! Jetzt hat es richtig Spaß gemacht!)

Die nächste Sitzung findet morgen um 9:30 Uhr statt.

Die Mitglieder der Geschäftsordnungskommission bitte ich jetzt im Anschluss an die Plenarsitzung zur konstituierenden Sitzung in den Josef-Schofer-Saal.

Ich danke Ihnen ganz herzlich, wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:40 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umbesetzung im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft	stellvertretendes Mitglied	Rombach	Wacker

29. 06. 2011

Peter Hauk und Fraktion